

[www.eictp.eu](http://www.eictp.eu)

# RESEARCH STUDY

## EICTP Expert Paper

**Großmacht Türkei  
Eine kritische Bestandsaufnahme**

June 2021



**E·I·C·T·P**



## **Inhalt**

<b>Einleitung</b>	<b>1</b>
von Ulrich Schlie	

## **ERSTER TEIL**

### ***INNENPOLITISCHE ANTRIEBSKRÄFTE DER TÜRKISCHEN AUSSEN- UND SICHERHEITSPOLITIK***

<i>Von der Verfassungskrise zur pandemiebedingten Rezession – innenpolitische Rahmenbedingungen in der „Neuen Türkei“</i>	
von Franz Karg	5
<i>Türkei – autoritäre Tendenzen im Inneren, expansive nach außen?</i>	
von Hüseyin Çiçek	39

## **ZWEITER TEIL**

### **EINE NEUE GEOPOLITISCHE ROLLE FÜR DIE TÜRKEI?**

<i>Die Türkei und die Nordatlantische Allianz: Bilanz und Perspektiven</i>	
von Ulrich Schlie	70
<i>Die türkische Energiesicherheit und ihre Energieaußenpolitik am Scheideweg</i>	
von Frank Umbach	92
<b>Kurzbiografien</b>	<b>148</b>





## Einleitung

*Ulrich Schlie*

In immer stärkerem Maße bestimmen heute geopolitische Entwicklungen unsere Gegenwart. Die Türkei hat von der geopolitischen Verschiebung nach dem Zerfall der Sowjetunion profitieren und zu einer neuen Lage zwischen Ost und West – an der Schnittstelle zwischen Eurasien, Nahen Osten und Nordafrika – finden können. In den letzten beiden Jahrzehnten hat die Türkei konsequent die sich daraus ergebenden Möglichkeiten im Rahmen einer gestaltenden Außen- und Sicherheitspolitik genutzt und neue Schwerpunkte im zentralasiatischen-arabischen Großraum erschlossen. Im gleichen Zeitraum ist die Türkei mehr und mehr in der Nordatlantischen Allianz und für die Vereinigten Staaten zu einem unberechenbaren Partner geworden. Die künftige geostrategische und allianzpolitische Orientierung der Türkei wird deshalb ganz wesentlich die Entwicklungen an Europas Peripherie und im Nahen Osten bestimmen: sie zählt zu den Kernfragen der europäischen Politik.

Mit der weiter bevorstehenden Schwerpunktverlagerung der Europäischen Union von ihrer östlichen zu ihrer südlichen Grenze – eine Folge der weltpolitischen Machtverschiebungen und der zunehmenden strategischen Unsicherheiten, die insbesondere mit der Migrationsbewegung und mit der Entwicklung des afrikanischen Kontinents verbundenen sind – wird die geopolitische Bedeutung der Türkei weiter unterstrichen. Die aktuellen politischen Krisen und Auseinandersetzungen bestätigen diese Analyse: der gegenwärtige Streit um Seegebiete im Mittelmeer zwischen der Türkei einerseits sowie Zypern und Griechenland andererseits, bei dem es auch um Öl- und Gasvorräte und die Ausbeutung dieser Ressourcen geht, das zwischen Libyen und der Türkei geschlossene Abkommen über ihre Seegrenze und die verschiedenen politischen Streitigkeiten, die etwa mit dem

Regelungserfordernis der Flüchtlingsfrage verknüpft sind, verdeutlichen, dass sich die Türkei immer wieder im Zentrum von politischen Auseinandersetzungen befindet. Die Rolle der Türkei bei der massiven Aufrüstung der aserbaidischen Armee, die politische Sonderbeziehungen zu Baku, Waffenlieferungen an radikal-islamische Kräfte in Nordkurdistan oder die Intervention der Türkei in die mehrheitlich kurdisch besiedelten Region Afrin vom März 2018 sind weitere Beispiele für das gewachsene geopolitische Selbstbewusstsein der Türkei.

Die Übernahme einer neuen außen- und sicherheitspolitischen Rolle geht dabei einher mit einem grundlegenden Umbau von Staat und Gesellschaft. Der frühere postimperiale, laizistische Nationalstaat Türkei hat heute unter der Überschrift „Neue Türkei“ ein auf Staatspräsident Erdogan zugeschnittenes nationalkonservativ-religiöses Herrschaftssystem bekommen. Die regierende AKP dominiert und kontrolliert den gesamten Staatsapparat, die Möglichkeiten der parlamentarischen und der außerparlamentarischen Opposition sind eingeschränkt, die Rolle der Judikative befindet sich in einem Prozess der Neuausrichtung, der bis zum 100-jährigen Staatsjubiläum im Jahr 2023 abgeschlossen sein soll.

Gerade mit Blick auf das Verhältnis zur Türkei haben sich in der Vergangenheit häufig Inkonsistenzen und der Mangel an einer strategischen Orientierung sowohl für einzelne europäische Mitgliedstaaten als auch für die Europäische Union insgesamt als fatal erwiesen. Der Rang des Verhältnisses zur Türkei wurde dabei nicht immer mit der gebührenden politischen Priorität betrachtet. Die gegenwärtige Entwicklung der Türkei wirft zudem die doppelte Frage auf, inwieweit die in den letzten Jahren vollzogenen Entwicklungen auch aus Enttäuschung über nicht ergriffene Optionen erfolgt sind und ob es angezeigt erscheint, dass die Europäische Union ihre Strategie gegenüber der Türkei grundlegend überarbeiten muss.

Wie zu keinem Zeitpunkt in der Geschichte sind heute die Beziehungen zwischen der Türkei und dem Westen strapaziert und auf vielfältige Weise gefordert.

Die hier vorgelegten Studien gehen Fragen der inneren und äußeren Entwicklung der Türkei nach. Sie verbinden dabei Fragen des innerstaatlichen Systemwandels mit denjenigen der außenpolitischen Orientierung und der internationalen Ordnung. Ziel ist es dabei, den künftigen Kurs der Türkei zu bestimmen. Im Mittelpunkt der einzelnen Beiträge stehen Fragen der Verfassungswirklichkeit und der innenpolitischen Entwicklung (Franz Karg: *Von der Verfassungskrise zur pandemiebedingten Rezension – innenpolitische Rahmenbedingungen in der "Neuen Türkei"* und Hüseyin Cicek: *Türkei – autoritäre Tendenzen im Inneren, expansive nach außen?*), Bündnispolitik der Türkei (Ulrich Schlie: *Die Türkei und die Nordatlantische Allianz: Bilanz und Perspektiven*) der Energiepolitik und der Geoökonomie (Frank Umbach: *Die türkische Energiesicherheit und ihre Energieaußenpolitik am Scheideweg*). Fragen der künftigen strategischen Orientierung der Türkei werden auch in Zukunft im Zentrum der Henry-Kissinger-Professur stehen

# **ERSTER TEIL**

## **INNENPOLITISCHE ANTRIEBSKRÄFTE DER TÜRKISCHEN AUSSEN- UND SICHERHEITSPOLITIK**





## Von der Verfassungskrise zur pandemiebedingten Rezession – innenpolitische Rahmenbedingungen in der „Neuen Türkei“

*Franz Karg*

Die Zeiten, als die Beziehungen zur Türkei als Partner im NATO-Bündnis und EU-Beitrittsaspirant als friktionsfrei beschrieben werden konnten, liegen lange zurück. Denn das Verhältnis zwischen westlichen Führungsmächten und der zuletzt auch außenpolitisch immer ehrgeiziger auftretenden muslimischen Regionalmacht am Bosphorus hat in den letzten Jahren ernsthaften Belastungen standhalten müssen. Die völkerrechtswidrigen Militäroperationen der Türkei in Nordsyrien und mehr noch die Konfrontation mit Zypern und dem NATO-Partner Griechenland im Rahmen von Erdgasförderungen im östlichen Mittelmeer stellten die Rolle der Türkei als geopolitisch und strategisch bedeutender Brückenkopf des Westens im eurasischen Raum zuletzt auf die Probe. Nach einer Phase des Isolationismus und der Konsolidierung der Partnerschaften mit dem Westen strebt die türkische Führung heute ein aktiveres und aggressiveres außenpolitisches Engagement unter Betonung und im Rückgriff auf die imperiale Vergangenheit des Osmanischen Reiches an.

Die Triebfedern für diesen Paradigmenwechsel in der türkischen Außenpolitik sind auch in den innenpolitischen Entwicklungen der letzten Jahre zu finden: Angefangen mit dem gescheiterten Militärputsch 2016 und den darauffolgenden „Säuberungswellen“ in Presse, Justiz und Politik, kam es mit dem Verfassungsreferendum des Jahres 2017 zur innenpolitischen Zäsur. Auf die Umwandlung des bestehenden parlamentarischen in ein präsidentiales Regierungssystem mit Exekutivpräsidentschaft folgte jedoch keine Stabilisierung der (Macht-)Verhältnisse in Ankara, sondern eine durch die Abwertung der Lira verursachte, tiefgreifende Wirtschaftskrise. Die dramatischen Auswirkungen der ökonomischen Talfahrt auf den

Arbeitsmarkt waren noch nicht überwunden, als die türkische Gesellschaft und ihr Gesundheitssystem im Frühjahr 2020 empfindlich von der SARS-CoV-2-Pandemie getroffen wurden. Diese wirtschaftlichen und innenpolitischen Probleme werden durch die Proklamation einer außenpolitischen Führungsrolle in der islamischen Welt verschleiert. Es ist fraglich, ob die Türkei, die mit eigenen innenpolitischen Konflikten repressiv umgeht, Vorbild sein kann für die sich in einem Transformationsprozess befindende islamische Welt. Während in Nordafrika, in Vorderasien sowie auf der Arabischen Halbinsel lange Zeit Hoffnung auf einen arabischen Frühling herrschte, weisen die innenpolitischen Entwicklungen in der Türkei eher auf einen „türkischen Herbst“ hin.<sup>1</sup>

Um zu klären, in welcher Art und Weise innenpolitische Faktoren die veränderte geopolitische Schlüsselrolle Ankaras beeinflusst haben, analysiert der vorliegende Beitrag die jüngsten innenpolitischen Entwicklungen im Hinblick auf deren Bedeutung für den grundlegenden Strukturwandel in der Türkei sowie die immer stärker werdende Machtkonzentration in der Exekutive. Zur effektiven Erfassung der Rahmenbedingungen erfolgt zunächst eine Einordnung der Verfassungsänderung 2017 in die türkische Verfassungsgeschichte. Ein besonderes Augenmerk liegt hierbei auf dem Putschversuch 2016. Die daraus gewonnenen Erkenntnisse über das Präsidialsystem der „Neuen Türkei“ fließen ein in die Untersuchung aktueller Fragestellungen der Minderheitenpolitik im Rahmen der Kurdenfrage, der Wirtschaftspolitik – insbesondere im Hinblick auf die (pandemiebedingte) wirtschaftliche Rezession – und des Erdgas-Konflikts im östlichen Mittelmeer.

## **Die Verfassungsänderung 2017 im Spiegel der türkischen Verfassungsgeschichte**

"Turkey continues to formulate foreign security policy that is hindered by an overemphasis on its imperial past and which places too much reliance on Turkey's self-styled role as a central actor in the region; this approach is hindering the effective delivery of security policy as the legacy of Empire is not a helpful reference point for security policy formulation. The role of Islam and in particular the backing of Islamic parties such as the Muslim Brotherhood has also undermined Turkish foreign security policy delivery."<sup>2</sup> (COL William R. Lynch)

Der Militärputsch von 2016 und die Verfassungsänderung im darauffolgenden Jahr fügen sich ein in die wechselhafte türkische Verfassungsgeschichte. Diese ist geprägt vom langen Schatten des Osmanischen Reiches, dem kollektiven Trauma des Vertrages von Sèvres – der dieses Reich endgültig auflöste – sowie der nationalistischen Revolution unter Mustafa Kemal Atatürk im Jahr 1923 als Gründungsmoment der modernen Republik. Ein wiederkehrendes Leitmotiv ist hier die Anlehnung an – und sogar vollständige Kopie von – Rechtskorpora aus Westeuropa. Im Rahmen der kemalistischen Revolution wurde das Schweizer Zivilrecht komplett in der Türkei eingeführt, es folgten das deutsche Handelsrecht und das italienische Strafrecht.<sup>3</sup> Und selbst der bis 2017 geltende Verfassungstext, der auf die Verfassung von 1982 zurückgeht, kopierte in weiten Teilen direkt die staatsrechtlichen Grundsätze der konsolidierten Systeme Europas. Diese grundrechtliche Westbindung der Türkei spiegelte sich wider in der demokratischen, stark parlamentarischen und säkularen Ausrichtung der türkischen Republik. Die Verfassungsänderung des Jahres 2017 brach mit dieser langen, demokratischen und auf den Westen ausgerichteten Verfassungstradition. Weil die bisherigen Verfassungen allesamt kopiert worden waren und, so

Staatspräsident Erdogan, „nicht auf diesem Boden gewachsen“<sup>4</sup> seien, würden sie nicht „die Werte der Nation“ kodifizieren. In der „Neuen Türkei (Yeni Türkiye)“, von der Recep Tayyip Erdogan im Zusammenhang mit dem neu eingeführten Präsidialsystem noch heute häufig spricht, verschmelzen Antriebskräfte von Nationalismus und Sunnismus zu einem autoritären System, das die nach dem Untergang des Osmanischen Reiches etablierten und nach westlichem Vorbild gestalteten demokratischen Standards aufweicht und den in der Verfassung verankerten Säkularismus aushöhlt. Dass Präsident Erdogan in den letzten Jahren immer häufiger Kritik am 1923 geschlossenen Vertrag von Lausanne äußerte, die in diesem Vertragswerk festgelegten Grenzen der Türkei und Griechenlands in Frage stellte und implizit Anspruch auf benachbarte Gebiete erhob<sup>5</sup>, unterstreicht den Befund eines grundsätzlichen, auch staatsrechtlich ausgeprägten Paradigmenwechsels hin zu neosmanischem (noch regionalem) Großmachtstreben umso deutlicher. Im Zusammenhang damit verfolgt die Türkei nach einer jahrzehntelangen Phase des regionalen Isolationismus heute eine aktive, auf systemische Konkurrenz ausgelegte Nachbarschaftspolitik, maßgeblich vorangetrieben durch Staatspräsident Erdogan sowie den ehemaligen Außenminister und neosmanischen Denker Ahmet Davutoğlu.<sup>6</sup> Die Abkehr von einer Vermittlungs- und Brückenfunktion zwischen dem Nahen Osten und der westlichen Welt, wie sie die Türkei nach dem Erstarken des Islamismus als politische Ideologie zu Beginn des 21. Jahrhunderts und während des *War on Terror* verfolgte, wird nicht nur deutlich im immer stärkeren (militärischen) Engagement Ankaras in seiner unmittelbaren Nachbarschaft außerhalb des Bündnisses. Auch die 2017 erfolgte grundlegende Revision der demokratischen Verfassungsgeschichte des Landes, die sich über Jahrzehnte staatsrechtlich und institutionell am Westen orientiert hatte, steht im Zeichen dieser Abkehr von der politischen

Funktion der Türkei als ideologisches und bündnispolitisches Scharnier im eurasischen Raum.

Mit der (verfassungsrechtlichen) Rückbesinnung auf einen sunnitisch-muslimisch geprägten Neoimperialismus, in welchem „islamische Überlegenheitssehnsucht auf patriotische Ermutigung“<sup>7</sup> treffe, verbindet sich auch ein Misstrauen gegenüber den jahrzehntelang währenden Partnerschaften mit dem Westen. Diese Entwicklung hin zum autoritären Regime<sup>8</sup>, das Islamisierungstendenzen sowie neoimperiale Absichten, im Sinne einer Ausrichtung der Außenpolitik auf die arabische Welt und damit auf die frühere Einflussphäre des Osmanischen Reiches, nicht mehr zu verbergen sucht, steht im Einklang mit der zunehmenden Distanz zu den in der türkischen Verfassung verankerten, säkularen demokratischen Werten, insbesondere nach dem versuchten Militärputsch von 2016. Diese „neosmanische Versuchung“<sup>9</sup> kann auch in der Analyse der verfassungsrechtlichen Reformen des Jahres 2017 nachverfolgt werden.

### **Formelle Aspekte der neuen türkischen Staatsordnung – von Atatürks Parlamentarismus zum System Erdogan**

*Der gescheiterte Militärputsch 2016 sowie grundlegende strukturelle Rahmenbedingungen vor der Verfassungsänderung 2017*

Die demokratische Ausrichtung der Türkei in Anlehnung an die westlichen Partner und die wiederholt erfolgte Übernahme von deren verfassungsrechtlichen Grundzügen konnten bereits in den Jahrzehnten vor der jüngsten Verfassungsänderung nicht über ein der türkischen Verfassungsordnung seit jeher inhärentes Manko hinwegtäuschen, welches den Weg für die Umwälzungen ab 2016 erst geebnet hat: Die formelle Verpflichtung von Nation und Staat auf ein ethnisch definiertes Türkentum in Artikel 26 der Verfassung – später verankert in Paragraph 301 des

Strafgesetzbuches<sup>10</sup> – sowie die informelle Privilegierung des sunnitischen Islam gegenüber anderen Konfessionen und Religionsgemeinschaften stand und steht diametral den propagierten kemalistischen Leitlinien und der umfassenden Übernahme kompletter westlicher Rechtssysteme entgegen. Dieses Spannungsfeld verengte in der Zeit zwischen 1982 – dem Jahr der Einführung der aktuellen Verfassung – und 2017 – dem Jahr der umfassenden Änderung derselben hin zum Präsidialsystem – „den Spielraum für legales politisches Handeln erheblich und legitimierte außerparlamentarische Vetomächte, allen voran das Militär.“<sup>11</sup> Die türkischen Streitkräfte sahen sich bereits seit der Gründung der modernen Republik im Jahr 1923 als informelle Wächter der von Mustafa Kemal Atatürk – selbst ehemaliger Offizier – ausgerufenen laizistischen Staatsordnung. Auf Grundlage dieses Selbstverständnisses griff das Militär schon 1960, 1971 und 1980 durch Staatsstriche in das politische Geschehen ein. Bis 2016 herrschte im Generalstab der Streitkräfte waffengattungsübergreifend die Auffassung, dass dem Militär im türkischen Staate ein Letztentscheidungsrecht in zentralen politischen Fragen zukomme.

Die starke Rolle der Streitkräfte als außerparlamentarische Vetomacht widersprach einerseits klar dem Geist der in der Türkei eingeführten, eigentlich westlich ausgerichteten Verfassungsordnung. Andererseits entwickelten sich als Gegenspieler zum Militär dem Sunnitentum anhängende gesellschaftliche Gruppen und politische Parteien. Das Spannungsverhältnis aus vom Militär „autoritär durchgesetztem Laizismus, dem Wachstum religiös-konservativer Parteien und der Benachteiligung nicht-muslimischer Minderheiten“<sup>12</sup> schuf über Jahrzehnte einen Nährboden, der in den 1990er Jahren ein zentrales Hindernis für eine weitere Demokratisierung darstellte, in den 2000ern einen engeren Schulterschluss mit London, Paris, Berlin und Brüssel verhinderte und 2017 in den Paradigmenwechsel hin zum Autoritarismus mündete. Die Verschmelzung

von nationaler und religiöser Identität war in diesen Jahrzehnten Kennzeichen einer Türkei, in der eine Kombination aus türkischem Nationalismus und islamischem Glauben starke nationale Identifikationskräfte freisetzte. Den Wesenskern des Türkentums bildet dabei die Einheit und Integrität des türkischen Staates beziehungsweise des Staatsgebiets und seiner Bevölkerung, das sich von anderen arabischen und persischen Völkern unterscheidet. Zu diesem türkischen Nationalverständnis gehört auch das Verständnis der Einheit und Homogenität aller türkischen Sunniten. Obwohl die Türkei offiziell immer noch ein säkularer Staat ist, hat Präsident Erdogans ‚Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung‘ (*Adalet ve Kalkınma Partisi*, AKP) in ihren bald 20 Jahren Regierungszeit auf dieser Grundlage einen klerikal geprägten Strukturwandel, etwa im Bildungssektor, herbeigeführt: Marginalisierte die Partei zum Zeitpunkt ihrer Gründung 2001 noch die politische Rolle des Islam, zeigte das 2008 vom Verfassungsgericht initiierte und nur knapp gescheiterte Verbotsverfahren gegen die AKP bereits früh die offensichtlichen innerparteilichen Islamisierungstendenzen.<sup>13</sup> Das von Erdogan so bezeichnete „Heranziehen einer religiösen Jugend“<sup>14</sup> durch die massive Förderung von Imam-Hatip-Schulen<sup>15</sup>, die Einführung von Wahlfächern zu den Themen ‚Koran‘ und ‚Leben des Propheten Mohammed‘ sowie die versuchte Aufhebung des Kopftuchverbots an Universitäten verstoßen zum Teil gegen die auf den Kemalismus zurückgehende, laizistische Ausrichtung der Verfassung – eine Auffassung, die das Verfassungsgericht in Ankara hinsichtlich der versuchten Aufhebung des Kopftuchverbots bereits 2007 bestätigte.<sup>16</sup>

Doch nicht nur die Religion, auch das Militär besaß in den Jahrzehnten vor 2017 immer auch eine politische Rolle im fundamentalen Verfassungskonflikt der Türkei. Als traditioneller Garant für Souveränität und Stabilität kam der Armee unter Staatsgründer Atatürk eine besondere Stellung als Hüterin von Verfassung und Kemalismus außerhalb der drei staatlichen Gewalten zu.

Zudem waren bis 1989 sechs von sieben Staatspräsidenten ehemalige Mitglieder der Streitkräfte. Sahen Armeevertreter „als wahre Vertreter der Interessen des Staates“<sup>17</sup> ebenjene Interessen verletzt, beispielsweise durch Handlungsunfähigkeit der Regierung, Widersprüche in der Verfassungsordnung oder durch zwischenparteiliche unversöhnliche Haltung, so wurde dies von Teilen des Militärs als Interventionsgrund angesehen.

Der gescheiterte Militärputsch von 2016 unterschied sich jedoch maßgeblich von den bis dahin erfolgten Umstürzen. Vergleicht man die Ereignisse des 15. und 16. Juli 2016 mit früheren Putschen, fallen zunächst zwei Unterschiede auf. Zum einen war nur ein sehr kleiner Teil des Militärs an dem Putschversuch 2016 beteiligt: Im Vergleich zu früheren Interventionen beteiligte sich insbesondere nur eine verhältnismäßig geringe Zahl an Soldaten aus der mittleren Führungsebene an dem Vorhaben. Offensichtlich fehlte die Unterstützung weiter Teile der Militärführung.<sup>18</sup> Dass das Vorhaben nicht von der gesamten militärischen Führung getragen wurde, war auch ersichtlich im Beschuss des Gebäudes des Generalstabes durch die Putschisten. Der Generalstabschef widersetzte sich den Putschisten und auch andere Kommandeure stellten sich auf die Seite der Regierung, darunter der Kommandant der ersten Armee in Istanbul, der Präsident Erdogan Schutz im Atatürk-Flughafen gewährte.

Zum anderen reihte sich der Putsch erstmals nicht ein in die Geschichte der Interventionen im Namen des Kemalismus und der Westorientierung der Türkei. Anders als während der vier vorherigen Aufstände „fehlte die politisch-ideologische Basis in der Armee, um kemalistische Kräfte zu mobilisieren.“<sup>19</sup> Auch die politische Opposition, insbesondere die Republikanische Volkspartei (*Cumhuriyet Halk Partisi*, CHP), die sich als Nachfolgeorganisation von Atatürks ‚Türkischer Nationalbewegung‘ als Hüterin des Kemalismus versteht und eine gewisse Nähe zum Militär pflegt, schlug sich schnell auf die Seite der Regierung. Das Fehlen einer solchen

gemeinsamen politischen Basis ist auch im Zusammenhang mit den für die Erhebung maßgeblichen Kreise zu sehen: Zwar vertritt die AKP-Regierung bis heute – wenn auch ohne tragfähige Beweise – die Position, der Putschversuch sei der 2013 ins Leben gerufenen Gülen-Bewegung des in den Vereinigten Staaten lebenden islamistisch-nationalistischen Predigers Fethullah Gülen zuzurechnen, und verfolgt und verurteilt auf dieser Grundlage massenhaft Gülen-Anhänger als Mitglieder der angeblich beteiligten ‚Fethullahistischen Terrororganisation‘ (*Fethullahçı Terör Örgütü*, FETÖ).<sup>20</sup> Jedoch wurde 2017 ein Bericht des europäischen Geheimdienstes ‚EU Intelligence Analysis Centre‘ (INTCEN) publik, in dem die von westlichen Nachrichtendiensten geteilte Position vertreten wurde, dass weder die FETÖ überhaupt existiere, noch dass Fethullah Gülen eine wie auch immer geartete Verantwortung für den Putschversuch zuzuweisen sei.<sup>21</sup> Auch Bruno Kahl, der Präsident des Bundesnachrichtendienstes, gab in einem Interview zu verstehen, dass er keine Anzeichen für eine Verstrickung der Gülen-Bewegung in den versuchten Umsturz erkennen könne.<sup>22</sup> Vielmehr habe eine kleine, heterogene Offiziersgruppe aus vereinzelt Gülenisten, Kemalisten, AKP-Gegnern und Opportunisten, versucht, bevorstehenden „Säuberungsplänen“ Erdogans, mit denen im August 2016 zu rechnen war, zuvorzukommen. Zwar widersprachen sowohl der BND als auch INTCEN Theorien, wonach die AKP-Regierung selbst den Putsch als *False Flag*-Umsturz initiiert habe, allerdings bezeichnete BND-Präsident Kahl den gescheiterten Putschversuch als „willkommenen Vorwand“<sup>23</sup> für Präsident Erdogan, sein Vorhaben der Einführung eines Präsidialsystems voranzutreiben und politische Gegner auszuschalten. Es kann davon ausgegangen werden, dass „der türkische Geheimdienstchef Hakan Fidan und Generalstabschef Akar spätestens am Nachmittag des 15. Juli über den bevorstehenden Putschversuch informiert waren“<sup>24</sup>.

Für die Analyse von INTCEN und BND sprechen insbesondere die unausgereift wirkende Planung und Durchführung des Putsches, die sich wiederum direkt auf die geringe Akzeptanz in der Bevölkerung auswirkten. Es gab zudem keinen wirklichen Versuch, die Regierung festzusetzen: Präsident Erdogan selbst befand sich zum Zeitpunkt des Putsches in Marmaris im Urlaub. Nach einer Warnung durch den Kommandanten der 1. Armee konnte er nach eigenen Angaben 15 Minuten vor dem Zugriff einer auf ihn angesetzten Einheit der Putschisten aus seinem Hotel fliehen. Und auch der Fernsehsender CNN Türk wurde zwar zeitweise vom Militär besetzt, dennoch konnte Erdogan ungehindert auf diesem Kanal per Videotelefonat zu Gegenprotesten aufrufen. Dem schlossen sich Muezzins in mehr als 80.000 Moscheen des Landes an, indem sie die Bevölkerung von den Minaretten aus zum aktiven Widerstand aufriefen. Innerhalb kürzester Zeit waren Tausende auf der Straße, um sich gegen die Putschisten zu stellen. Spätestens als Präsident Erdogan gegen vier Uhr nachts im Atatürk-Flughafen Istanbul zu den dort versammelten Bürgern sprechen konnte, musste der Putsch als gescheitert gelten. Denn ohne die zeitnahe Festnahme des Präsidenten und die Unterstützung der Militärführung war das Vorhaben zum Scheitern verurteilt.<sup>25</sup>

Der Putschversuch des Jahres 2016 markierte zudem einen Sinneswandel bei den türkischen Bürgern hinsichtlich ihrer Vorstellungen von Putschisten aus den Reihen der Streitkräfte. Tausende türkische Bürger stellten sich nach dem Aufruf des Staatspräsidenten Erdogan den putschenden Mitgliedern der Streitkräfte in den Weg, was die AKP als neues nationalistisches Moment zu nutzen verstand. Der Putsch gab Präsident Erdogan als ein – von ihm bereits in der Putschnacht bei seiner Ankunft am Istanbuler Atatürk-Flughafen so bezeichnetes – „Geschenk Gottes“ nicht nur die Möglichkeit zur „Säuberung“ staatlicher Institutionen, sondern er erwies sich durch die Ausrufung des Ausnahmezustands auch als vorteilhaft für die Legitimierung

des Verfassungsreferendums von 2017. Die Bemühung um demokratische Ziele diente jedoch in Wirklichkeit dazu, die angestrebte Machtkonzentration beim Präsidenten zu erreichen; dies zeigt eine detaillierte Befassung mit den konkreten Verfassungsänderungen ab 2017.

### *Kehrtwende hin zum Autoritarismus – Inhalte der Verfassungsänderung 2017*

„Die Demokratie ist nur der Zug, auf den wir aufsteigen, bis wir am Ziel sind.“<sup>26</sup> (Recep Tayyip Erdogan)

Die türkischen Wähler stimmten im April 2017 in einem landesweiten Referendum über mehrere Vorschläge zur Verfassungsänderung ab, die einen Systemwechsel einleiteten, der in seinem Ausmaß an Machtrestrukturierung mit dem Zusammenbruch des Osmanischen Reiches verglichen wurde.<sup>27</sup> Es handelte sich dabei um das siebte Verfassungsreferendum in der Türkei seit ihrem Übergang von der Einparteienherrschaft zu einem Mehrparteiensystem im Jahr 1946. Generell sind Verfassungsänderungen in der Türkei nichts Ungewöhnliches: In den Jahren zwischen 1982 und 2017 wurde die *Anayasa* dreimal durch Volksabstimmung und 15 Mal durch legislative Maßnahmen geändert – 117 der 177 Artikel bestehen heute nicht mehr in ihrer ursprünglichen Form.

Konsistent erscheint das Änderungspaket – 18 Maßnahmen, an die 76 weitere Artikel gekoppelt sind – hinsichtlich des Ziels, Präsident Erdogans Rolle im Staat zu konsolidieren. Erdogans politisches Programm, das auf die Institutionalisierung seiner Ein-Mann-Herrschaft ausgelegt ist, wird insbesondere ersichtlich in der massiven Schwächung von Legislative und Judikative. Vor diesem Hintergrund setzte die Verfassungsänderung politisch die drastischsten Umwälzungen in der 94-jährigen Geschichte des Landes in Gang, ging der Umbruch doch schließlich weit über die einschneidende Abschaffung des Amts des Premierministers hinaus. Drei

Änderungen spiegeln die weitreichenden Implikationen der Umwandlung des bis dahin parlamentarischen Regierungssystems in ein präsidentiales mit Exekutivpräsidentschaft im Detail wider: Zum einen muss der Präsidentschaftskandidat nicht länger parteilos sein, sondern er bedarf der Unterstützung mindestens einer Partei, die bei den vorangegangenen Parlamentswahlen über fünf Prozent der Stimmen gewonnen hat; in Erdogans Fall kann die breite Unterstützung der AKP als gesichert gelten. Zweitens werden dem Präsidenten maßgebliche Befugnisse eingeräumt: Er ist nun in der Lage, Dekrete zu politischen, sozialen und wirtschaftlichen Fragen mit Gesetzeskraft zu erlassen. Damit einher geht der dritte Punkt, nämlich die Vereinigung der Ämter des Regierungschefs und des Staatsoberhauptes. Die Kontrolle der Exekutiven durch das Parlament existiert in der Folge zumindest nicht mehr vollumfänglich. Im Rahmen parlamentarischer Fragestunden sind Fragen nicht mehr – wie es bis dahin möglich war – auch mündlich, sondern nun ausschließlich schriftlich und nur noch an den Vizepräsidenten und an die Minister zu stellen, nicht jedoch an den Präsidenten selbst. Außerdem bedarf es im Parlament nun einer absoluten Mehrheit, um ein Veto des Präsidenten zu überstimmen.<sup>28</sup> Völlig unabhängig von der konkreten Zusammensetzung der parlamentarischen Opposition wird ein Veto des Präsidenten Erdogan in der jetzigen Legislaturperiode – also ohne den Willen der AKP-Fraktion und der mit ihr im Wahlbündnis stehenden MHP-Fraktion – nicht durch das Parlament überstimmt werden können.

Nicht nur die nun stark geschwächte Legislative, auch die Judikative wird durch die Verfassungsänderung 2017 nachhaltig in ihren Kompetenzen eingeschränkt. So büßte die Justiz vor allem durch die Streichung von Richterstellen massiv an Einfluss ein. Der „Rat der Richter und Staatsanwälte“, ein Gremium, das alle neuen Richter und Staatsanwälte nominiert und das im Wesentlichen vom Parlament bestimmt wurde, wurde

von 22 auf 13 Mitglieder reduziert – bei gleichbleibender Benennung von vier Mitgliedern durch den Präsidenten. Der verminderte Einfluss des Parlaments auf die Stimmengewichtung in der Rechtsprechung wird hier deutlich. Gleichzeitig wurde die Zahl der Verfassungsrichter von 17 auf 15 reduziert, wobei nur drei vom Parlament berufen werden. Präsident Erdogan bestimmt heute also 16 der 28 höchsten Richter und kann auf diese Weise Einfluss nehmen auf die Rechtsprechung. Verfügt seine Partei gleichzeitig über eine Drei-Fünftel-Mehrheit im Parlament, so könnten die höchsten Richter vollständig von der Regierung und ihrer Fraktionsmehrheit benannt werden, was zweifellos die Unabhängigkeit dieses höchsten Gerichts aushebeln würde.<sup>29</sup>

Als weiterer Schritt auf dem Weg zum „Präsidialsystem türkischer Art“ kann auch die Neuausrichtung des Nachrichtendienstes MİT<sup>30</sup> (*Millî İstihbarât Teşkilâtı*) angesehen werden. Bereits 2014 führte die Novelle des Geheimdienstgesetzes zu einer massiven Erweiterung des Spektrums seiner operativen Aufgaben, die Verfassungsänderung ermöglichte dem MİT zudem erweiterte Zugriffsrechte auf Daten und Dokumente öffentlicher und privatrechtlicher Körperschaften. Der Geheimdienst kann nunmehr die Herausgabe von geschäftsinternen Dokumenten von Unternehmen sowie Kundendaten ohne Widerspruchsmöglichkeit erzwingen. Des Weiteren genießen MİT-Agenten eine de facto strafrechtliche Immunität, da der Dienst jede Form der staatsanwaltlichen Ermittlung gegen einen seiner Mitarbeiter mit Verweis auf sicherheitsrelevante Umstände blockieren kann. Gleichzeitig müssen Journalisten, die Informationen über die nachrichtendienstliche Arbeit veröffentlichen, mit einer Haftstrafe von bis zu zehn Jahren rechnen. Im Gegensatz zu den meisten westlichen Nachrichtendiensten wird dem MİT zudem volle Polizeibefugnis eingeräumt. Ebenfalls als ein Bruch zur bisherigen Praxis – und als vor dem Hintergrund des traditionell starken Militärs bemerkenswert – kann dabei die Möglichkeit

betrachtet werden, dass der Nachrichtendienst, „auch innerhalb der Streitkräfte tätig wird und Aufklärung hinsichtlich des militärischen wie zivilen Personals des Verteidigungsministeriums betreibt“<sup>31</sup> sowie Kandidaten für den Dienst an der Waffe auswählt. Konkret entscheiden hierbei, so kritisieren Beobachter, nicht fachliche Qualifikationen, sondern parteipolitische Überzeugungen über die Einstellungen von Staatsdienern. Dass Präsident Erdogans Programm eines türkischen Ein-Mann-Systems auch den Nachrichtendienst offensiv miteinbezieht, zeigt die Rechtsverordnung Nummer 694 aus dem Jahr 2017, die den MİT ausschließlich dem Staatspräsidenten unterstellt.<sup>32</sup> Jedwede parlamentarische Kontrolle ist somit ausgeschlossen – ein Schritt, der die Schwächung der Legislative wie die Stärkung der Exekutiv-Präsidentschaft gleichermaßen unterstreicht. Heute verfügt Präsident Erdogan über das ausschließliche Recht, über Personalien der oberen drei MİT-Führungsebenen zu bestimmen.

Seine erweiterten Befugnisse hat der türkische Nachrichtendienst auch zu Spionagetätigkeiten in der Bundesrepublik Deutschland genutzt. Bereits 2017 warnte der damalige Verfassungsschutz-Präsident Hans-Georg Maaßen vor einer geheimdienstlichen „Einflussnahme der türkischen Regierung in Richtung türkische Gemeinschaft hier in Deutschland“<sup>33</sup>, und auch die Bundesregierung teilte mit, dass in den Jahren 2017 und 2018 insgesamt 16 Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der geheimdienstlichen Agententätigkeit für türkische Geheimdienste beim Generalbundesanwalt eingeleitet worden seien.<sup>34</sup> Der MİT hat seine Spionagetätigkeit in Deutschland nach dem erfolglosen Putschversuch deutlich intensiviert, um Gegner der türkischen Regierungspartei einzuschüchtern und um für den nationalistisch-islamistischen innenpolitischen Kurs des Präsidenten zu werben – mit Blick auf gemeinsame NATO-Rüstungsprojekte wirft das

„Ausspähen unter Freunden“ einen deutlichen Schatten auf die türkisch-deutschen Beziehungen.

In den letzten drei Jahren seit dem Putschversuch und der Verfassungsänderung 2017 nahm der Nachrichtendienst eine zentrale Rolle ein bei der Verfolgung der für den gescheiterten Umsturz verantwortlich gemachten Gülen-Organisation.<sup>35</sup> So erklärte der ehemalige Premierminister Bekir Bozdağ<sup>36</sup>, dass bereits im ersten Jahr nach dem versuchten Putsch weltweit mehr als 80 angebliche Mitglieder der Gülen-Bewegung durch den Dienst gefangen genommen und in die Türkei verschleppt worden seien.<sup>37</sup> Der MİT agiere hierfür in 18 verschiedenen Staaten, darunter in der Schweiz, in der Ukraine, im Kosovo, im Sudan, in Pakistan und Afghanistan. Und auch in der EU wurde der Geheimdienst seit der Einführung des Präsidialsystems deutlich aktiver, etwa durch Versuche, türkische Oppositionelle im Exil zu überwachen und unter Druck zu setzen. Der Geheimdienst beschäftigt heute 9.000 Mitarbeiter. Zehn Prozent dieser 9.000 Mitarbeiter sind für Deutschland, die Schweiz, Österreich, also für den deutschsprachigen Raum, verantwortlich.<sup>38</sup> 2018 wurde beispielsweise ein Beamter der Berliner Polizei verhaftet, der vom MİT als Spion angeworben wurde, um Namen, Adressen und Informationen von AKP-Gegnern in Berlin zu beschaffen.

Der MİT kombiniert In- und Auslandsaufklärung, Aufklärungsmaßnahmen im Ausland werden immer auch unter innenpolitischen Gesichtspunkten betrachtet. Diese Doppel-Funktion in den Geheimdienst-Aktivitäten nutzt Präsident Erdogan auch bei der Bewältigung eines weiteren innenpolitischen Konflikts: Der türkische Nachrichtendienst verfolgt nicht nur Anhänger der Gülen-Bewegung im In- und Ausland, auch Angehörige der kurdischen Minderheit werden durch den Dienst überwacht. 2018 bestätigte das Bundesinnenministerium, dass es Belege für das Ausspähen der kurdischen Gemeinschaft in Deutschland durch den MİT gebe.<sup>39</sup> Dass die weiterhin

ungelöste Kurdenfrage jedoch auch ein Indiz für die Unzulänglichkeiten des Ein-Mann-Systems in der Türkei ist, belegt der folgende Abschnitt.

### **Sicherheitspolitische Dimensionen innenpolitischer Konflikte**

#### *Minderheitenpolitik in der „Neuen Türkei“ – Das Wiederaufflammen des Kurdenkonflikts*

Der Putschversuch 2016 selbst kostete nicht nur knapp 300 Personen das Leben, darunter zahlreiche Polizisten und Soldaten, er hatte auch langfristig negative Konsequenzen für das Handlungspotential des seinerzeitigen türkischen Sicherheitsapparates: So folgten auf den gescheiterten Umsturz „Säuberungswellen“, in deren Rahmen allein beim Militär – oft unter Missachtung rechtsstaatlicher Grundsätze<sup>40</sup> – mehr als ein Drittel der Offiziere im Generals- und Admiralsrang verhaftet oder unehrenhaft entlassen wurde, darunter auch 248 Kampfpiloten. Diese Erschütterung für das innere Gefüge der Streitkräfte blieb nicht ohne Folge für die sicherheitspolitische Problemlösungskompetenz des türkischen Staates. Sichtbar wurde diese Entwicklung in erster Linie im wieder aufflammenden Kurdenkonflikt.

Die andauernde Auseinandersetzung um Autonomie der kurdischen Siedlungsgebiete im Südosten der Türkei ist historisch gesehen eine Erblast des Zerfalls des Osmanischen Reichs und der Grenzziehungen nach dem Ersten Weltkrieg. Der von den damaligen Siegermächten und der osmanischen Regierung unterzeichnete Vertrag von Sèvres enthielt zwar Artikel über die Unabhängigkeit der Kurden – diese sollten den Autonomiestatus, den sie unter den Osmanen bis ins 19. Jahrhundert innehatten, wiedergewinnen –, jedoch wurde die darauf aufbauende, avisierte Gründung eines unabhängigen kurdischen Staates durch zahlreiche Auflagen des Vertrages de facto unmöglich gemacht. Vollends nichtig

wurden die kurdischen Autonomiebestrebungen dann durch den Vertrag von Lausanne von 1923, der den Kurden die Selbstbestimmung und die Gründung eines eigenen Staates faktisch verweigerte. Die kurdischen Bevölkerungsteile wurden durch die 1923 vereinbarten Grenzziehungen auf die Türkei, Syrien, den Iran und den Irak versprengt. Im Rahmen des Lausanner Friedensvertrages erhielten die Kurden weder einen Minderheiten- noch einen Autonomiestatus, da die Minderheitenklauseln von 1923 sich lediglich auf nichtmuslimische Minderheiten wie Griechen, Armenier oder Juden bezogen.<sup>41</sup>

Mit der kemalistischen Revolution und der Gründung des türkischen Nationalstaates im Jahre 1923 wurde auch ein für die Kurdenfrage zentraler Bestandteil der türkischen Verfassung formuliert: Als erstes der sechs Prinzipien des Kemalismus definierte die junge Republik den Nationalismus, die nationale Einheit. Noch heute legt der Artikel 3 der türkischen Verfassung die Unteilbarkeit der Nation fest: „Der türkische Staat ist ein, das türkische Staatsgebiet umfassendes, unteilbares Ganzes. Seine Sprache ist Türkisch“. Mit diesem Verfassungsgrundsatz wurde zugleich über Jahrzehnte der Herrschaftsanspruch Ankaras gegenüber der kurdischen Minderheit im Osten gesichert. Die auf der Grundlage des Unteilbarkeitsgrundsatzes geführten gesellschaftlichen Auseinandersetzungen, politischen Marginalisierungen sowie Repressionen und Kontrollen führten in der Türkei im Laufe des 20. Jahrhunderts zu verschiedenen kurdischen Nationalbewegungen, die sich zunehmend radikalisierten und dabei Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung zugelassen haben. Heute kämpfen die Kurden in der Türkei einerseits mit legitimen Mitteln der parteipolitischen Auseinandersetzung für ihre Autonomie – etwa durch die im Parlament vertretene, pro-kurdische HDP (*Halkların Demokratik Partisi*, ‚Demokratische Partei der Völker‘), gegen welche die Istanbuler Staatsanwaltschaft beim Obersten Gerichtshof der Türkei erst im März 2021

einen Verbots-Antrag eingereicht hat. Andererseits ist auch die Formation der militanten, in den USA und der EU als Terrororganisation eingestuften Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) Ende der 70er Jahre in diesen Gesamtkontext einzuordnen. Im bewaffnet ausgetragenen Konflikt zwischen Einheiten der PKK und den türkischen Sicherheitskräften wurden seit den 1980er Jahren bereits mehr als 40.000 Menschen getötet.<sup>42</sup>

Obwohl die AKP-Regierung etwa ab Beginn der 2000er einen „Prozess der Öffnung“<sup>43</sup> einleitete, der im Jahr 2012 sogar zu Friedensverhandlungen zwischen dem Geheimdienst MIT und PKK-Chef Abdullah Öcalan führte, eskalierte der Kurdenkonflikt in den letzten fünf Jahren im Rahmen des Syrienkriegs erneut: So blockierte Ankara 2015 während der Belagerung des von den kurdischen ‚Volksverteidigungseinheiten‘ (*Yekîneyên Parastina Gel*, YPG) gehaltenen Kobane durch den sogenannten Islamischen Staat (IS) jeglichen Nachschub in die eingeschlossene Grenzstadt. Das wiederum hatte eine Welle von Verhaftungen von prokurdischen HDP-Politikern, Anschlägen der PKK auf türkische Sicherheitskräfte, Luftschlägen der türkischen Luftwaffe gegen PKK-Ziele im Nordirak und letztlich einer massiven Operation der türkischen Sicherheitskräfte im Südosten der Türkei, wo die Mehrheit der kurdischen Minderheit lebt, zur Folge.

Die Gewaltspirale erreichte ihren vorläufigen Höhepunkt in der türkischen Militäroffensive in Nordsyrien ab Oktober 2019. Der kurdischen YPG war es zuvor gelungen, gemeinsam mit den – von der NATO unterstützten – oppositionellen ‚Demokratischen Kräften Syriens‘ (*Syrian Democratic Forces*, SDF), die Kontrolle über an die Türkei grenzende syrische Gebiete wiederzuerlangen, welche bis dahin unter der Herrschaft der Terrororganisation IS gestanden hatten. Nach der Gründung des de facto autonomen Gebiets Rojava durch kurdische Kräfte und nach dem überraschenden Abzug der USA aus diesem Grenzgebiet begannen türkische Streitkräfte mit völkerrechtswidrigen<sup>44</sup> Luft- und Artillerieangriffen auf

Rojava. Es folgte ein Einmarsch türkischer Bodentruppen und verbündeter Milizen auf dieses völkerrechtlich noch syrische Staatsgebiet. Die AKP-Regierung empfand die Gründung einer autonomen kurdischen Föderation als Bedrohung, da Ankara die YPG als Ableger der PKK betrachtet und so in der Folge auch Autonomiebestrebungen im Osten der Türkei bestärkt werden könnten. Nach nur kurz andauernden, erbitterten Kämpfen flohen kurdische Zivilisten in Massen von der Grenze zur Türkei in das syrische Landesinnere, in die Gebiete am Euphrat.

Präsident Erdogan und Außenminister Çavuşoğlu hatten während der Militäroffensive Solidarität von den NATO-Mitgliedern eingefordert, obwohl die Nordatlantische Allianz auch die gegnerische Konfliktpartei der mit der YPG kooperierenden SDF unterstützt hatte. Im Westen wurden die kurdischen Milizen als Partner in der Region betrachtet – auch aufgrund der Sorge vor einem wiedererstarkenden IS. Die türkische Offensive selbst wurde deswegen von den westlichen Bündnispartnern weitgehend negativ bewertet, zumal das militärische Vorgehen ohne Mandat des UN-Sicherheitsrats erfolgte. Nachdem die YPG allerdings nicht mehr auf die Unterstützung Washingtons setzen konnte und auch ein eigens einberufener EU-Ministerrat nicht die von Frankreich geforderten harten Sanktionen gegen die Türkei zuwege brachte, wandten sich die kurdischen Milizen an Baschar al-Assad. Die syrische Regierung entsandte in der Folge auf Bitten der Kurden ihrerseits Truppen, um den türkischen Vormarsch aufzuhalten, woraufhin sich das moskautreue Assad-Regime, der russische Präsident Putin und Präsident Erdogan nach nur wenigen Wochen auf eine künftige Machtverteilung in Nordsyrien einigten.

Diese jüngste Eskalation der Kurdenfrage spiegelt in doppelter Hinsicht die Abkehr Ankaras von seinen westlichen Partnern und der zuvor erfolgten Liberalisierung in der Minderheitenpolitik wider. Zum einen ist die völkerrechtswidrige Militäroperation gegen YPG und SDF als Entfernung von

der gemeinsamen Linie des nordatlantischen Bündnisses und als Annäherung an Moskau anzusehen. Der kürzlich erfolgte Erwerb von russischen S-400-Abwehrraketen im Wert von zehn Milliarden US-Dollar muss zudem als ein weiterer Beleg für diese zunehmende Annäherung zwischen Russland und der Türkei begriffen werden. Zum anderen hat es die AKP ganz offensichtlich versäumt, aus den diplomatischen Erfolgen im Bereich der innen- und außenpolitischen Minderheitenpolitik um das Jahr 2010 einen langfristigen Nutzen zu ziehen. Mit der Festigung ihrer Macht seit dem Putschversuch 2016 lässt sich in der AKP auch ein Bruch darin erkennen, Probleme der inneren Sicherheit mit Mitteln der Diplomatie zu lösen. Die große Solidarität, die die YPG-Kämpfer von den knapp 15 Millionen in der Türkei lebenden Kurden erfuhren, belegt in diesem Zusammenhang die erneute innenpolitische Spaltung, die die militärische Eskalation in Nordsyrien und der Kurs der AKP-Regierung zur Folge hatten.

### *Arbeitsmarktkrise und demographischer Wandel*

Eine nachwirkende Veränderung der innenpolitischen Konstellationen in der Türkei ist jedoch nicht nur der Kurdenkonflikt. Auch die wirtschaftliche Lage hat sich zunehmend verschlechtert. Die Selbstwahrnehmung Ankaras spiegelt dies freilich oftmals nicht wieder: Während die türkische Regierung im Juli 2020 von einer Arbeitslosenrate von 13,4 Prozent sprach – dies entspräche trotz der pandemiebedingten, dramatischen Wirtschaftskrise einem Rückgang von 369.000 Arbeitslosen im Vergleich zum Vorjahresmonat, – geht die OECD von 14,3 Prozent und keiner Verbesserung aus.<sup>45</sup> Laut des türkischen Meinungsforschungsinstituts MetroPoll haben durch die SARS-CoV-2-Krise sogar 31,8 Prozent der Arbeitnehmer ihren Job verloren. Über ein Viertel der Befragten gehe darüber hinaus davon aus, dass die Quote in Wahrheit bei über 40 Prozent liege. Negativ fällt besonders die Jugendarbeitslosigkeit auf: Laut OECD lag die Quote in der Altersgruppe der

15- bis 24-Jährigen im Juni 2020 bei 24.5 Prozent, bei den Frauen sogar bei 31.8 Prozent – doppelt so hoch wie im EU-Durchschnitt.<sup>46</sup>

Diese dramatischen wirtschaftlichen Kennzahlen lassen in Ankara die Sorge vor einem politischen Sinneswandel in der Bevölkerung steigen. „Die AKP, die sich auf die Unter- und Mittelschicht stützt, war dank ihres konservativen, populistischen Diskurses an die Regierung gekommen. Doch die Kinder jener, die die AKP 2002 an die Macht trugen, denken anders als ihre Eltern.“<sup>47</sup> Die Regierung Erdogan ringt mit einer jungen Generation, die durch digitale Medien global vernetzt ist, die immer besser ausgebildet ist und die es aufgrund schlechter beruflicher Perspektiven ins Ausland zieht. Ein Unicef-Report zur Lage von Kindern und Jugendlichen in OECD- und EU-Mitgliedsstaaten konstatiert für die Türkei die zweithöchste Kindersterblichkeit unter allen befragten Ländern. Nur die Hälfte der türkischen Jugendlichen bis 15 Jahre gab in der Studie eine hohe Lebenszufriedenheit an. Dreiviertel der Befragten haben angegeben, zum Studium oder Arbeiten ins Ausland zu gehen, 64 Prozent wollen ihrem Heimatland „für eine bessere Zukunft“ dauerhaft den Rücken kehren.<sup>48</sup>

Diese Entwicklung bedroht die Wählerbasis der AKP und damit Erdogans Macht. Die Sorge, durch den demographischen Wandel insbesondere im Bildungsbürgertum und in den Metropolen des Landes an Wählerzustimmung zu verlieren, wächst. Mit der erwachsen werdenden „Generation Z“ werden bei den kommenden Parlaments- und Präsidentschaftswahlen 2023 mehr als 6.5 Millionen Türken erstmals wahlberechtigt sein. Die AKP setzt deswegen massiv auf eine Wählermobilisierung durch die sozialen Medien, während gleichzeitig die Freiheit im Netz durch Gesetze<sup>49</sup> eingeschränkt wird, sodass Proteste gegen den Präsidenten wie jene im Istanbuler Gezi-Park 2013 verhindert werden sollen. Der Präsident unterstrich die Einschränkungen folgendermaßen: „Solche Kanäle passen nicht zu dieser Nation. Wir wollen sie

so schnell wie möglich vor unser Parlament bringen, um sie vollständig zu entfernen, um sie zu kontrollieren.“<sup>50</sup>

### *Erdgas-Konflikt im Mittelmeer – Die AKP profitiert vom revidierten Artikel 87 der Verfassung*

Ein Konfliktherd, der sich ebenso wie der transnationale Kurdenkonflikt negativ auf die Rolle der Türkei im westlichen Verteidigungsbündnis auswirkt, hängt direkt mit der beschriebenen prekären Wirtschaftslage des Landes zusammen. Um ihren Energieverbrauch, der zu 53 Prozent auf fossilen Energieträgern basiert, weiter decken zu können, erhebt die Türkei Ansprüche auf Erdgasvorkommen im östlichen sowie im südlichen Mittelmeer. Im November 2019 unterzeichneten Präsident Erdogan und der libysche Ministerpräsident Fayez al-Sarraj ein Memorandum of Understanding über die Abgrenzung ihrer maritimen Interessensphären.<sup>51</sup> Dieser Vertrag war vom Parlament in Ankara bereits im Dezember 2019 ratifiziert worden. Dafür genügte laut dem revidierten Artikel 87 der Verfassung eine Drei-Fünftel-Mehrheit der Abgeordneten, die mit dem Stimmenanteil der AKP und der mit ihr im Wahlbündnis stehenden, rechtsextremen MHP (*Milliyetçi Hareket Partisi*) erreicht wurde.

Dieses außenpolitische Verhaltensmuster fügt sich in die zunehmend komplizierte Rolle Ankaras in den Vereinten Nationen ein. Diese zeigt sich insbesondere im Widerstand der Türkei zu den UN-Bemühungen um eine Lösung im Zypern-Konflikt. Während die Vereinten Nationen eine Wiedervereinigung zwischen dem griechisch-zyprischen Süden und dem völkerrechtlich nur von der Türkei anerkannten türkisch-zyprischen Norden der Insel vorsehen, befürwortet Erdogans AKP eine dauerhafte Zwei-Staaten-Lösung. Weiter trennt eine von den UN kontrollierte Pufferzone die beiden Inselteile, die letzten Friedensgespräche für Zypern unter UN-Schirmherrschaft waren 2017 nicht zuletzt daran gescheitert, dass die AKP

nicht vom Status quo einer eigenständigen Republik Nordzypren abrücken wollte. Zuletzt forderte Staatspräsident Erdogan auch unabhängig vom Zypren-Konflikt immer häufiger eine grundlegende Reform der UN, wobei er seine Kritik deutlich artikulierte: Die UN, die so Erdogan „mit Blick auf Krisen von Syrien bis zum Jemen sowie Entwicklungen in fragilen Regionen in Afrika und Südamerika durchgefallen sind, haben auch die Pandemie verhaun.“<sup>52</sup> Unter anderem warf der türkische Staatschef der Organisation Versagen im Corona-Krisenmanagement vor, seien die UN doch laut Erdogan insbesondere daran gescheitert, Präsenz für jene Nationen zu zeigen, die Hilfe im Kampf gegen das Virus bräuchten.

### *SARS-CoV-2-Krise, Rezession und schwächelnde Lira – eine effektive Pandemiebekämpfung kann sich die Türkei nicht leisten*

Die wirtschaftliche Schieflage der Türkei wird nicht alleine durch Erdgasförderung im Mittelmeer bereinigt werden, dies scheint auch Präsident Erdogan – spätestens seit dem globalen Ausbruch des Coronavirus – klar zu sein. Zusätzlich zur medial inszenierten geopolitischen Machtdemonstration im Mittelmeer versuchte die AKP zuletzt durch nationalistisches und auch religiöses *agenda-setting*, Diskussionen über die durch die Pandemie zunehmend außer Kontrolle geratene Wirtschaftskrise abzuwenden. Sprach Präsident Erdogan sich vor mehr als einem Jahrzehnt noch dafür aus, dass „Geld keine Religion habe“, so stellt die von ihm so bezeichnete „islamische Wirtschaft“<sup>53</sup> heute angeblich eine effektive Gegenstrategie dar – ein weiteres Indiz für den oben beschriebenen klerikal orientierten Strukturwandel. Dass laut Umfragen des türkischen Meinungsforschungsinstituts Metropoll eine Mehrheit der Türken in der Umwandlung der Hagia Sofia<sup>54</sup> von einem Museum in eine Moschee hauptsächlich die Instrumentalisierung religiöser Symbole für das *appeasement* der ökonomisch gebeutelten Bevölkerung sieht, gibt allerdings

zusätzlich Anlass zu Zweifeln hinsichtlich der nationalistischen Wirtschaftsstrategie Ankaras, zumal vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie, die als zusätzlicher exogener Schock auf die türkische Konjunktur einwirkt.

So verzeichnete die Türkei während der gesamten Dauer der SARS-CoV-2-Pandemie die höchsten Infektionszahlen in Europa sowie einen der weltweit höchsten Corona-Inzidenzwerte. Diese epidemiologische Ausnahmesituation traf zeitlich mit den hier dargelegten wirtschaftspolitischen Schwierigkeiten zusammen. Die Krisenlagen sind dabei jedoch nicht nur zeitlich verbunden, sondern auch strukturell miteinander verknüpft, denn die türkische Wirtschaft ist wegen ihrer starken Einbindung in internationale Lieferketten und ihrer Abhängigkeit vom Tourismus den Folgen der Pandemie in besonderem Maße ausgesetzt. Der Wechselkurs der türkischen Lira war schon vor Ausbruch der Pandemie in Schieflage und geriet im Zuge der Pandemie weiter unter Druck. So verlor die türkische Währung im Jahr 2020 ein Viertel an Wert zum US-Dollar. Die Inflation stieg auf Werte zwischen zwölf und 14 Prozent, wobei sich die gesamte finanzpolitische Lage in den letzten Monaten sehr volatil und instabil zeigte. Zwar hatte der im November 2020 zurückgetretene Finanzminister Berat Albayrak – der Schwiegersohn von Staatspräsident Erdogan – noch versucht, mit einem Fiskalprogramm von rund 30 Milliarden US-Dollar den Abschwung der Landeswährung aufzuhalten, jedoch konnte selbst dieser umfangreiche Eingriff den Währungsverfall nicht aufhalten. Im Laufe des Jahres 2021 will Ankara deswegen nun zudem die Unternehmenssteuer als Stimulus von 22 Prozent auf 15 Prozent absenken.

Aufgrund der verheerenden Situation auf dem Arbeitsmarkt, der steigenden Inflation und der instabilen Lira prognostizierte der Internationale Währungsfonds für die Türkei zuletzt eine wirtschaftliche Rezession um rund fünf Prozent.<sup>55</sup> Zu den düsteren Prognosen kommt die schlechte Aussicht

hinzu, dass der einbrechende Binnenmarkt nicht über das traditionell starke Exportgeschäft ausgeglichen werden kann: Während die Inlandsnachfrage und Investitionen im Jahr 2020 zurückgingen, brachen im Rahmen der globalen Pandemie auch wichtige Auslandsmärkte weg. Anders als bei Konjunkturkrisen in der Vergangenheit wird die Türkei die schwache Nachfrage am Binnenmarkt also nicht über Exporte wettmachen können. Dass im Angesicht dieser Gemengelage auch der fiskalpolitische Handlungsspielraum der Türkei durch ein 30 Milliarden US-Dollar schweres Programm bereits erfolglos ausgeschöpft wurde, wirft einen weiteren düsteren Schatten auf die wirtschaftliche Dynamik im Land.

Ausdruck einer mangelnden Führungsstärke in der Krise sind jedoch nicht nur die erfolglose Reaktion auf die Rezession und der Kursverfall der türkischen Lira, sondern auch der intransparente Umgang mit den Infektionsstatistiken. Nachdem die Opposition im Parlament im Sommer 2020 Kritik an den nur schwer mit der Realität in den Notaufnahmen und den Bestattungsinstituten des Landes in Einklang zu bringenden offiziellen Corona-Statistiken der Türkei geäußert hatte, forderte die Weltgesundheitsorganisation die türkische Regierung im Oktober letzten Jahres dazu auf, korrekte Zahlen auszuweisen. Gesundheitsminister Fahrettin Koca hatte in der Folge einräumen müssen, dass im Laufe des Jahres nicht jeweils die Gesamtzahl aller Corona-Infizierten publiziert wurde, sondern lediglich jene Fälle in den Statistiken auftauchten, die aufgrund ihrer Krankheitssymptome behandelt werden mussten. Dadurch wurden laut türkischer Ärztekammer mehr als 350.000 Infektionen nicht öffentlich dokumentiert.<sup>56</sup>

Die mangelnde Transparenz im Umgang mit den Infektionszahlen hat sich auch negativ auf den für die Türkei wirtschaftlich so wichtigen Tourismus ausgewirkt. Auf den Reisemarkt entfallen traditionell circa zwölf Prozent des Bruttoinlandsproduktes, 2019 wurden im Tourismus Einnahmen von rund 35 Milliarden US-Dollar erwirtschaftet.<sup>57</sup> Im ersten Halbjahr 2020 sank die Zahl

der ausländischen Touristen jedoch um 75 Prozent auf nur mehr 4.51 Millionen – zu Beginn des Jahres war die Regierung bei ihren Schätzungen noch von mehr als 60 Millionen Reisenden im Jahresverlauf ausgegangen.<sup>58</sup> Der pandemiebedingte Rückgang des Tourismus stellt also eine zunehmende Belastung für die türkische Wirtschaft dar.

Auch auf diese wirtschaftliche Belastung ist es ursächlich zurückzuführen, dass sich die türkische Regierung in ihren Entscheidungen bislang nicht zu länger andauernden Lockdowns durchringen konnte. So wurden zwar im Frühjahr 2020 landesweite Ausgangssperren für die gesamte Bevölkerung verhängt, jedoch waren diese auf Nächte und Wochenenden beschränkt. Außerdem wurden partielle Ausgangssperren für türkische Bürger unter 20 Jahren und über 65 Jahren beschlossen. Damit sollte sichergestellt werden, dass der Großteil der Beschäftigten zwischen 20 und 65 Jahren weiterhin zur Arbeit gehen konnte, um zusätzlichen Schaden für die lahmende Wirtschaft abzuwenden. Im Sommer 2020 wurden selbst diese zurückhaltenden Maßnahmen wieder revidiert, um der wichtigen Tourismusbranche eine Erholung zu ermöglichen. Erst Ende November des letzten Jahres kündigte Ankara dann wieder schärfere Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung an, wobei Ausgangssperren erneut nur für unter 20- und über 65-Jährige gelten, Einzelhandel und Betriebe geöffnet bleiben und auch für Hotels sowie andere touristische Unterkünfte keine Einschränkungen eingeführt wurden. Diese offensichtlich ökonomischen Grenzen der Pandemiebekämpfung, die Manipulation von Infektionsstatistiken, um die dramatische epidemiologische Lage zu beschönigen, sowie der erfolglose Einsatz umfangreicher finanzieller Ressourcen zur Rettung der Landeswährung zeigen, wie hart die Türkei von den sich gegenseitig verschärfenden Krisen in Wirtschaft und Gesundheit getroffen wurde. Die mangelnde Führung durch den Staatspräsidenten, sowohl angesichts der gesundheitspolitischen, als auch der ökonomischen und fiskalpolitischen Problemstellungen, lassen

deutlich werden, dass Erdogans Nimbus als *Reis* (Anführer) der Türken zunehmend zu bröckeln beginnt – eine Entwicklung, die sich zuletzt in immer schlechteren Umfragewerten für die AKP und Erdogan selbst widerspiegelte.

### **Fazit und Ausblick**

„Wir müssen überall dort sein, wo unsere Ahnen einst waren. (...) Wir sind bewegt von dem Geist, der das Osmanische Reich gründete.“<sup>59</sup>

(Recep Tayyip Erdogan)

Als Präsident Erdogan dies im November 2012 in einer außenpolitischen Grundsatzrede verkündete, ließ der Vorsitzende der AKP keinen Interpretationsspielraum zu und stellte unmittelbar den Bezug zum Osmanische Reich her. Türkische Truppen sind heute in Syrien, im Irak und auch im Emirat Katar stationiert – der geopolitische Anspruch türkischer Außenpolitik wird hier sichtbar. Aber auch in Europa wird Ankara außenpolitisch immer aktiver. Den Balkan, einstiger westlicher Ausläufer des Osmanischen Reiches, will Erdogan durch außenpolitische Maßnahmen als Einflussphäre gewinnen. Diese neue Ausrichtung der Türkei zeigt sich mitunter nicht nur in der Abkehr vom Isolationismus, sondern auch in der Verfassungsänderung des Jahres 2017.

All ihren neoimperialen Vorstößen zum Trotz sieht sich die AKP zuletzt einer zunehmenden Machterosion ausgesetzt. Der Staatspräsident erlangte durch die Verfassungsänderung zwar eine enorme Machtfülle, doch die regierende AKP verliert inzwischen massiv an Dynamik und Wählerzuspruch, die Partei selbst verlor im Jahr 2020 fast eine Million Mitglieder. Und während die türkische Regierung mit Militärinterventionen und einer aggressiven Außenpolitik versucht, Stärke zu demonstrieren, wachsen die innenpolitischen Probleme immer weiter. Die Türkei steckt in einer massiven ökonomischen und finanzpolitischen Krise, wobei sich Wirtschafts- und Corona-Krise gegenseitig verstärken. Und obwohl ein funktionierendes

Institutionengefüge gerade in solch einer Situation eminent wichtig wäre, scheint die Bürokratie des Landes wenig effizient – insbesondere in der Bekämpfung von Rezession und Pandemie. Dies ist auch deshalb der Fall, weil sich in ihr erneut „informelle Loyalitätsnetzwerke bilden, die von der Staatsspitze nur schwer zu kontrollieren sind“<sup>60</sup>. So tritt der parlamentarische Oppositionsblock, der sich aus Sozialdemokraten, aus Ultra-Nationalisten wie Linkserichteten gleichermaßen zusammensetzt, trotz aller ideologischen Unterschiede neuerdings so vereint auf wie nie zuvor. Zuletzt forderte die Opposition sogar vorgezogene Neuwahlen: Unter dem Motto „Regieren mit Freunden“ wolle man der AKP die jahrzehntelange Regierungsverantwortung abnehmen. Vor dem Hintergrund einer dramatischen wirtschaftlichen Lage, die sich durch die Corona-Krise weiter verschlechterte, im Wissen um weiterhin ungelöste innenpolitische Konflikten wie jenen mit der kurdischen Minderheit, sowie angesichts einer jungen Generation gut ausgebildeter Türken, die es ins Ausland zieht, stellt sich die Frage wie lange sich Präsident Erdogan noch an der Macht halten kann in jenem System, das doch eigentlich 2017 auf die Konsolidierung seiner eigenen Macht ausgerichtet wurde. Erdogans Dilemma: Je länger die pandemiebedingte Rezession anhält, desto mehr schwindet sein Rückhalt im Volk. Die AKP konnte in den letzten Umfragen selbst im Wahlbündnis mit der rechtsextremen MHP keine absolute Mehrheit mehr erreichen, die jüngsten Umfragewerte für die AKP rangierten zwischen 32 und 39 Prozent – weit zurückbleibend hinter den Ergebnissen früherer Jahre. Es kommt hinzu, dass der ehemalige Ministerpräsident, frühere AKP-Vorsitzende und enge Vertraute Erdogans, Ahmet Davutoğlu, im Frühjahr 2020 eine eigene bürgerliche, mit der AKP konkurrierende Partei gegründet hat. Ebenso hat Ali Babacan, der unter anderem stellvertretender Ministerpräsident und Wirtschaftsminister unter Erdogan war, im März 2020 eine neue Partei gegründet, die der AKP ebenfalls Stimmen abnehmen will. Der Machterhalt

von Präsident Erdogan – und damit auch die Zukunft der „Neuen Türkei“ – bleiben also ungewiss.

---

<sup>1</sup> Rückblickend gilt dieser Befund jedoch auch für die Aufbruchsszenarien in den genannten anderen Regionen.

<sup>2</sup> William Robert Lynch, *From 2002-2017, To What Extent Has Turkish Security Policy Been Effective?* Fort Leavenworth 2017.

<sup>3</sup> Selbst die erste moderne Verfassung des Osmanischen Reiches unter Sultan Abdülhamit II. im Jahre 1876 nahm sich die nur fünf Jahre ältere deutsche Reichsverfassung zum Vorbild. Siehe ausführlich zur Kopie von Rechtskörpern etwa: Juana Vasella, 90 Jahre Rezeption des Schweizer ZGB und OR in der Türkei, in: Juana Vasella und Anne-Sophie Morand (Hgg.), *Werte im Recht – Das Recht als Wert*, Luzern 2017, S. 239-265.

<sup>4</sup> Recep Tayyip Erdogan, Rede in Istanbul am 28. Januar 2016, zitiert nach: Erdinç Çelikkan, *Türk tipi anayasa modeli, Millet hazır*, in: *Hürriyet*, 26.01.2016, abrufbar unter: <https://www.hurriyet.com.tr/gundem/turk-tipi-anayasa-modeli-millet-hazir-40046600> (11.12.2020).

<sup>5</sup> Vgl. hierzu Recep Tayyip Erdogan, Rede in Ankara am 18. August 2020, zitiert nach: TRTWorld, *Turkey won't bow down to colonialists in eastern Mediterranean*, Erdogan, abrufbar unter <https://www.trtworld.com/turkey/turkey-won-t-bow-down-to-colonialists-in-eastern-mediterranean-erdogan-39029> (07.01.2021). Ausführlicher hierzu: Volker Pabst, *Die Pläne zur Aufteilung des Osmanischen Reichs haben in der Türkei eine "Sicherheitsobsession" hinterlassen*, in: *Neue Zürcher Zeitung*, 10.08.2020; Rainer Hermann, *Erdogan und die „fehlenden Gebiete“ der Türkei*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 06.08.2020.

<sup>6</sup> Vgl. hierzu das außen- und sicherheitspolitische Grundsatzpapier des ehemaligen Außenministers Ahmet Davutoğlu: Ahmet Davutoğlu, *Stratejik Derinlik*, translated by Behlül Özkan, Istanbul 2001: Kure Yayinlari. Für eine tiefergehende Analyse desselben siehe: Alexander Murinson, *The Strategic Depth Doctrine of Turkish Foreign Policy*, in: *Middle Eastern Studies* Bd. 42 (6), 2006, S. 945–964.

<sup>7</sup> Karen Krüger, *Türken und Araber werden eins*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 16.09.2011.

<sup>8</sup> Die Verwendung des *terminus technicus* ‚autoritäres Regime‘ ist hier durchaus gerechtfertigt: Der Demokratie-Index des Economist wertete die Türkei 2019 als hybrides System, das als „unvollständige Demokratie“ beziehungsweise „autoritäres Regime“ bezeichnet werden kann. Siehe dazu: *The Economist, Democracy Index 2019*, London 2019, abrufbar unter: <https://www.eiu.com/topic/democracy-index>.

<sup>9</sup> Ulrich von Schwerin, *Die neo-osmanische Versuchung*, Bonn 2017, abrufbar unter <https://de.qantara.de/inhalt/tuerkische-aussenpolitik-unter-erdogan-die-neo-osmanische-versuchung> (11.11.2020).

<sup>10</sup> Äußerungen zur ethnischen Vielfaltigkeit der Türkei sind nur bei gleichzeitiger Betonung der Verschmelzung und Zugehörigkeit zum Türkentum gestattet. Andernfalls kann eine solche Äußerung unter Anwendung des Paragraphen 301 des türkischen Strafgesetzbuches verfolgt werden. Diese Rechtsvorschrift geht auf den Paragraph 159 des alten Strafgesetzbuches zurück und wurde am 1. Juni 2005 modifiziert. In der abgeänderten Form stellt die Rechtsvorschrift die Beleidigung des Türkentums, der Republik und der Institutionen und Organe des Staates unter Strafe. Ausführlich in: Nihal Kubilay Pinar, *Die Zensurgeschichte der Türkei, Vom Osmanischen Reich des 19. Jahrhunderts bis zur Türkei der Gegenwart*, Wien 2013.

<sup>11</sup> Günter Seufert, *Ein Präsidialsystem "türkischer Art", Konzentration der Macht auf Kosten politischer Gestaltungskraft*, Berlin 2019, S. 7.

---

<sup>12</sup> Günter Seufert, Staat und Islam in der Türkei, Berlin 2004, S. 13.

<sup>13</sup> Das Verfassungsgericht beschäftigte sich 2008 mit dem Verbot der regierenden AKP aufgrund der aktiven Rolle, die die Partei bei der Islamisierung des Landes einnahm und dem laut Staatsanwaltschaft damit verbundenen Verstoß gegen die laizistische Ausrichtung der Verfassung. Mit einer knappen sechs zu fünf Entscheidung wurde das erforderliche Quorum an Ja-Stimmen für das Verbot nicht erreicht..

<sup>14</sup> Recep Tayyip Erdogan, Rede in Istanbul am 2. Februar 2012, zitiert nach: Markus Dreßler, Erdogan und die ‚Fromme Generation‘, Religion und Politik in der Türkei, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 9-10, 2017, S. 23-29, S. 25. Die Bezeichnung „religiöse Jugend“ verwendete Erdogan erstmals im Jahr 2012 in einer Rede vor der Jugendorganisation der AKP. Nachdem diese Begrifflichkeit in der Folge selbst in der eigenen Partei als zu konträr zum Laizismus angesehen wurde, sprach Erdogan später nur noch von einer „frommen Generation“.

<sup>15</sup> Imam-Hatip-Schulen sind staatlich geförderte Koranschulen an denen verstärkt islamische Lehre unterrichtet wird. So ist Koranunterricht ein grundlegender Bestandteil der Ausbildung, statt Englisch oder Französisch steht Arabisch auf dem Stundenplan. Auch das Schulfach „Leben des Propheten Mohammed“ wird dort unterrichtet. Recep Tayyip Erdogan besuchte als Knabe selbst eine solche Schule.

<sup>16</sup> Nur drei Jahre später setzte sich der Hochschulrat Yök in einer Verfügung über das Urteil hinweg, weshalb in Bildungseinrichtungen die Teilnahme heute sogar in Vollverschleierung möglich ist.

<sup>17</sup> Sahin Alpay, Die politische Rolle des Militärs in der Türkei, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 39-40, 2009, S. 9-15, S. 13.

<sup>18</sup> Vgl. hierzu Laura L. Kabis-Kechrid, Putschversuch in der Türkei, Am Ende profitiert Erdoğan, Berlin 2016, abrufbar unter: <https://dgap.org/de/forschung/publikationen/putschversuch-der-tuerkei> (15.12.2020).

<sup>19</sup> Vgl. hierzu Michael Martens, Der gescheiterte Putsch und seine Folgen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 9-10, 2017, S. 4-7, S. 4.

<sup>20</sup> Vgl. hierzu Hakkı Taş, Die neue Türkei und ihr entstehendes Sicherheitsregime, in: GIGA Focus Nahost (6), 2020, S. 4.

<sup>21</sup> Ausführlich diskutiert in: Simon Waldmann und Emre Caliskan, Factional and Unprofessional, Turkey's Military and the July 2016 Attempted Coup, in: Democracy and Security Bd. 16 (2), 2020, S. 123-150.

<sup>22</sup> Vgl. hierzu Hakkı Taş, Die Gülen-Bewegung im Exil, Wiederbelebung in der Diaspora, in: GIGA Focus Middle East (3), 2019, S. 6.

<sup>23</sup> DER SPIEGEL, Der Putsch war nur ein Vorwand, in: DER SPIEGEL, 18.03.2017, abrufbar unter: <https://www.spiegel.de/spiegel/bnd-chef-bruno-kahl-ueber-putin-erdogans-machtstreben-und-snowdens-erbe-a-1139314.html>.(20.10.2020).

<sup>24</sup> Susanne Güsten, Putschversuch in der Türkei vor einem Jahr, Die kontrollierte Verschwörung in: Der Tagesspiegel, 29.05.2017, abrufbar unter: <https://www.tagesspiegel.de/politik/putschversuch-in-der-tuerkei-vor-einem-jahr-die-kontrollierte-verschwoerung/19866134.html> (15.12.2020).

<sup>25</sup> Vgl. hierzu Michael Martens, Der gescheiterte Putsch und seine Folgen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 9-10, 2017, S. 4-7, S. 5.

<sup>26</sup> Recep Tayyip Erdogan, Rede in Siirt am 6. Dezember 1997, zitiert nach: Cigdem Akyol, Erdogan, Die kritische Biografie, Freiburg 2018, S. 106. Dieses Zitat stammt aus einer Wahlkampfredede, die Recep Tayyip Erdogan im Jahr 1997 hielt, damals noch als Bürgermeister der Stadt Istanbul. Der Satz ist ein Zitat aus einem Gedicht, das Erdogan in der Rede wiedergab. Weiter heißt es darin: „Die Moscheen sind unsere Kasernen, die Minarette unsere Bajonette, die Kuppeln unsere Helme und die Gläubigen unsere Soldaten.“ Erdogan wurde wegen des Inhalts der Rede und dem strafbaren Akt des „Schüren religiösen Hasses“ 1998 zu zehn Monaten Haft verurteilt.

---

<sup>27</sup> Nicht ungenannt bleiben sollten an dieser Stelle die Umstände des Verfassungsreferendums: Zwar beanspruchte die AKP den Sieg mit 51.41 Prozent der Stimmen für sich und erreichte damit ihr Ziel, ein Präsidialsystem „türkischer Art“ zu errichten, allerdings legen Forschungsergebnisse des Complexity Science Hub in Wien nahe, dass die Abstimmung durch massiven Wahlbetrug gewonnen werden konnte. Bei sechs Prozent der Wahllokale war ein *ballot-stuffing* zu identifizieren, das „Stopfen“ von Wahlurnen mit Ja-Stimmen, um beinahe eine hundertprozentige Zustimmung zu erreichen. Zudem lassen die statistischen Ergebnisse die Vermutung zu, dass in kleineren Wahllokalen, deren Ergebnisse signifikant vom lokalen Trend abwichen, systematisches *voter-ringing*, also Wählermanipulation durch Einschüchterung oder Zugangsverwehrung, stattfand. OSZE-Wahlbeobachter beklagten nicht nur die Einschüchterung von Anhängern des „Nein“-Lagers, sondern auch die Inhaftierung zahlreicher Oppositioneller. Während die ersten offiziellen Zahlen des Hohen Wahlausschusses (*Yüksek Seçim Kurulu*) keinen klaren Vorsprung für das „Ja“-Lager gezeigt haben, ließ ebenjener „in einem beispiellosen Schritt“ nicht abgestempelte und damit ungültige Stimmzettel – Schätzungen zufolge bis zu 1.5 Millionen an der Zahl – als gültig zu. Siehe: Sinan Ekim und Kemal Kirisci, *The Turkish constitutional referendum, explained*, Washington D.C 2017, abrufbar unter: <https://www.brookings.edu/blog/order-from-chaos/2017/04/13/the-turkish-constitutional-referendum-explained/> (20.10.2020); Peter Klimek et al., *Forensic analysis of Turkish elections in 2017–2018*, in: *PLoS ONE* Bd. 13 (10), abrufbar unter <https://journals.plos.org/plosone/article?id=10.1371/journal.pone.0204975> (20.10.2020); Günter Seufert, *Ein Präsidialsystem "türkischer Art", Konzentration der Macht auf Kosten politischer Gestaltungskraft*, Berlin 2019.

<sup>28</sup> Vgl. hierzu insbesondere die Änderungsanträge sechs, sieben und acht zur Modifikation der Artikel 98, 101 und 104. Hierzu ausführlich: Sinan Ekim und Kemal Kirisci, *The Turkish constitutional referendum, explained*, Washington D.C 2017, abrufbar unter: <https://www.brookings.edu/blog/order-from-chaos/2017/04/13/the-turkish-constitutional-referendum-explained/> (20.10.2020).

<sup>29</sup> Hier sind die Änderungsanträge 14 und 16 zur Modifikation der Artikel 146 und 159 zu nennen.

<sup>30</sup> Der MIT ist der formal einzige Nachrichtendienst der Türkei, der gleichermaßen Inlands- wie Auslandsaufklärung betreibt. Zudem unterscheidet sich von den meisten westlichen Geheimdiensten durch die Einräumung einer vollen Polizeibefugnis.

<sup>31</sup> Jörg Biallas, *Türkischer Geheimdienst in Deutschland*, *Auswärtiges/Antwort*, Berlin 2018, abrufbar unter: <https://www.bundestag.de/presse/hib/572186-572186> (28.10.2020).

<sup>32</sup> War die Implementierung dieser institutionellen Neuansiedlung als Teil des Verfassungsreferendums zunächst für 2019 geplant, so setzte sich die Regierung durch Verabschiedung der Rechtsverordnung 694 nach dem Notstandsgesetz – gültig mit sofortiger Wirkung – nur kurze Zeit nach dem Referendum über die zuvor gemachte Ankündigung hinweg. Siehe: Günter Seufert, *Ein Präsidialsystem "türkischer Art", Konzentration der Macht auf Kosten politischer Gestaltungskraft*, Berlin 2019, S. 17 ff.

<sup>33</sup> Vgl. hierzu ausführlich: Sebastian Reuter, *Verfassungsschutz warnt vor türkischem Geheimdienst*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 21.07.2017; Jörg Biallas, *Türkischer Geheimdienst in Deutschland*, *Auswärtiges/Antwort*, Berlin 2018, abrufbar unter: <https://www.bundestag.de/presse/hib/572186-572186> (28.10.2020).

<sup>34</sup> Vgl. hierzu Deutscher Bundestag, Drucksache 19/4636, S. 3.

<sup>35</sup> Vgl. hierzu Christian Herrmann, *Ankaras langer Arm – Nachrichtendienstliche Aktivitäten der Türkischen Republik*, in: *ESUT - Europäische Sicherheit & Technik*, 12.11.2020, abrufbar unter <https://esut.de/2020/11/fachbeitraege/23590/ankaras-langer-arm-nachrichtendienstliche-aktivitaeten-der-tuerkischen-republik/> (15.12.2020).

<sup>36</sup> Bekir Bozdağ ist seit der Gründung der AKP im Jahr 2001 als prominentes Partei-Mitglied aktiv und war zwischen 2011 und 2018 unter anderem Vize-Premierminister sowie

---

Justizminister der Türkei.

<sup>37</sup> Vgl. hierzu in DER SPIEGEL, Türkei, Geheimdienst holte 80 mutmaßliche Gülen-Anhänger aus dem Ausland, in: DER SPIEGEL, 05.04.2018, abrufbar unter: <https://www.spiegel.de/politik/ausland/tuerkei-geheimdienst-holte-80-angebliche-guelen-anhaenger-aus-dem-ausland-a-1201430.html> (15.12.2020)

<sup>38</sup> Vgl. hierzu Michael Laubsch, Der türkische Geheimdienst in Deutschland und Österreich – Innenpolitik im Ausland, Wien 2020, abrufbar unter: <https://mena-studies.org/de/der-tuerkische-geheimdienst-in-deutschland-und-oesterreich-innenpolitik-im-ausland/> (15.12.2020).

<sup>39</sup> Vgl. hierzu Deutscher Bundestag, Drucksache 19/6173, S. 3.

<sup>40</sup> Vgl. hierzu ausführlich: Vgl. Hakkı Taş, Die neue Türkei und ihr entstehendes Sicherheitsregime, in: GIGA Focus Nahost (6), 2020.

<sup>41</sup> Vgl. hierzu ausführlich: Gülistan Gürbey, Der Kurdenkonflikt, Bonn 2014, abrufbar unter <https://www.bpb.de/internationales/europa/tuerkei/185907/der-kurdenkonflikt> (15.12.2020).

<sup>42</sup> Ebd.

<sup>43</sup> Ebd.

<sup>44</sup> Die Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages haben die türkische Militäroffensive als klar völkerrechtswidrig eingeordnet. Es handele sich eben nicht, wie von Ankara behauptet, um einen Akt der Selbstverteidigung nach Art. 51 VN-Charta. Vielmehr „stellt die türkische Offensive [...] offensichtlich einen Verstoß gegen das Gewaltverbot aus Art. 2 Ziff. 4 VN-Charta dar.“ Es sei sogar möglich – so der Wissenschaftliche Dienst – „Vorermittlungen gegen den türkischen Präsidenten Erdogan einzuleiten“, sollte eine Übermittlung der Angelegenheit an den Internationalen Strafgerichtshof erfolgen. Siehe ausführlich: Deutscher Bundestag, Völkerrechtliche Aspekte der türkischen Militäroperation „Friedensquelle“ in Nordsyrien, WD 2 - 3000 - 116/19, S. 12.

<sup>45</sup> Vgl. hierzu OECD, Unemployment rate (indicator), Paris 2020, abrufbar unter: <https://data.oecd.org/unemp/unemployment-rate.htm#indicator-chart> (26.10.2020); Turkish Statistical Institute, Turkey Unemployment Rate, Ankara 2020, abrufbar unter: <https://data.tuik.gov.tr/en/display-bulletin/?bulletin=labour-force-statistics-march-2020-33787#> (26.10.2020).

<sup>46</sup> Vgl. hierzu OECD, Youth unemployment rate (indicator). Paris 2020, abrufbar unter <https://data.oecd.org/unemp/youth-unemployment-rate.htm#indicator-chart> (26.10.2020).

<sup>47</sup> Bülent Mumay, Erdogan muss die Jugend fürchten, Briefe aus Istanbul, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 02.07.2020.

<sup>48</sup> Anna Gromada et al., Worlds of Influence, Understanding What Shapes Child Well-being in Rich Countries, in: Innocenti Report Card 16, Florenz 2020, S. 12ff.

<sup>49</sup> Jüngstes Beispiel einer Reihe von restriktiven Gesetzen ist eine am 29. Juli 2020 verabschiedete Vorschrift, die soziale Medien zu einer Niederlassung auf türkischem Boden verpflichtet, womit diese hinsichtlich ihrer Inhalte künftig gegenüber lokalen Behörden rechenschaftspflichtig sind.

<sup>50</sup> Recep Tayyip Erdogan, Videobotschaft an AKP-Mitglieder vom 1. Juli 2020, abrufbar unter <https://www.tccb.gov.tr/konusmalar/353/12055/astana-formatinda-turkiye-rusya-federasyonu-iran-uclu-zirvesi-nde-yaptiklari-konusma-9> (07.01.2021)

<sup>51</sup> Vgl. hierzu Deutscher Bundestag, Seevölkerrechtliche Bewertung der türkisch-libyschen Vereinbarung über die Abgrenzung ihrer maritimen Interessenssphären im östlichen Mittelmeer, WD 2 -3000 -143/19, 2020.

<sup>52</sup> Recep Tayyip Erdogan, Rede in Ankara am 22. September 2020, abrufbar unter: <https://www.tccb.gov.tr/konusmalar/353/122156/bm-genel-kurulu-nda-yaptiklari-konusma-> (07.01.2021).

---

<sup>53</sup> Zitiert nach: Bülent Mumay, Erdogan muss die Jugend fürchten, Briefe aus Istanbul, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 02.07.2020.

<sup>54</sup> Die Hagia Sophia ist bei weitem nicht der einzige Beleg für religiöses agenda-setting und eine vermehrte Bezugnahme auf das Osmanische Reich durch die AKP-Regierung: 2016 eröffnete Ministerpräsident Davutoğlu in Banja Luka die mit Mitteln der türkischen Entwicklungsbehörde TIKA wiederaufgebaute Ferhat-Pascha-Moschee. Das Gotteshaus wurde 1579 in der damals zum Osmanischen Reich gehörenden Stadt erbaut und 1993 im Bosnien-Krieg zerstört. Als bauliches religiöses Symbol ist sie ein Instrument der Public Diplomacy Ankaras gegenüber den bosnischen Muslimen. Des Weiteren ist auch das im östlichen Mittelmeer nach Erdgasvorkommen suchende Forschungsschiff Oruc Reis nach einem Korsaren benannt, der 1516 die Spanier aus Algier vertrieb und damit das erste nordafrikanische Gebiet für das Osmanische Reich eroberte. Und selbst in Rumänien entsteht auf Kosten der TIKA eine mehr als 2000 Gläubige fassende Moschee im Stil des Osmanischen Reiches. Siehe hierzu: Boris Kálnoky, Symbolische Landnahme, Wie Erdogan Südeuropa kaufen will – und scheitert, in: WELT, 17.10.2018.

<sup>55</sup> Vgl. hierzu Internationaler Währungsfonds, World Economic Outlook, A Long and Difficult Ascent, Washington 2020, abrufbar unter: <https://www.imf.org/en/Publications/WEO/Issues/2020/09/30/world-economic-outlook-october-2020> (09.11.2020), S. 55.

<sup>56</sup> Prof. Kayihan Pala ist Mitglied der epidemiologischen Expertengruppe der türkischen Ärztekammer und gab bereits im April ein Interview, in dem er die offiziellen Corona-Statistiken der Türkei anzweifelte. Siehe hierzu: „Bursa'da vaka ve ölüm sayıları açıklanandan daha yüksek“, enBursa.com, 21.04.2020.

<sup>57</sup> Vgl. hierzu Germany Trade & Invest, Coronavirus schwächt die türkische Wirtschaft, 2020, abrufbar unter <https://www.gtai.de/gtai-de/trade/specials/special/tuerkei/coronavirus-schwaecht-die-tuerkische-wirtschaft-234698> (07.01.2021).

<sup>58</sup> Vgl. hierzu ebd.

<sup>59</sup> Recep Tayyip Erdogan, Rede in Ankara am 25. November 2012, abrufbar unter: <https://www.tccb.gov.tr/konusmalar/353/293/tesk-19-olagan-genel-kurlunda-yaptiklari-konusma> (07.01.2021).

<sup>60</sup> Günter Seufert, Ein Präsidialsystem "türkischer Art", Konzentration der Macht auf Kosten politischer Gestaltungskraft, Berlin 2019, S. 31.



## Türkei – autoritäre Tendenzen im Inneren, expansive nach außen?

*Hüseyin I. Çiçek*

### **Einleitung**

2017 spielt in doppelter Hinsicht eine wichtige politische Rolle in der Außenpolitik der AKP und somit ihrer Strategien sowie Beziehungen gegenüber westlichen Bündnispartnern. In diesem Jahr ließ der türkische Präsident Erdogan darüber abstimmen, ob der Umbau des türkisch-politischen Systems von einer parlamentarischen in eine präsidentiale Demokratie vollzogen werden soll. Gleichzeitig durften über diesen Entscheidungsprozess nicht nur türkische Staatsbürger auf anatolischem Boden entscheiden, sondern auch die türkische Diaspora in Europa. Der politische Wettbewerb um Wählerstimmen zur notwendigen Verfassungsänderung wurde u. a. auch in die EU getragen, vor allem nach Deutschland und in den Niederlanden. Mitglieder der AKP traten in türkischen Konsulaten oder eigens für die Veranstaltungen gemieteten Räumlichkeiten auf, um ihre Sympathisanten zu stärken sowie die Unentschlossenen davon zu überzeugen, dass eine Änderung des politischen Systems der Türkei für die türkische Demokratie bzw. die Festigung und Fortsetzung der geplanten islamisch-konservativen Demokratie der AKP notwendig sei. Die politischen Bemühungen der AKP kollidierten u. a. mit der Integrations- und Islampolitik der deutschen Bundesregierung und führten zu großen diplomatischen Spannungen der beiden Nationalstaaten, weil die AKP-Parlamentarier in Kooperation mit türkischen Lobby-Gruppen – wie etwa der UETD – sowie kriminellen Organisationen – Osmanen Germania – die Anerkennung des Genozids an den osmanischen Armeniern verhindern wollten, politische Oppositionelle sowie kurdische Verbände und Interessensvertretungen gezielt bedrohten. (Siehe Punkt 3)

Die vom heutigen türkischen Präsidenten Erdogan vorangetriebene Transition des türkisch-politischen Systems führte dazu, dass das „Freedom House“ die Türkei 2018 als „not free“ klassifizierte. Dabei wurde die Machtkonzentration u. a. in den Händen einer Person bzw. die personalisierte Innen- und Außenpolitik kritisiert, indem es auf die Schwächung der Institutionen und damit verbundenen demokratischen Normen sowie Werten in der Türkei hinwies. Die Einschränkungen der politischen Räume für Opposition, Zivilgesellschaft sowie Medien wurden explizit eine demokratiepolitisch bedenkliche Entwicklung genannt. Der Bericht implizit suggerierte, dass sich die traditionelle türkische Außenpolitik unter der AKP seit 2017 rasch zu ändern begonnen hätte und die Folgen noch nicht abzusehen seien.<sup>61</sup>

In diesem Artikel werden die folgenden Fragen untersucht: Auf welche Weise haben die innenpolitischen, verfassungspolitischen und demokratiepolitischen Veränderungen seit dem erfolgreich durchgeführten Verfassungsreferendum den autoritären Charakter der Innen- und Außenpolitik der AKP erheblich verstärkt? Ermöglicht das Verfassungsreferendum Präsident Recep Tayyip Erdogan, eine kontinuierliche Schwächung demokratischer Institutionen und politischer Kultur als direkt vom Volk gewählter Führer voranzutreiben sowie eine persönliche, auf autoritäre Expansion angelegte Innen- und Außenpolitik zu realisieren?

Die Ausführungen zeigen auf, welche Neugestaltung das traditionelle Verständnis der türkischen Außenpolitik unter der AKP ab 2017 erfahren hat und wie dies sich auf die Beziehungen mit Deutschland auswirkt. Hierzu ist es auch notwendig, die innenpolitischen Entwicklungen von 2015 bis 2017 in den Blick zu nehmen.

## **AKP Außenpolitik seit 2017: Hintergründe, Modifizierung und Neuausrichtung**

Charakteristisch für die türkische Politik bis zur Gründung der AKP war ihre Mixtur aus demokratischen, undemokratischen sowie militärischen Traditionen. Dies führte zu verhärteten Fronten zwischen linken, rechten und religiösen Gruppen<sup>62</sup>. Die Herausforderungen der Gründungszeit der Republik, die Zeit des Kalten Krieges und die Periode nach 1990 haben jeweils zu demokratischen Erweiterungen oder antidemokratischen Verengungen geführt.<sup>63</sup> Diese Verhärtungen in der türkisch-politischen Kultur galt es zu überwinden. 2002 setzte die AKP vor und nach ihrem erfolgreichen Wahlkampf hier auf eine starke innenpolitische Anlehnung an die EU und versuchte, die geforderten Reformen (Kopenhagener Kriterien) umzusetzen. Damit konnte sie viele religiöse als auch säkulare Stimmberechtigte in der Türkei grundsätzlich ansprechen.<sup>64</sup> Ebenso fokussierten sich die Gründer der AKP – Recep Tayyip Erdogan, Abdullah Gül und Bülent Arinc – auf eine Modifizierung des restriktiven türkischen Laizismus und weniger auf eine explizite islamische Agenda, wie sie etwa von Necmettin Erbakan<sup>65</sup> verfolgt wurde. Aufgrund der Erfahrungen von drei Militärputschen während des Kalten Krieges fanden sich in der Türkei auch genügend säkulare Stimmen, die dem Militär sehr kritisch gegenüberstanden. Ihre Kritik, dass die Institution der bewaffneten Kräfte auch für das Fehlen einer starken demokratischen Zivilgesellschaft verantwortlich sei.<sup>66</sup> Parallel dazu konnte die AKP durch ihre Pro-EU-Politik auch viele wirtschaftsliberale Stimmen aus allen politischen Lagern gewinnen.<sup>67</sup> Die Orientierung an der EU sowie den christlich-konservativen Volksparteien Westeuropas bot der AKP die Möglichkeit, politische Hypotheken aus der Vergangenheit abzutragen und gegenwärtige Herausforderungen jenseits der bestehenden ideologischen Gräben zu bewältigen und eine heterogene Wählerschaft für sich zu gewinnen.<sup>68</sup> Gegenseitige parteipolitische Anschuldigungen, dass das eigentliche Ziel der jeweils anderen Seite eine geheime politische Agenda zur Transformation des türkischen Staates in ein islamistisches oder

islamfeindliches bzw. religionsfeindliches autoritäres Regime sei, verloren nicht an Bedeutung.<sup>69</sup>

Wichtige politische Reformen führten dazu, dass die AKP im In- und Ausland an Zustimmung und Popularität gewann. Die Akzeptanz von religiösen Symbolen in der Öffentlichkeit sowie die Forderung an den Staat – wie etwa im Kontext des deutschen Grundgesetzes – mehr religiös-weltanschauliche Neutralität zu praktizieren, erhöhten kontinuierlich die positive Rezeption der AKP.<sup>70</sup> Ebenso wie das Verbot der Todesstrafe und mehr Rechte für die kurdische Minderheit in der Türkei mit Blick auf die Ausübung ihrer Kultur, Sprache und weiteren Traditionen.<sup>71</sup> Parallel dazu setzte sich die AKP für die türkische Diaspora in Europa ein.<sup>72</sup> Eine trianguläre religionspolitische Strategie wurde von ihr vorangetrieben. Vor allem im Bereich Verwaltung oder Exekutive bspw. wurden die Bestimmungen für religiöse Kleidung sowie Symbole abgeschwächt oder revidiert. Darüber hinaus ermutigte sie die ehemaligen Gastarbeiter und ihre Nachkommen zur Integration sowie Partizipation an Islampolitiken auf europäischem Boden und gleichzeitig warnte sie vor einer Assimilation sowie Verlust ihrer fundamentalen Traditionen.<sup>73</sup> Letzteres war u. a. gegen die DIK-Initiativen (Deutsche Islam Konferenz) gerichtet.

Die Anlehnung der AKP an die EU sowie europäisch-christliche Volksparteien zur Stärkung der türkisch-politischen Kultur erfuhr ab 2007 einen herben Rückschlag. In der Einschätzung von einigen Beobachtern ist damit möglicherweise der Grundstein für einen europäischen Kurs gelegt worden. 2007 wurde der türkische Präsident noch vom türkischen Parlament gewählt. Abdullah Gül wurde damals von der AKP zur Wahl aufgestellt und seine Chancen waren aufgrund der AKP-Mehrheit im Parlament mehr als nur gut, um gewählt zu werden. Daraufhin reagierte das Militär mit einem Einschüchterungsversuch, indem es auf seiner Website eine Stellungnahme zu AKPs Vorhaben veröffentlichte.<sup>74</sup> Flankiert wurde das Militär dabei von der

CHP, damals wie heute stärkste Oppositionspartei. Die AKP konnte die beiden Gegner mit dem Argument autoritärer Transformationsabsichten und Abkehr von Demokratie gut ausspielen und politischen Profit aus der Lage schlagen.<sup>75</sup>

Gül wurde zum Präsidenten der Türkei und der heutige Präsident war Premierminister und Chef der AKP zugleich. Die Gunst der Stunde nützend, wurden wichtige politische bzw. verfassungsrechtliche Veränderungen vollzogen. Die Wahl des zukünftigen türkischen Präsidenten sollte direkt erfolgen und nicht mehr durch das Parlament erfolgen. Die AKP und ihre Verbündeten (islamisch-konservative Richter etc.) in der türkischen Justiz, mehrheitlich der Fethullah Gülen-Bewegung angehörend, gingen dazu über, durch manipulierte sowie selbstproduzierte Berichte „Beweise“ zu anzufertigen, die der Militärführung einen Putsch gegen die Regierung unterstellten.<sup>76</sup> Von 2007 bis 2013 fanden mehrere Prozesse statt. Ein wichtiger Tenor der Entwicklungen war, dass das Militär sowie andere Interessensgruppen in der Türkei bewusst eine islamisch-konservative Demokratie aufgrund ihrer laizistisch-autoritären sowie antidemokratischen Überzeugungen nicht akzeptieren könnten.<sup>77</sup> In dieser Zeit kam es auch zu einer wachsenden Kritik an der AKP, dass sie die Prozesse zur Stärkung der eigenen Macht führen würde und weniger im Interesse der Türkei.<sup>78</sup> Dies führte dazu, dass am 12. September 2010 – auf den Tag genau 30 Jahre nach dem dritten Militärputsch – ein Referendum darüber abgehalten wurde, dass die damalige vom türkischen Militär eingesetzte Verfassung (vgl. dazu auch den Beitrag von Franz Karg) aus dem Jahre 1982 in wesentlichen Bereichen einer Revision unterzogen werden sollte.<sup>79</sup> Argumentativ wurde das von Seiten der AKP damit beansprucht und konnte erst mit den Änderungen und Anpassungen auch ein weiterer wichtiger Schritt in Richtung EU-Vollmitgliedschaft gesetzt werden. Die AKP hatte bereits in Kooperation mit der Zivilgesellschaft, Verfassungsrichtern, Gewerkschaften sowie mit

Unternehmerverbänden auch vor 2010 eine Revision der Verfassung angestrebt.<sup>80</sup> Kaum war der Prozess gegen hohe Militärs zu Ende, brachen die Gezi-Park-Protteste aus. Eine anscheinend mit demokratiepolitischen Mitteln bewältigbare Herausforderung entwickelte sich zu einer Lawine an undemokratischem Verhalten sowie Grundrechte einschränkender Politik durch die AKP.<sup>81</sup> Auch die Kritik aus dem Ausland ließ nicht lange auf sich warten. (Vgl. hierzu Punkt 3) Die direkte Wahl zum türkischen Präsidenten im Jahr 2014 führte nicht dazu, dass Präsident Erdogan für eine Ausgleichspolitik eintrat. Vielmehr ermutigte sie die AKP-Führung, liberale und kritische Stimmen aus den eigenen Reihen zum Schweigen zu bringen. Damit ging auch die Distanzierung von der EU einher.<sup>82</sup> Präsident Erdogan setzte dabei auf eine expansivere Politik des Populismus, religiösen Konservatismus sowie türkischen Nationalismus mit osmanischer Ausschmückung, um die Gesellschaft zu polarisieren, sich als Außenseiter gegen die türkischen Eliten zu positionieren und dadurch eine größere Wählerbasis für sich zu mobilisieren. Der Wahlsieg erleichterte ihm, die Kritik seitens der Opposition abzuschmettern.<sup>83</sup> Den entscheidenden Höhepunkt in der türkischen Innen- und Außenpolitik markierte der „gescheiterte Putsch“ von 2016 ein.<sup>84</sup>

In einer Atmosphäre parteipolitischer und zivilgesellschaftlicher Einmütigkeit, dass der Militärputschversuch im krassen Widerspruch zum türkischen Demokratieverständnis stehe, und der Unsicherheit über die Hintergründe des „Putsches“ konnte Präsident Erdogan mit der Inkraftsetzung des Ausnahmezustandes das Land über zwei Jahre ohne parlamentarischen Widerstand per Dekret regieren.<sup>85</sup> Die Inhaftierung oder Entlassung von unzähligen Akademikern, Beamten, Ärzten, Journalisten, Richtern, Staatsanwälten, Polizisten sowie Politikern war die Folge. In vielen Reden bezeichnete Erdogan den „gescheiterten Putsch“ als „Gnade/Geschenk Gottes“.<sup>86</sup> Die erfolgreiche Abwendung des

Militärputschversuches sei auf die „Gnade/Geschenk Gottes“ und den Mut der türkischen Staatsbürger zurückzuführen. Gleichzeitig biete das Ereignis der Türkei eine einmalige Chance, so lautete die Argumentation, ihr politisches System zu stärken. Ein präsidentiales politisches System hätte in der Vergangenheit effizienter Herausforderungen aller Art eindämmen können. Mit Blick auf die Zukunft sei es von besonderer Notwendigkeit, damit die Regierung unmittelbar auf die Veränderungen in der Weltpolitik reagieren könne.<sup>87</sup>

#### *Modifizierung und Neuausrichtung der Außenpolitik seit 2017*

Die erfolgreich geführte Kampagne zur Transformation des parlamentarischen Systems hatte seither weitreichende Konsequenzen für die türkische Außenpolitik. Parallel dazu beinhaltete sie auch wichtige Veränderungen für die Innenpolitik. Die Stärkung der Institution des türkischen Präsidenten ermöglichte Erdogan vor allem, sich von einstigen Mitbegründern oder Kritikern in der Partei zu lösen. Das Aushebeln von innerparteilichen „checks und balances“ führte schrittweise zu einer autoritären Transformation des politischen Systems. Seit dem gescheiterten Putsch kristallisierte es sich immer deutlicher heraus, dass wichtige politische Schlüsselpositionen in Regierung, Ministerien und auf Parteiebene vor allem mit wenig bekannten oder unbekanntenen Persönlichkeiten besetzt wurden, die eines gemeinsam hatten, nämlich eine fast bedingungslose Loyalität gegenüber Präsident Erdogan sowie seinen politischen Strategien.<sup>88</sup> Ein wichtiger politischer Aspekt dieses Vorgehens ist es, dass gegenwärtige Mitstreiter des türkischen Präsidenten keine oder wenig Unterstützung in der Öffentlichkeit genießen. Dies ermöglicht dem

Regierungschef Erdogan bis zu einem gewissen Grad, politische Rivalen in den eigenen Reihen kleinzuhalten.

Das Amt des türkischen Premierministers wurde aufgelöst, die damit verbundenen Aufgaben wurden auf den Präsidenten übertragen. Dies bildet einen wichtigen Schritt in Richtung mehr expansiver Ausgestaltungsoptionen autoritärer Politik, welche das Verfassungsreferendum ermöglichte. Auch die Justiz wurde nicht verschont. Drei von insgesamt 15 Verfassungsrichtern (Rat der Richter und Staatsanwälte) werden vom Präsidenten ernannt.<sup>89</sup> Die restlichen werden vom Parlament bestimmt. Justizminister und Staatssekretär gehören zu den drei vom Präsidenten bestimmten Richtern und ermöglichen dadurch de facto einen großen Einfluss des Regierungschefs (Präsident) auf den Rat. Auch ist es dem Präsidenten möglich, indirekt Einfluss auf die Zusammenstellung des „Rates der Richter und Staatsanwälte“ zu nehmen. Zu den neuen Kompetenzen des Präsidenten gehört es auch, den Haushaltsentwurf bzw. das Budget einzubringen.<sup>90</sup> Dies erhöht die Bedeutung der Zentralmacht vor allem, weil sie den sieben Regionen bzw. den 81 Provinzen finanzielle Unterstützung streichen kann. Das Parlament kann den Vorschlag nur ablehnen, wenn es bereit ist, sich selbst aufzulösen und Neuwahlen auszurufen. Der Präsident kann auch durch Notstandsdekrete am Parlament vorbei regieren. Von 2018 bis Ende April 2020 wurden mehr als 60 Dekrete erlassen.<sup>91</sup> Das Parlament verfügt über das Recht mit seiner Mehrheit diese abzulehnen.

Präsidentschafts- und Parlamentswahlen finden am selben Tag statt. Dadurch wird es u. a. zukünftigen Präsidenten möglich sein, Wahlkampfstrategien mit innen- sowie außenpolitischen Themen bereits im Vorfeld des Urnengangs miteinander zu verknüpfen und dadurch einen Vorteil bei Wählern zu erreichen. Auch ermöglicht dieses Vorgehen, Ressourcen zu sparen oder gezielt einen Tag zum eigenen Vorteil einzusetzen. Die Niederlage der AKP in den Kommunalwahlen, bspw. in Istanbul und

Ankara, hat bereits verdeutlicht, dass sie vor Wahlmanipulation nicht zurückschreckt.<sup>92</sup> Das Verfassungsreferendum bzw. die Verfassungsveränderungen ermöglichen Präsident Erdogan, eine auf persönliche Interessen ausgelegte expansive autoritäre Politik in der Türkei umzusetzen.

Kritik am Referendum und damit an der politischen Kompetenzerweiterung des Präsidenten kam nicht nur aus der Türkei, sondern auch seitens der Venedig-Kommission des Europarates<sup>93</sup> und europäischer Staaten. Der Präsidentschaftswahlsieg vom 18. Juni 2018 ließ zwar die Opposition und Kritiker im In- sowie Ausland nicht verstummen, jedoch hatte Präsident Erdogan die Transformation des politischen Systems mit der für ihn notwendigen demokratischen Legitimierung bewerkstelligen können. In Zukunft wird die autoritäre Transformation der Türkei und die Einschränkung notwendiger demokratischer Fundamente von der AKP mit dem Hinweis weiter vorangetrieben, durch „freie und geheime“ Wahlen – wie etwa in Peru oder Ungarn – gewonnen zu haben.

Was bedeuten die oben angesprochenen Transformationsdynamiken für die Außenpolitik? Die Türkei verfolgte seit 1923 vor allem aufgrund der katastrophalen Erfahrungen im Vorfeld des Ersten Weltkrieges eine realistisch-pragmatische Außenpolitik.<sup>94</sup> Das Verfassungsreferendum ermöglicht dem türkischen Präsidenten, eine personalisierte Außenpolitik zu realisieren. Vor allem in seiner Funktion als Präsident sowie Ministerpräsident bestimmt er über die Besetzung einzelner Ministerien. Zukünftige Minister werden somit vor allem aufgrund ihrer befürwortenden Haltung gegenüber den geopolitischen Strategien und Zielen des türkischen Präsidenten ausgesucht. Die Entwicklungen seit dem Referendum zeigen, dass die Loyalität seiner Minister bisher nicht erschüttert. Dies führt zu einer Schwächung von Institutionen – wie etwa des Außenministeriums –, die nicht

mehr unabhängig agieren können.<sup>95</sup> Durch die gegenwärtige, wenn auch knappe Mehrheit im Parlament braucht Präsident Erdogan auch keinen unmittelbaren politischen Druck seitens seiner Minister zu befürchten, die ihn zu einem Kurswechsel in der Außenpolitik bewegen könnten.

Ganz deutlich werden die konfliktreichen Auswirkungen des präsidentialen Systems auf die Außenpolitik in der geopolitischen Interaktion Ankaras mit westlichen Verbündeten. Ankaras personalisiertes Vorgehen in der Außenpolitik zeugt davon, dass die Überzeugung, dass sich das Feld der internationalen Politik zu einem multipolaren transformiert und alte geopolitische Verhaltensweisen abgelegt werden können, sich innerhalb der Erdogan-Administration durchgesetzt hat.<sup>96</sup> In vielen Reden beschwören Präsident Erdogan sowie weitere seiner Minister den politischen und gesellschaftlichen Untergang des Westens. Vor allem Deutschland und die USA sind Ziele harscher Beschuldigungen sowie Kritik. Aufgrund ihrer militärischen oder wirtschaftlichen Schwächen im Vergleich zu Russland oder China kann die Türkei mit diesen keine längerfristigen Allianzen auf geopolitischer Augenhöhe eingehen.

Ihre Bereitschaft, durch Militärgewalt, Kooperation mit jihadistischen Gruppen sowie Geiseldiplomatie geopolitische Vorteile für sich zu erzwingen, zeigt, dass Ankara gemeinsame außenpolitische Normen und Werte sowie strategische Visionen mit dem Westen als wenig verbindlich erachtet. Zur Schwächung der Kurden ist die Kooperation mit dem Westen notwendig. Wie etwa das Beispiel in Syrien vor Augen führt: Um zu vermeiden, dass die YPG in Syrien durch westliche Unterstützung zu einem legitimen Inhaber eines regionalen kurdischen Gewaltmonopols bzw. Territoriums wird, braucht es Washington, Brüssel und Berlin.<sup>97</sup> Viele westliche Staaten sympathisierten mit der YPG aufgrund ihres erfolgreichen Kampfes gegen die jihadistische Terrororganisation IS. Es ist sehr unwahrscheinlich, dass das durch den Bürgerkrieg geschwächte Regime in Damaskus das gegenwärtige

Erstarken der jihadistischen Terrororganisation ohne kurdische Beteiligung erneut massiv zerschlagen kann. Auch mit Blick auf den Mittelmeerraum und die dort vorhandenen sowie neu entdeckten Energieressourcen (Gas) ist die Türkei auf den Westen angewiesen, damit sie sich erfolgreich und mit notwendiger politischer Rückendeckung gegen Griechenland, Zypern oder Israel durchsetzen kann.<sup>98</sup>

Mit Blick auf die Kurden braucht sich Ankara derzeit wenig Sorgen um Moskau zu machen, weil Präsident Putin im syrischen Bürgerkrieg die kurdischen Verbände vor allem zur Stärkung des Regimes in Damaskus unterstützt.<sup>99</sup> Auch die kürzlich gestiegenen Todeszahlen von Mitgliedern türkischer Armeeeinheiten oder Spezialeinheiten der Polizei im syrischen Bürgerkrieg zeigen, dass Ankara auf westliche Verbündete angewiesen ist.<sup>100</sup> Vor allem eine zusätzliche Luftunterstützung durch die USA in Syrien vermag möglicherweise weitere desaströse militärische und politische Fehlentwicklungen aufzuhalten. Darüber hinaus würde eine volle Übereinstimmung Ankaras mit der Syrien-Strategie Moskaus den eigenen Ambitionen widersprechen, dass das gegenwärtige Regime in Damaskus ersetzt werden muss. Parallel dazu würde es der innen- und außenpolitischen Kreditabilität in der Türkei schaden, zumal es Präsident Erdogans Glaubwürdigkeit untergraben würde.<sup>101</sup> Ebenso würde dadurch der Anspruch, die islamische Welt zu repräsentieren<sup>102</sup> – gemeint sind jedoch die sunnitischen Verbündeten –, einen erheblichen politischen Schaden davontragen.<sup>103</sup>

Ein wichtiger Grund für die oben genannten Punkte ist u. a. die Überzeugung der AKP seit dem „arabischen Frühling“, dass die Zeit der notwendigen und großen „Restauration“ der islamischen (sunnitischen!) Zivilisation angebrochen sei.<sup>104</sup> Die gegenwärtige Regierung in Ankara versteht sich als Sprachrohr der muslimischen Welt und beanspruchen für ihre Belange in der internationalen Politik einzutreten. Dies erfolgt auch deshalb, weil die

Destabilisierungsprozesse im Nahen Osten, wie etwa ab 2003 oder politische Umbrüche seit 2014, auch für die Türkei dauerhafte Herausforderungen bereithalten.<sup>105</sup> Gerade die Morsi-Administration in Ägypten bot Ankara kurzfristig die Möglichkeit, seinen Einfluss mit Blick auf die Sicherheits- und Interessenspolitik im Mittelmeerraum neu zu justieren.<sup>106</sup> Ankaras außenpolitische Aktivitäten sind somit auch der Versuch, seinen regionalpolitischen Einfluss zu erhalten. Kritik am UN-Sicherheitsrat sowie die Forderung an denselben, Palästinenser und burmesische Muslime vor Ungerechtigkeit zu schützen, gehören gegenwärtiger genauso zu Ankaras politischen Agenda wie seine Ambitionen, in verschiedenen Ländern der Welt, wie etwa Katar und Somalia, militärische Stützpunkte zu errichten, um den türkischen außenpolitischen Zielen im Kontext einer „Restauration“ auch ohne Zustimmung westlicher Verbündeter zum Durchbruch zu verhelfen.<sup>107</sup> Unterstützung von türkisch-islamischen Diaspora-Verbänden sowie Finanzierungen von Moscheen auf europäischem Boden sollen ebenso dazu beitragen, Ankaras Einfluss auf Türkischstämmige sowie Muslime allgemein zu erhalten und zu erhöhen.<sup>108</sup> Gleichzeitig eröffnet sich dadurch die Möglichkeit mit Hilfe der türkischen Diaspora politische Interessen gewinnbringend umzusetzen.

## **AKPs Außenpolitik mit Blick auf Deutschland und die EU seit 2017**

### *Transatlantische Konfliktfelder seit Trumps Amtsantritt*

Präsident Erdogans Enttäuschung über die Außenpolitik der USA in Syrien kann als einer der wichtigsten Faktoren für das geopolitische Zerwürfnis mit Washington angeführt werden. Vor allem, weil die Obama-Administration ihre „red line“-Drohung nicht umgesetzt hatte, als das Regime in Damaskus chemische Waffen im Bürgerkrieg zum Einsatz brachte.<sup>109</sup> Auch die Akzeptanz des ägyptischen Militärputsches gegen die bisher einzige demokratisch gewählte islamistische Regierung führte zu einer Distanzierung

zwischen den beiden Staaten.<sup>110</sup> Die Aussage des damaligen Außenministers John Kerry, dass das militärische Vorgehen in Ägypten die Demokratie wiederhergestellt habe<sup>111</sup>, wurde von der AKP sowie ihren Anhängern als purer Zynismus empfunden.<sup>112</sup> Gleichzeitig wurden dadurch eigene politische Ängste genährt. Würde Washington – so lautete eine wiederkehrende Frage der AKP-nahen Medien – eine solche Entwicklung auch in der Türkei verteidigen? Die Wahl von Präsident Trump 2016 wurde deswegen in Ankara sehr begrüßt, weil damit die Hoffnung einherging, dass die neue Administration maßgeblich zum Ende von Assad beitragen könnte. Damit verbunden war auch die Hoffnung einer neuen Annäherung. Bestärkt wurde Ankara möglicherweise in der Annahme, weil Präsident Trump und Präsident Erdogan 2018 beim Nato-Gipfel aufeinandertrafen und abseits der Veranstaltungen ihre Sympathien füreinander vor den vielen Journalisten nicht verbargen.

Die Aussage des US-Präsidenten, dass der türkische Präsident alles richtig mache, wurde in türkischen Tageszeitungen mehr als nur einmal aufgegriffen. Das politische Süßholzraspeln darf jedoch nicht über die bilateralen Krisen hinwegtäuschen, die Ankara mit der Inhaftierung (bzw. Geiseldiplomatie) des evangelikalen Pastors Brunson in Izmir 2016 ausgelöst hatte, um die Obama-Administration u. a. zu mehr politischer Initiative in Syrien zu bewegen. Präsident Trumps Vorgehen in der Sache war dann weitaus härter als die seines Vorgängers, zumal auch viele seiner Wähler in den USA aus den evangelikalen Kreisen kamen.<sup>113</sup> Ankaras Bemühungen, eine Verbindung zwischen dem inhaftierten Pastor sowie dem „gescheiterten Putsch“ der Gülen-Bewegung – die dafür verantwortlich gemacht wird – und der PKK herzustellen, überzeugte Washington nicht. Ziel war eine Art Gefangenenaustausch: Der Pastor sollte im Gegenzug für die Auslieferung des im selbstgewählten amerikanischen Exil lebenden Fehullah Gülen in die USA zurückkehren dürfen.

Ankara ging so weit, dass sie über eine Kooperation mit dem damaligen nationalen Sicherheitsberater von Präsident Trump, Michael Flynn, die US-Öffentlichkeit durch gezielte Propaganda<sup>114</sup> davon überzeugen wollte, dass eine Auslieferung des türkischen Klerikers ganz in ihrem Interesse sei.<sup>115</sup> Gülen wird für den gescheiterten Putsch verantwortlich gemacht. Das Vorhaben scheiterte und die Trump-Administration verhängte Sanktionen gegen zwei türkische Minister und verdoppelte die Zölle auf die Einfuhr türkischer Stahl- sowie Aluminiumimporte in die USA. Beides trug zur Entwertung bzw. Talfahrt der türkischen Lira bei.<sup>116</sup> Präsident Erdogan konnte diesem politischen Druck nicht standhalten und entließ 2018 im Oktober Pastor Brunson aus der Haft.

Eine gemeinsame außenpolitische Strategie konnte bisher nicht realisiert werden. Flankiert wurde das weitere kontinuierliche Auseinanderdriften der beiden Länder auch durch Präsident Trumps offene Sympathien für die bewaffneten kurdischen Kämpfer sowie deren Erfolge gegen Jihadisten im syrischen Bürgerkrieg. Die US-Luftunterstützung für die kurdischen Einheiten gegen den IS war zuvor bereits von Ankara aufgrund ihrer geopolitischen Sicherheitsinteressen stark kritisiert worden.<sup>117</sup> Ironischerweise hat Ankara eine wichtige geopolitische Chance aufgrund der personalisierten Außenpolitik des türkischen Präsidenten verspielt. Gerade ein gemeinsames militärisches Eingreifen gegen die jihadistische Terrororganisation hätte nicht nur die Beziehungen mit Washington und Nachbarländern verbessern können, sondern hätte auch die Unterstützung der Nato erleichtert und kritischen europäischen Stimmen besänftigt. Dadurch hätte Ankara auch eine bessere Verhandlungsposition gegenüber Moskau einnehmen können. Für die Türkei ist die YPG in Syrien ein Ableger bzw. der verlängerte Arm der PKK, die seit den 1980er Jahren eine bewaffnete Auseinandersetzung gegen Ankara führt.<sup>118</sup> Das politische Machtvakuum nützend, konnte die jihadistische Terrororganisation IS im Verlauf des syrischen Bürgerkrieges

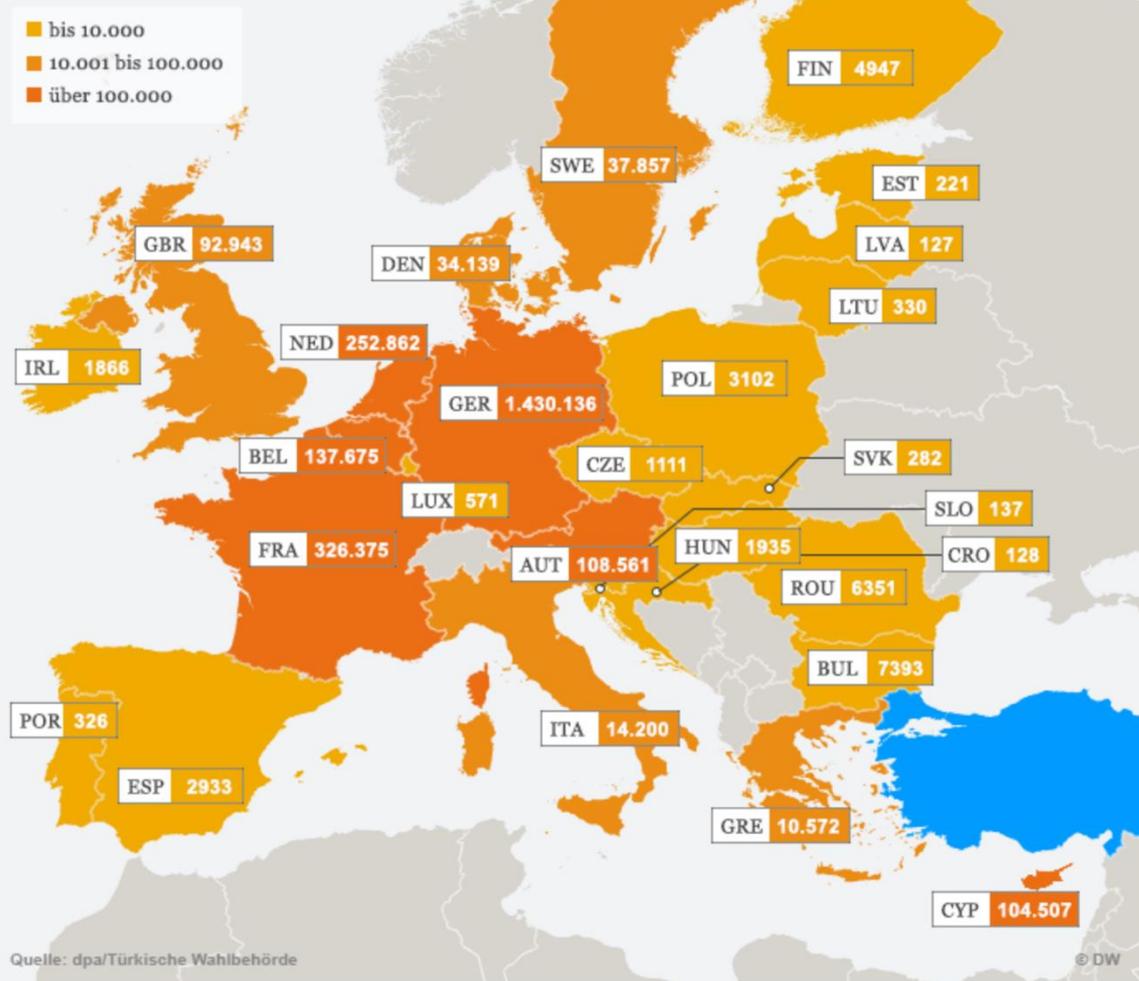
einen erheblichen Territorialgewinn für sich verbuchen.<sup>119</sup> Ankaras Hoffnung, dass das Assad-Regime ein schnelles Ende finden würde und Syrien in einer neuen religionspolitischen (sunnitischen) Konstellation zu einem möglichen neuen regionalen Partner aufsteigen könnte, erfüllte sich nicht.<sup>120</sup> Interessanterweise verneinte Ankara eine Kooperation mit kurdischen Verbänden nach dem Vorbild des Nordiraks. Dies lässt darauf schließen, dass die regionalpolitischen Ressentiments und Vergeltungsbemühungen gegenüber Damaskus weitaus größere sind als gegen Bagdad.<sup>121</sup> Syrien gewährte der PKK in den 1990er Jahren immer wieder die Möglichkeit, sich auf ihrem Boden zurückzuziehen und neue Angriffe gegen die Türkei zu planen. Vielmehr führte der zermürbende Bürgerkrieg dazu, dass sich Regime-Gegner in unterschiedlichen Gruppierungen zusammenfassen und abwechselnd Assad und einander gegenseitig bekämpften.<sup>122</sup> Unterstützt wurden sie dabei aus Riad, Teheran sowie anderen Regionen des Nahen Ostens und darüber hinaus. Damit einher ging eine Fluchtbewegung vieler tausender syrischer Bürger in die Türkei. Viele wollten über Anatolien nach Europa gelangen und die Migrationskrise nahm ihren Anfang.<sup>123</sup> Parallel dazu fanden auf europäischem Boden jihadistische Terroranschläge statt. Die Beteiligung vieler europäisch-muslimischer Jugendlicher am IS-Terror führte zusätzlich zu neuen Herausforderungen für Europa und die EU.<sup>124</sup> Eine autonome kurdische Region unter der YPG würde nach Meinung der amtierenden Regierung – sowie großer Teile der Opposition – die territoriale Integrität der Türkei permanent in Frage stellen.<sup>125</sup>

Genauso wie die Obama-Administration wollte auch Präsident Trump das eigene Engagement in Syrien reduzieren, jedoch sind immer noch bewaffnete amerikanische Einheiten in der Region. Vieles ist noch zu ungewiss, um feststellen zu können, welche Strategie die USA in Zukunft verfolgen möchten.<sup>126</sup> Vor diesem Hintergrund ist ein zunehmend opportunistischer Kurs Ankaras zu beobachten. Dazu zählen auch die Allianz mit Russland – im

Rahmen des Astana-Prozesses – und der S-400 „Deal“. Gleichzeitig ermöglichte die Allianz mit Moskau, dass die Türkei auf syrischem Boden durch eigene Truppen sowie die Rekrutierung jihadistischer Kämpfer die Entstehung einer weiteren autonomen kurdischen Region maßgeblich verhindern konnte.<sup>127</sup> Bleiben die Zahlen der gefallenen türkischen Armeemitglieder niedrig, so ermöglicht dies Präsident Erdogan, auch innenpolitisch daraus Kapital zu schlagen. Den kurdischen Gruppen in Syrien bleibt die Option, sich Damaskus anzuschließen, dies wiederum bedeutet einen wichtigen außenpolitischen Teilerfolg für Präsident Erdogan. Gestärkt wurde die personalisierte Außenpolitik Erdogans auch durch die unilateralen Allianz- und Vertragsauflösungen durch Präsident Trump.

## Wahlberechtigte Türken in der EU

Außerhalb der Türkei dürfen rund 3 Millionen Türken an der Volksabstimmung am 16. April 2017 teilnehmen. Davon rund 2,6 Millionen in der EU.



In ganz Westeuropa leben wahlberechtigte Türken, allein in Deutschland sind es etwa 1,4 Millionen

Quelle: Dpa/Türkische Wahlbehörde.

Mittlerweile befinden sich auch viele oppositionelle türkische Staatsbürger aus verschiedensten Berufsgruppen, wie etwa im Rahmen der Exil-Akademie<sup>128</sup>, im deutschen Exil und versuchen mit deutscher und europäischer Unterstützung, sich der politischen Willkür des türkischen Präsidenten entgegenzusetzen. Um solchen Herausforderungen entgegenzuwirken, ist Ankara bereit, mit legalistischen Islamverbänden sowie kriminellen Organisationen zusammenzuarbeiten und seine Interessen durchzusetzen.<sup>129</sup>

Laut deutschen Medien und Polizeiberichten haben „enge Vertraute“ des türkischen Präsidenten, wie etwa der AKP-Parlamentarier Metin Külünk, durch finanzielle Unterstützungen ultrarechter-türkischer Biker-Clubs, wie etwa der „Osmanen-Germania“, diesen Waffenankäufe ermöglichen wollen, damit sie gegen Regimegegner oder kurdische Verbände sowie Interessensvertretungen in Deutschland vorgehen können.<sup>130</sup> Der Club unterhält nach verschiedenen Quellen mehr als 16 Boxclubs und gilt als stark in kriminelle Machenschaften, wie Drogenhandel, Menschenhandel, illegale Prostitution etc. verstrickt. Eine Verbindung zum türkischen Geheimdienst MIT (Milli İstihbarat Teşkilatı) und der AKP Lobby UETD (Union Europäisch-Türkischer Demokraten) auf europäischem Boden wird nicht ausgeschlossen.<sup>131</sup> Die Organisation von türkischen Großdemonstrationen gegen die Anerkennung des Genozids an den osmanischen Armeniern oder Ermutigung der Mitglieder des Biker-Clubs, deutsche Kritiker des türkischen Präsidenten physisch zu bedrohen, gehen laut Polizeiberichten auf das Konto von Külünk nach Absprache mit Ankara zurück. Kurz vor dem offiziellen Staatsbesuch des türkischen Präsidenten Erdogan 2018 wurde die „Osmanen-Germania“ vom deutschen Innenminister Horst Seehofer verboten.<sup>132</sup>

Auch können Präsident Erdogan sowie die AKP über verschiedene deutsch-türkische Islam-Verbände, wie etwa die Milli Görüş und DITIB,<sup>133</sup> Einfluss auf die deutsche Tagespolitik nehmen. Mehr als 900 Moscheen befinden sich in der BRD unter der Verwaltung von DITIP.<sup>134</sup> Letztere gehört der türkischen Religionsbehörde – auch Diyanet genannt – an und orientiert sich maßgeblich nach deren religionspolitischer Ausrichtung. So kommen immer noch viele Imame aus der Türkei und auch ihre Finanzierung wird von Ankara übernommen. Parallel dazu werden immer noch viele Freitagspredigten in deutschen Moscheen in Ankara konzipiert. Die religionspolitische Bedeutung des Freitagsgebetes sollte in diesem Zusammenhang in Erinnerung gerufen

werden. Das Freitagsgebet ist nicht optional, sondern verpflichtend für erwachsene Muslime. Die religiöse Zeremonie besteht aus zwei Einheiten: einer Predigt sowie zwei Gebeten. Viele Gläubige finden sich am frühen oder späten Nachmittag zusammen und erhalten – wie so oft im Kontext der islamischen Geschichte – die Sichtweisen einer miteinander in symbiotischer Art verstrickten religiösen sowie politischen Autorität zu hören.

Die spannungsreichen Beziehungen zwischen der AKP und EU haben sich im Zuge der Migrationskrise 2015 weiter verschärft. Ihre Folgen sind gegenwärtig sowohl in der deutschen Tagespolitik als auch in den übrigen europäischen Nationen mit Händen greifbar. Die u. a. dafür verantwortlichen Ursachen liegen etwas weiter in der Vergangenheit. Während europäische Nationen zu Beginn des „arabischen Frühlings“<sup>135</sup> zuerst den damals bestehenden Diktaturen ihre politische sowie militärische Unterstützung zusicherten<sup>136</sup>, so änderten sie ihre politische Haltung allmählich.<sup>137</sup> Das entstandene politische Chaos in Ägypten, Tunesien, Libyen oder Syrien bedeutete für die AKP, ihre regionalen sowie mediterranen Beziehungen zu den einzelnen Ländern neu zu justieren.<sup>138</sup> Wie bereits erwähnt, war die demokratische Machttransition von Mubarak zu Morsi in Ägypten war eine willkommene politisch-fundamentale Veränderung für Ankara.<sup>139</sup> Auf Grundlage einer maßgeblich sunnitisch-mediterranen regionalpolitischen Allianz wurden neue Strategien für politische und wirtschaftliche Kooperationen geplant.<sup>140</sup> Ankara unterstützte die Entstehung einer muslimisch-konservativen Demokratie nach Vorbild der AKP am Nil. Der Militärputsch bereitete dem Bündnis ein jähes Ende. Brüssels zögerliche Reaktion auf das Verhalten des ägyptischen Militärs führte in Ankara zu großem Unverständnis, diplomatischer Verstimmung sowie zu öffentlichen Diskussionen, nach neuen Verbündeten Ausschau zu halten.<sup>141</sup>

Die EU sowie die europäischen Mitgliedsstaaten entschieden sich, gemeinsam mit den USA und der Nato die bewaffneten kurdischen Einheiten in Syrien gegen die IS-Terrororganisation zu unterstützen. Auch wenn die genannten politischen Akteure das Assad-Regime fallen sehen wollten, im Fokus ihres Interesses war der IS. Parallel dazu wurde Damaskus vor allem von Moskau und Teheran unterstützt. Ankaras heftige Proteste, dass eine solche Vorgehensweise seiner Verbündeten seine Sicherheitsinteressen gefährde würde, wurde zwar ernstgenommen, jedoch folgten keine unmittelbaren Handlungen.<sup>142</sup> Gleichzeitig unterstützte die Türkei jihadistische Verbände ihrerseits, um die Kurden und das Assad-Regime zu schwächen. Der ehemalige Hürriyet Chefredakteur Can Dündar, der durch seine Recherchen maßgeblich zur Kooperation in Form von Waffenlieferungen beigetragen hatte, wurde von staatlicher Seite bedroht sowie vor Gericht gestellt, so dass er ins deutsche Exil fliehen musste. Weitere türkische Journalisten berichteten, dass die Terrororganisation IS neue Rekruten bereits auf türkischem Territorium, etwa in Hatay oder Mardin, aufammelt sowie in Bussen vor den Augen der türkischen Exekutive nach Syrien transportieren würde.<sup>143</sup>

Das diplomatische Verhältnis zwischen Brüssel und Ankara verschlechterte sich insbesondere, als bekannt wurde, dass IS-Zellen Angriffe auf türkische und kurdische Oppositionelle sowie Veranstaltungen geplant und teilweise realisiert hatten, die die türkische Exekutive a priori eindämmen hätte können.<sup>144</sup> Die personalisierte Außenpolitik des Präsidenten Erdogan unter dem Motto die „große Restauration“ führte im Zuge des syrischen Bürgerkrieges dazu, dass sich das Vertrauensverhältnis zur USA, EU und Nato nachhaltig verschlechterte. Gleichzeitig etablierte sie fragile Allianzen mit Jihadisten oder Moskau, deren Auswirkungen auf die Türkei noch ausstehen. Die Erstarkung des Populismus in den EU-Mitgliedsstaaten sowie in der Türkei tragen ebenso viel dazu bei, dass politisch mannigfaltige

Herausforderungen schwer überwindbar werden. Beispielsweise profitieren osteuropäische Mitglieder von den wirtschaftlichen Vorteilen der Union, während sie gleichzeitig bewusst gegen EU-Recht mit Blick auf Wettbewerb sowie Minderheitenpolitik verstoßen. Parallel dazu favorisieren sie eine Antiislam-Rhetorik, die eine gemeinsame politische Vorgehensweise zwischen Ankara und Brüssel erschwert. Gleichzeitig ist anzumerken, dass der französische Präsident François Hollande oder die deutsche Kanzlerin Angela Merkel sowie viele andere wichtige Politiker in Europa die Türkei vor, während und nach den Ereignissen von 2015 als eine zu große identitäts- und kulturpolitische Herausforderung für die EU kategorisierten und ihre Vollmitgliedschaft mit einem Ende der EU gleichsetzten.<sup>145</sup> Die zunehmende Beteiligung rechtspopulistischer Parteien an den Regierungen, wie etwa in Österreich oder Italien, trägt ihrerseits in Europa dazu bei, dass sich die politischen Gräben zwischen Brüssel und Ankara vertiefen. Im Gegenzug behauptet Ankara, dass die EU ein „christlicher Club“ sei und die fehlende politische, ideelle oder militärische Solidarisierung nach dem „gescheiterten Putsch“ oder im Zuge des syrischen Bürgerkrieges einmal mehr gezeigt habe, dass die EU vor allem an einer Schwächung der Türkei und der Muslime allgemein interessiert sei.<sup>146</sup>

Fehlen finanzielle Zuwendungen seitens der USA, des IWF oder der EU sowie weiterer Verbündeter, so greift Präsident Erdogan immer stärker auf die Freund-Feind-Rhetorik zurück, um von seinen personellen Fehlentscheidungen abzulenken.

## **Ausblick**

Die Aspirationen des Parteichefs der AKP, sich als „Führer“ der muslimischen Umma zu bewähren, zeigen sich schon bei einem flüchtigen Blick in die mediale Selbstinszenierung. Präsident Erdogan lässt in seinen Reden keine Gelegenheit verstreichen, im In- oder Ausland, seine Bedeutung für die

muslimische Weltgemeinschaft in den Köpfen der Zuhörer zu platzieren. Die sich darin widerspiegelnde geopolitische Strategie der „großen Restauration“ oder auch des „Neo-Osmanismus“ führt dazu, dass Ankaras langjährige Verbündete mit begründetem Misstrauen auf die außenpolitischen Ziele und Handlungen des türkischen Präsidenten blicken. Die Zentralisierung der Macht hat weitreichende innen- und außenpolitische Implikationen für die Türkei. Die verfassungsrechtlichen Änderungen schwächen vor allem das Parlament in seinen wichtigen Aufgaben der Erlassung von Gesetzen sowie der Kontrolle über die Exekutive. Anders gesagt, der Präsident der türkischen Republik kann maßgeblich im Alleingang die Ausrichtung der Außenpolitik bestimmen. Ebenso lässt die bis heute stattfindende Kooperation mit Jihadisten im syrischen Bürgerkrieg und deren Unterstützung durch Kriegsmaterial vermuten, dass die Entscheidungsträger in Ankara bewusst keine Entschärfung der Situation beabsichtigen. Letzteres gilt auch mit Blick auf Libyen. Die Türkei hat seit Januar 2020 über 2000 jihadistische Kämpfer aus Syrien nach Tripolis transferiert, um dort ihre Interessen durchsetzen zu können. Ebenso ist es bis heute unklar, wie die Beziehungen Ankaras zu Jihadisten im syrischen Bürgerkrieg enden werden. Keineswegs ist es ausgeschlossen, dass ein Rückzug der türkischen Einheiten aus Syrien zu Racheakten und bewaffneten Aktionen jihadistischer Gruppen auf türkischem Boden führen. Welche Konsequenzen daraus für die Türkei oder Europa erwachsen, kann derzeit schwer abgeschätzt werden.

Die zu Beginn des Beitrags aufgestellte Arbeitsthese, dass sich der autoritäre Wandel in der türkischen Innenpolitik auf die Diasporapolitik maßgeblich weiterhin auswirken und die Beziehungen zu den transatlantischen Verbündeten auch in absehbarer Zukunft prägen wird, kann bestätigt werden.

Die Zunahme der politischen Spannungen zwischen Ankara und westlichen Verbündeten erweist sich somit auch als Ausdruck fehlender oder geopolitischer Interessen und gemeinsamer Werte. Verstärkt werden die politischen Spannungen dadurch, dass die internationale Politik in den letzten Jahren mit politischen Veränderungen zurechtkommen muss, die nur bedingt multilaterale Vorgehensweisen favorisieren. Die Entwicklungen im Zusammenhang mit dem Brexit und der Zunahme von populistischer sowie autoritärer<sup>147</sup> Politik in Europa sind nicht nur Ausdruck politischer Herausforderungen, sondern auch ein Beweis dafür, dass bspw. ein nicht geringer Teil der europäischen Bevölkerung nationale, durch Exklusion, Protektionismus und Xenophobie bestimmte Politiken favorisieren. Selbstredend haben diese Entwicklungen auch Einfluss auf die Außenpolitik der AKP.

Gerade die kaum mehr übereinstimmenden politischen Interessen und Werte mit Deutschland oder der EU führen dazu, dass über Islam-Verbände oder andere institutionelle Einrichtungen Einfluss auf politische Akteure genommen wird; auch weil sich die türkische Diaspora in Europa nicht nur aus Unterstützern des türkischen Präsidenten zusammensetzt. Die hier ausgeführten neo-osmanischen Aspirationen Erdogans, der muslimischen Umma den Weg in eine Zukunft zu weisen, setzt ganz wesentlich auf den Konflikt mit westlichen Bündnispartnern. Damit er in der Türkei antiwestliche und antieuropäische Ressentiments bedienen und seine Popularität steigern kann, sucht der türkische Präsident den direkten politischen Schlagabtausch und spekuliert auf das Scheitern gemeinsamer Ziele mit europäischen Staaten sowie der EU.

---

<sup>61</sup> Vgl. hierzu Freedom House, Turkey, 2018, abrufbar unter:

<https://freedomhouse.org/country/turkey/freedom-world/2018> (15.05.2020).

<sup>62</sup> Vgl. hierzu Jacob M. Landau, *Radical Politics in Modern Turkey*. s.l.: Taylor and Francis, 2016; Hugh Poulton, *The top hat. Secular Kemalist nationalism*. In: Çarkoğlu, Ali/Hale, William M. (Hrsg.): *Historical heritage of politics in modern Turkey*, 2008, S. 215–250. London [u.a.]:

---

Routledge; Jenny B. White, *Islamist mobilization in Turkey. A study in vernacular politics.* Seattle Wash.: University of Washington Press, 2002.

<sup>63</sup> M. Hakan Yavuz, *Islamic political identity in Turkey.* Oxford u.a.: Oxford Univ. Press, 2005.

<sup>64</sup> Hüseyin I. Çiçek, *Islamisch-konservativer Populismus der AKP.* In: *Salzburger Theologische Schriften*, 23, 2, 2018 S. 46–63; Ayhan Bilgin und Armagan Öztürk (Hg.), *Political culture of Turkey in the rule of the AKP. Change and continuity.* Baden-Baden: Nomos. 2016; Antonino Castaldo, *Populism and competitive authoritarianism in Turkey.* In: *Southeast European and Black Sea Studies*, 18, 4, 2018, S. 467–487.

<sup>65</sup> Vgl. hierzu Sultan Tepe, *Beyond sacred and secular. Politics of religion in Israel and Turkey.* Stanford Calif.: Stanford University Press, 2008; Sevinç Bermek, *The rise of hybrid political Islam in Turkey. Origins and consolidation of the JDP.* Cham, Switzerland: Palgrave Macmillan, 2019; Antonino Castaldo, *Populism and competitive authoritarianism in Turkey.* In: *Southeast European and Black Sea Studies*, 18, 4, 2018, S. 467–487.

<sup>66</sup> Vgl. hierzu Ceren Lord, *Religious politics in Turkey. From the birth of the Republic to the AKP.* Cambridge, United Kingdom/New York, NY, USA: Cambridge University Press, 2018.

<sup>67</sup> Vgl. hierzu Umut Bozkurt, *Neoliberalism with a Human Face: Making Sense of the Justice and Development Party's Neoliberal Populism in Turkey.* In: *Science and Society*, 77, 3, 2013, S. 372–396. ; Efe Can Gürcan, und Berk Mete, *Neoliberalism and the changing face of unionism. The combined and uneven development of class capacities in Turkey,* 2017.

<sup>68</sup> Vgl. hierzu William Hale, *Christian Democracy and the AKP: Parallels and Contrasts.* In: *Turkish Studies*, 6, 2, 2005, S. 293–310.

<sup>69</sup> Vgl. hierzu Bilge Yabanci, *Populism as the problem child of democracy: the AKP's enduring appeal and the use of meso-level actors.* In: *Southeast European and Black Sea Studies*, 16, 4, 2016, S. 591–617. ; Bilge Yabanci, und Dane Taleski, *Co-opting religion: how ruling populists in Turkey and Macedonia sacralise the majority.* In: *Religion, State and Society*, 46, 3, 2018, S. 283–304.

<sup>70</sup> Vgl. hierzu Sultan Tepe, *Beyond sacred and secular. Politics of religion in Israel and Turkey.* Stanford Calif.: Stanford University Press, 2008.

<sup>71</sup> Vgl. hierzu Gülstan Gürbey, *Die Kurdenpolitik der AKP-Regierung zwischen türkischnationalistisch-islamischer Staatsideologie, Liberalisierung und Populismus.* In: Leibe, Olaf (Hg.): *Die Türkei im Wandel. Innen- und außenpolitische Dynamiken.* Baden-Baden: Nomos, 1. Auflage, 2013, S. 299–319.

<sup>72</sup> Vgl. hierzu Aydin Yasar, *Die neue türkische Diasporapolitik. Ihre Ziele, Ihre Grenzen und ihre Herausforderungen für die türkeistämmigen Verbände und Entscheidungsträger in Deutschland.* In: *Stiftung Wissenschaft und Politik*, 2014, S. 1–29.

<sup>73</sup> Vgl. hierzu Rainer Hermann, *Wohin geht die türkische Gesellschaft? Kulturkampf in der Türkei.* München. 2008a; Rainer Hermann, *Debatte nach Erdogan-Besuch: Integriert euch, aber assimiliert euch nicht.* In: *FAZ*, 12.02.2008b.

<sup>74</sup> S Vgl. hierzu evinç Bermek, *The rise of hybrid political Islam in Turkey. Origins and consolidation of the JDP.* Cham, Switzerland: Palgrave Macmillan, 2019.

<sup>75</sup> Vgl. hierzu Sevinç Bermek, *The rise of hybrid political Islam in Turkey. Origins and consolidation of the JDP.* Cham, Switzerland: Palgrave Macmillan, 2019.

<sup>76</sup> Vgl. hierzu Ihsan Yilmaz und Galib Bashirov, *The AKP after 15 years: emergence of Erdoganism in Turkey.* In: *Third World Quarterly*, 39, 9, S. 1812–1830, 2018.

<sup>77</sup> Vgl. hierzu Ihsan Yilmaz und Galib Bashirov, *The AKP after 15 years: emergence of Erdoganism in Turkey.* In: *Third World Quarterly*, 39, 9, S. 1812–1830, 2018.

<sup>78</sup> Vgl. hierzu Steven Levitsky und Lucan Way, *The New Competitive Authoritarianism.* In: *Journal of Democracy*, 31, 1, S. 51–65, 2020.

<sup>79</sup> Vgl. hierzu Asli U. Bali, *Courts and Constitutional Transition: Lessons from the Turkish Case.* In: *11 International Journal of Constitutional Law*, 11, 13–34, 2013, S. 666–701.

- 
- <sup>80</sup>Vgl. hierzu Asli U. Bali, Turkish Constitutionalism. A Model for Reforms in Arab Countries? In: Rainer Grote und Tilmann J. Röder und Ali M. El-Haj, (Hg.): Constitutionalism, human rights, and Islam after the Arab spring, New York, NY: Oxford University Press, 2016, S. 795–817.
- <sup>81</sup>Susannah Verney und Anna Bosco und Senem Aydın-Düzgit (Hg.), The AKP since Gezi Park. Moving to regime change in Turkey. Abingdon, Oxon/New York, NY: Routledge, 2020.
- <sup>82</sup>Vgl. hierzu Özge Zihnioglu, EU-Turkey relations. London/New York: Routledge, Taylor & Francis Group, 2020.
- <sup>83</sup>Vgl. hierzu Steven Levitsky und Lucan Way, The New Competitive Authoritarianism. In: Journal of Democracy, 31, 1, 2020, S. 51–65.
- <sup>84</sup>Ihsan Yilmaz und Galib Bashirov, The AKP after 15 years: emergence of Erdoganism in Turkey. In: Third World Quarterly, 39, 9, 2018, S. 1812–1830.
- <sup>85</sup>Hüseyin I. Çiçek, Erdoğan's Niederlage. In: DER STANDARD, 10.03.2020.  
Michael Colborne und Maxim Edwards, Erdogan Is Making the Ottoman Empire Great Again. In: Foreign Policy, 22.06.2018.
- <sup>86</sup>Ahmet Şık, Allah'ın büyük lütfu. In: Cumhuriyet, 12.12.2016.
- <sup>87</sup>Vgl. hierzu M. Hakan Yavuz, und Ahmet Erdi Öztürk (Hg.), Islam, populism and regime change in Turkey. Making and re-making the AKP. London/New York: Routledge, 2020.
- <sup>88</sup>Vgl. hierzu Soner Çağaptay, The new Sultan. Erdogan and the crisis of modern Turkey. London/New York NY: I.B. Tauris, 2017.
- <sup>89</sup>Vgl. hierzu Ihsan Yilmaz und Galib Bashirov, The AKP after 15 years: emergence of Erdoganism in Turkey. In: Third World Quarterly, 39, 9, 2018, S. 1812–1830.
- <sup>90</sup>Vgl. hierzu Günter Seufert, Ein Präsidialsystem »türkischer Art«. Konzentration der Macht auf Kosten politischer Gestaltungskraft, 2019, abrufbar unter: <https://www.swp-berlin.org/10.18449/2019S04/> (15.05.2020).
- <sup>91</sup>Vgl. hierzu Gareth Jenkins, Turkey's Dysfunctional Presidential System, 2020, abrufbar unter: <https://www.turkeyanalyst.org/publications/turkey-analyst-articles/item/641-turkeys-dysfunctional-presidential-system.html> (15.05.2020).
- <sup>92</sup>Vgl. hierzu Steven Levitsky, und Lucan Way, The New Competitive Authoritarianism. In: Journal of Democracy, 31, 1, 2020, S. 51–65.
- <sup>93</sup>Vgl. hierzu Venice Commissio, Turkey. On the amendments to the constitution adopted by the Grand National Assembly on 21 January 2017, abrufbar unter: [https://www.venice.coe.int/webforms/documents/default.aspx?pdffile=cdl-ad\(2017\)005-e](https://www.venice.coe.int/webforms/documents/default.aspx?pdffile=cdl-ad(2017)005-e). (Opinion No. 875/2107) und: [https://www.venice.coe.int/webforms/documents/default.aspx?pdffile=cdl-ad\(2017\)005-e](https://www.venice.coe.int/webforms/documents/default.aspx?pdffile=cdl-ad(2017)005-e) (15.05.2020).
- <sup>94</sup>Vgl. hierzu William M. Hale, Turkish foreign policy. 1774 - 2000. 2. Auflage. London u.a.: Cass, 2002; Baskın Oran (Hg.), Turkish foreign policy, 1919 - 2006. Facts and analyses with documents. Salt Lake City: The Univ. of Utah Press. 2010; Kemal Kirişçi, New Patterns of Turkish Foreign Policy Behaviour. In: Çiğdem Balım-Harding (Hg.), Turkey. Political, social and economic challenges in the 1990s, S. 1–22. Leiden: Brill. 1995; Mustafa Aydın, Turkish foreign policy. Framework and analysis. Ankara: Center for Strategic Research (SAM). 2004; Şaban H. Çalış, Turkey's Cold War. Foreign policy and western alignment in the modern republic. London: I.B. Tauris, 2017.
- <sup>95</sup>Vgl. hierzu Gareth Jenkins, Turkey's Dysfunctional Presidential System, abrufbar unter: <https://www.turkeyanalyst.org/publications/turkey-analyst-articles/item/641-turkeys-dysfunctional-presidential-system.html> (15.05.2020).
- <sup>96</sup>Vgl. hierzu Oktay Bingöl, Changing Balancing Behaviors in Turkish Foreign Policy during AKP Period (2002-2019). In: Akademik Bakış, 13, 25, 2019, S. 53–77.
- <sup>97</sup>Vgl. hierzu Oktay Bingöl, Changing Balancing Behaviors in Turkish Foreign Policy during AKP Period (2002-2019). In: Akademik Bakış, 13, 25, 2019, S. 53–77.

- 
- <sup>98</sup> Vgl. hierzu Burcu Özcelik, Hydrocarbon Diplomacy: Turkey's Gambit Might Yet Pay a Peace Dividend - War on the Rocks, 2020 abrufbar unter: <https://warontherocks.com/2020/01/hydrocarbon-diplomacy-turkeys-gambit-might-yet-pay-a-peace-dividend/> (15.05.2020).
- <sup>99</sup> Vgl. hierzu Rodi Said, Syrian Kurds seek Damascus deal regardless of U.S. moves. In: Reuters Media, 04.01.2019; Oktay F. Tanrisever, Turkey and the Russian Federation: Towards a Mutual Understanding? In: Tareq Y Ismael und Mustafa Aydın (Hg.): Turkey's foreign policy in the 21st century. A changing role in world politics, S. 121-139. Abingdon, Oxon: Routledge, 2019.
- <sup>100</sup> Vgl. hierzu Bethan McKernan, Dozens of Turkish soldiers killed in strike in Idlib in Syria. In: The Guardian, 28.02.2020.
- <sup>101</sup> Vgl. hierzu M. Hakan Yavuz, Social and Intellectual Origins of Neo-Ottomanism: Searching for a Post-National Vision. In: Die Welt des Islams, 56, 3-4, 2016, S. 438-465.
- <sup>102</sup> Vgl. hierzu Martina Warnig, Mehr „Neo-Osmanismus“ in Nordafrika/Nahost? In: Sigrid Faath (Hg.): Die Zukunft arabisch-türkischer Beziehungen. Nationales Interesse, nicht Religion als Basis der Kooperation. 1. Auflage, S. 87-105. Baden-Baden: Nomos, 2011.
- <sup>103</sup> Vgl. hierzu Oktay Bingöl, Changing Balancing Behaviors in Turkish Foreign Policy during AKP Period (2002-2019). In: Akademik Bakış, 13, 25, 2019, S. 53-77.
- <sup>104</sup> Vgl. hierzu Michael Colborne und Maxim Edwards, Erdogan Is Making the Ottoman Empire Great Again. In: Foreign Policy, 22.06.2018.
- <sup>105</sup> Vgl. hierzu Berk Esen und Sebnem Gumuscu, Rising competitive authoritarianism in Turkey. In: Third World Quarterly, 37, 9, 2016, S. 1581-1606.
- <sup>106</sup> Vgl. hierzu Soner Çağaptay und Deniz Yüksel und Matthew Hernandez, Why Turkey Is Raising the Stakes in the East Mediterranean. oner Cagaptay with Deniz Yuksel and Matthew Hernandez, 2020, abrufbar unter: <https://www.washingtoninstitute.org/policy-analysis/view/why-turkey-is-raising-the-stakes-in-the-east-mediterranean> (15.05.2020).
- <sup>107</sup> Vgl. hierzu Paul Iddon, The significance of Turkey's overseas military bases. In: Ahval, 13.07.2019.
- <sup>108</sup> Vgl. hierzu Mathias Rohe, Der Islam in Deutschland. Eine Bestandsaufnahme. München: C.H. Beck, 2016.
- <sup>109</sup> Vgl. hierzu Steve Holland, Obama won't rush to act against Syria over chemical arms. In: Reuters Media, 01.05.2013.
- <sup>110</sup> Vgl. hierzu Fuat E. Keyman, Turkish foreign policy in the post-Arab Spring era: from proactive to buffer state. In: Third World Quarterly, 37, 12, 2016, S. 2274-2287.
- <sup>111</sup> Vgl. hierzu Michael R., und Kareem Fahim, Kerry Says Egypt's Military Was 'Restoring Democracy' in Ousting Morsi. In: The New York Times, 01.08.2013.
- <sup>112</sup> Vgl. hierzu David Gauthier-villars, Erdogan Accuses Egyptian Government of Killing Ex-President Morsi. In: The Wall Street Journal, 19.06.2019.
- <sup>113</sup> Vgl. hierzu Peter Baker und Carlotta Gall, Trump Welcomes Home Pastor Andrew Brunson, but Denies Link to Saudi Case. In: The New York Times, 13.10.2018.
- <sup>114</sup> Vgl. hierzu Nicholas Schmidle, What Mike Flynn Did for Turkey. In: The New Yorker, 16.03.2017.
- <sup>115</sup> Vgl. hierzu Adam Goldman und Mark Mazzetti, Former Michael Flynn Business Associates Indicted in Turkey Lobbying Case. In: The New York Times, 17.12.2018.
- <sup>116</sup> Vgl. hierzu Aykan Erdemir, Turkey's perfect storm, 2018, abrufbar unter: <https://www.politico.eu/article/recep-tayyip-erdogan-donald-trump-sanctions-turkey-perfect-storm/> (15.05.2020).
- <sup>117</sup> Vgl. hierzu Patrick Kingsley, The World Condemns Erdogan's War on Kurds. But Turkey Applauds. In: The New York Times, 16.10.2019.

- 
- <sup>118</sup> Vgl. hierzu Hüseyin I. Cicek, Ankaras Albtraum einer kurdischen Zone. In: Neue Zürcher Zeitung, 29.08.2015.
- <sup>119</sup> Vgl. hierzu Joana Westphal, Violence in the name of god? A framing processes approach to the Islamic State in Iraq and Syria. In: Social Movement Studies, 17, 1, S. 19–34.
- <sup>120</sup> Louis A. Gordon und Ian M. Oxnevad, Middle East Politics for the new Millennium, Canham 2016.
- <sup>121</sup> Vgl. hierzu Tahir Abbas, Contemporary Turkey in conflict. Ethnicity, Islam and politics. Edinburgh: Edinburgh University Press. 2017; Mevlut Cavusoglu, Opinion | Why Turkey Took the Fight to Syria. In: The New York Times, 11.10.2019.; Robert W. Olson, Turkey's relations with Iran, Syria, Israel and Russia, 1991 - 2000. The Kurdish and Islamist questions. Costa Mesa, Calif.: Mazda, 2001.
- <sup>122</sup> Vgl. hierzu Muriel Asseburg, Wiederaufbau in Syrien, 2020, abrufbar unter: <https://www.swp-berlin.org/10.18449/2020S07v02/> (17.05.2020).
- <sup>123</sup> ebd.
- <sup>124</sup> Vgl. hierzu Elena Pokalova, Driving Factors behind Foreign Fighters in Syria and Iraq. In: Studies in Conflict & Terrorism, 42, 9, 2019, S. 798–818.
- <sup>125</sup> Vgl. hierzu Mevlut Cavusoglu, Opinion. Why Turkey Took the Fight to Syria. In: The New York Times, 11.10.2019.
- <sup>126</sup> Vgl. hierzu Haro L Karkour,. Unipolarity's unpeacefulness and US foreign policy: consequences of a 'coherent system of irrationality'. In: International Relations, 32, 1, 2018, S. 60–79.
- <sup>127</sup> Vgl. hierzu Ben Hubbard, Turkey Urges Kurdish Fighters to Lay Down Their Arms. In: The New York Times, 16.10.2019.; Hüseyin I Çiçek,. Erdoğan's Niederlage. In: DER STANDARD, 10.03.2020.
- Michael Colborne, und Maxim Edwards, Erdogan Is Making the Ottoman Empire Great Again. In: Foreign Policy, 22.06.2018.
- <sup>128</sup> Vgl. hierzu Academy in Exile, abrufbar unter: <https://www.academy-in-exile.eu/> (17.05.202).
- <sup>129</sup> Vgl. hierzu Hürriyet, Germany bans Turkish biker gang Osmanen Germania. In: hurriyetdailynews.com, 10.07.2018.
- <sup>130</sup> ebd.
- <sup>131</sup> Vgl. hierzu Lisel Hintz, Rethinking Turkey's 'Rapprochements': Trouble with Germany and Beyond. In: Survival, 61, 3, 2019, S. 165–186.
- <sup>132</sup> Vgl. hierzu Hürriyet, Germany bans Turkish biker gang Osmanen Germania. In: hurriyetdailynews.com, 10.07.2018.
- <sup>133</sup> Vgl. hierzu Aydin Yasar, Die neue türkische Diasporapolitik. Ihre Ziele, Ihre Grenzen und ihre Herausforderungen für die türkeistämmigen Verbände und Entscheidungsträger in Deutschland. In: Stiftung Wissenschaft und Politik, 2014, S. 1–29.
- <sup>134</sup> Vgl. hierzu Mathias Rohe, Der Islam in Deutschland. Eine Bestandsaufnahme. München., 2016.
- <sup>135</sup> Volker Perthes, Der Aufstand. Die arabische Revolution und ihre Folgen. Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung, 2011.
- <sup>136</sup> Vgl. hierzu Ahmed Ibrahim Abushouk, The Arab Spring: A Fourth Wave of Democratization? In: Digest of Middle East Studies, 25, 1, 2016, S. 52–69.
- <sup>137</sup> Vgl. hierzu Hamid Dabashi, The Arab spring. London, 2012.
- <sup>138</sup> Vgl. hierzu Yossi Alpher, Winners and losers in the 'Arab Spring'. London/New York: Routledge, Taylor & Francis Group, 2020.
- <sup>139</sup> Vgl. hierzu Soner Cagaptay und Marc Sievers, Turkey and Egypt's Great Game in the Middle East. In: Foreign Affairs Magazine, 08.03.2015.
- <sup>140</sup> Vgl. hierzu Yaprak Gürsoy, Between military rule and democracy. Ann Arbor: University of Michigan Press, 2017.
- <sup>141</sup> ebd.

---

<sup>142</sup> Vgl. hierzu Mevlut Cavusoglu, Opinion. Why Turkey Took the Fight to Syria. In: The New York Times, 11.10.2019.

<sup>143</sup> Vgl. hierzu Peter Neumann und Dominic Musa Schmitz, Die neuen Dschihadisten. IS, Europa und die nächste Welle des Terrorismus. Unter Mitarbeit von Axel Spilcker. Berlin, 2015.; Emrullah Uslu, Jihadist Highway to Jihadist Haven: Turkey's Jihadi Policies and Western Security. In: Studies in Conflict & Terrorism, 39, 9, 2016, S. 781–802.

<sup>144</sup> Vgl. hierzu Russell Goldman, Kurds, Turkey and the U.S.: 5 Years of Tension, Alliances and Conflict. In: The New York Times, 10.10.2019.

<sup>145</sup> Vgl. hierzu Lisel Hintz, Rethinking Turkey's 'Rapprochements': Trouble with Germany and Beyond. In: *Survival*, 61, 3, 2019, S. 165–186.

<sup>146</sup> Vgl. hierzu Philip Oltermann, Erdoğan accuses Germany of 'Nazi practices' over blocked political rallies. In: The Guardian, 05.03.2017.

<sup>147</sup> Vgl. hierzu Steven Levitsky und Lucan Way, The New Competitive Authoritarianism. In: *Journal of Democracy*, 31. Januar 2020, S. 51–65.



## **ZWEITER TEIL**

### **EINE NEUE GEOPOLITISCHE ROLLE FÜR DIE TÜRKEI?**



# Die Türkei und die Nordatlantische Allianz: Bilanz und Perspektiven

*Ulrich Schlie*

## I.

Die Türkei ist durch die geopolitische Verschiebung infolge der europäischen Revolutionen des Jahres 1989 in eine neue strategische Lage zwischen Ost und West versetzt worden. Der Gezeitenwechsel von 1989/90 hat damit der Türkei einen beträchtlichen außenpolitischen Bedeutungszuwachs beschert, der insbesondere durch die Aufwertung der geostrategischen Lage an der Schnittstelle zwischen Europa und Asien begründet worden ist. Dadurch haben sich für die Türkei eine Reihe bilateraler außenpolitischer Optionen, neue Partnerschaften und Allianzen sowie eine veränderte Rolle in den Foren und Institutionen der internationalen Politik ergeben. Insbesondere in den Vereinten Nationen und in der Nordatlantischen Allianz nimmt die Türkei heute eine deutlich prononciertere Position ein, die je nach Standpunkt als konturiert oder als unberechenbar-unsolidarisch wahrgenommen wird. Die türkische Staatsführung hat die mit der neuen strategischen Lage verbundenen Möglichkeiten konsequent genutzt und hat dabei insbesondere eine große taktische Finassierfähigkeit mit abrupten Allianzwechseln und offen ausgetragenen Disputen – auch mit engen Verbündeten und im Rahmen von Bündnissen – bewiesen.

Der enge Zusammenhang zwischen innerstaatlichem Systemwandel und außenpolitischer Zielsetzung ist dabei auffallend. Bei der Betrachtung des Zeitraums von über 30 Jahren treten die übergreifenden Tendenzen deutlich hervor. Vor allem der Zeitraum seit 2002 erscheint dabei als Einheit. Damals hatte die neu gegründete Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (AKP) unter Führung von Recep Tayyip Erdogan einem Moment der Schwäche der

bis dahin etablierten Parteien zum Machtwechsel genutzt, und dies zu einem Zeitpunkt, als eine Reihe von Korruptionsskandalen zu einem Vertrauensverlust bei den Stimmbürgern geführt und die Bereitschaft gefördert hatte, auf unverbrauchte Köpfe der AKP zu setzen. Dieser Machtwechsel war seinerzeit auch international auf breite Zustimmung gestoßen, da er von der neuen türkischen Führung mit einer liberalen Wirtschaftspolitik, einer berechenbaren Geldpolitik und einer haushaltspolitisch soliden Wachstumspolitik verbunden wurde. Der sich seit 2017 rapide fortsetzende Zerfall der türkischen Lira, eine oftmals erratische Wirtschafts- und Finanzpolitik, vermehrte Korruptionsprobleme, eine zunehmend illiberale Gesellschaftspolitik, wie sie zuletzt im Austritt aus der Istanbul-Konvention zum Schutz von Frauenrechten sichtbar wurde, Zugeständnisse an reaktionäre islamische Bruderschaften und die aktuelle Diskussion über eine neue türkische Verfassung – all dies vermittelt inzwischen den Eindruck, dass sich der gesamtpolitische Kurs Ankaras als zunehmende Entfernung der Türkei von westlichen Werten beschreiben lässt. Diese Unberechenbarkeit und Abkehr von westlichen Grundmustern bezieht sich insbesondere auf die Rolle der Türkei im Atlantischen Bündnis. In einer Reihe von wissenschaftlichen und publizistischen Deutungen der Türkei wird ein Zusammenhang zwischen den hier kurz berührten inneren Entwicklungen und der Beobachtung einer zunehmenden außenpolitischen Unberechenbarkeit festgestellt.<sup>148</sup>

Die Dynamik der türkischen Außenpolitik, so eine der Arbeitshypothesen dieser Studie, beruht auf dem kausalen Zusammenhang zwischen innenpolitischem Staatsumbau und geopolitischer Neupositionierung. Gemäß der geostrategischen Lage der Türkei und den nationalen Interessen vollzieht sich diese Neupositionierung insbesondere mit Blick auf den Balkanraum, den Nahen Osten, den Kaukasus, den Schwarzmeerraum, das

östliche Mittelmeer, die Golfregion und das Kaspische Meer, berücksichtigt aber insbesondere auch die Rolle der Türkei in Afrika und Zentralasien – allesamt ihrerseits Regionen, in denen eine neue strategische Positionierung der Türkei mit Konsequenzen für die Rolle des Landes in der Nordatlantischen Allianz verbunden ist.

Maßgeblich zu dieser neuen Lage hat, insbesondere aus der Sicht Ankaras, der graduelle weltpolitische Rückzug der Vereinigten Staaten und die in den letzten Jahren immer deutlicher erkennbare Neuformierung der Kräfteverhältnisse im Nahen Osten geführt.

Zu den Erfordernissen der dabei zu leistenden Analyse gehört es insbesondere auch, die Bestimmungsfaktoren der türkischen Innenpolitik unter dem Druck und in Auseinandersetzung mit dem radikalen Islamismus und dem kurdischen Separatismus in den Blick zu nehmen. Mit der Frage nach der Rolle der Türkei in der Nordatlantischen Allianz ist schließlich auch eine grundsätzliche Betrachtung des türkisch-amerikanischen sowie des türkisch-russischen Verhältnisses und eine Auseinandersetzung mit der Frage nach dem künftigen Verhältnis der Türkei zu Europa untrennbar verbunden.

## **II.**

Die Türkei gehört der Nordatlantischen Allianz seit 1952 als Mitglied an. Sie hat aufgrund ihrer geostrategischen Position immer eine besondere Rolle gespielt, war jedoch – ungeachtet wiederholter innenpolitischer Erschütterungen in Folge von Staatsstreichen und Putschversuchen – in ihrem grundlegenden Bekenntnis zur atlantischen Wertegemeinschaft und zur Freundschaft mit den Vereinigten Staaten unverbrüchlich treu. Ihre schiere Größe, ihr militärisches Potential und ihre geostrategische Lage als

Brücke zu Asien und in der Nachbarschaft zur Sowjetunion an der Südostflanke des Nordatlantischen Bündnisses haben ihre strategische Relevanz begründet. Für ihre klare Westorientierung bezahlte die Türkei in der arabischen Welt zunächst den politischen Preis von Isolierung und Misstrauen. Die Türkei hatte Israel noch vor dessen offizieller Aufnahme in die Vereinten Nationen bereits 1949 anerkannt und als erstes muslimisch geprägtes Land diplomatische Beziehungen zu Israel aufgenommen. Erst in Zusammenhang mit der Enttäuschung über die westliche Zypernpolitik sollte die Türkei später ihre Beziehungen zur arabischen Welt intensivieren.

Der Gezeitenwechsel von 1989/90 ging mit Blick auf die türkische Rolle in der Allianz zunächst scheinbar unbeachtet vorüber. In den 1990er Jahren stand die Frage der innen- und außenpolitischen Orientierung der Türkei nicht im Zentrum der Aufmerksamkeit der Nordatlantischen Allianz. Die besondere Rolle der Türkei im Kalten Krieg, wo das Land innerhalb der Allianz den Ruf eines zwar schwierigen und innenpolitisch – gemessen an den demokratischen Wertebekennnissen des Bündnisses – nicht immer vorbildhaften Partners eingenommen hatte, hat wesentlich auch dazu beigetragen, dass der grundlegende strategische Wandel und die Neupositionierung der Türkei in den aufeinander bezogenen Bereichen der Innen- und Außenpolitik zu spät und analytisch nicht klar genug wahrgenommen wurde. Für einen relativ langen Zeitraum wurde infolge der Fokussierung auf die strategisch als vorrangig erachteten Fragen der Erweiterung des Bündnisses sowie des Verhältnisses gegenüber Russland die Beschäftigung mit der Türkei vernachlässigt. Mit Blick auf die Erfüllung der Zweiprozentregel und die Beiträge als Truppensteller zu den Operationen der Allianz – insbesondere bei IFOR, SFOR, KFOR und EUFOR-Althea – konnte das Beispiel der Türkei im Bündnis als geradezu vorbildhaft angesehen werden.

Die im gesamten Zeitraum seit 1990 erkennbare Tendenz, dass sich die Türkei bei der Wahrnehmung der eigenen Interessen als ebenso unbequemer wie

markanter Partner hervortut, zieht sich bis heute wie ein roter Faden durch die Geschichte des Bündnisses in der Welt nach dem Kalten Krieg. Sowohl bei der Berücksichtigung türkischer Dienstposten in der Nato-Kommandostruktur und der Gestellung des *Allied Land Command Headquarters* in Izmir als auch immer wieder bei personalpolitischen Themen hat es die Türkei verstanden, ihre Interessen zielorientiert, bisweilen auch brachial, durchzusetzen. So handelte sich die Türkei beispielsweise im Jahr 2009 beim Nato-Jubiläumsgipfel in Straßburg und Kehl als Gegenleistung für die türkische Zustimmung zu der vollständigen Rückkehr Frankreichs in die militärische Integration der Allianz die Zusage der Gewährung eines zusätzlich geschaffenen Dienstpostens eines Beigeordneten Generalsekretärs im Nato-Generalsekretariat ein, der grundsätzlich mit einem türkischen Diplomaten zu besetzen sei. In allen öffentlichen Verlautbarungen des Nato-Generalsekretärs sowie – wiederkehrend – als *cantus firmus* in den Einlassungen von amerikanischen Politikern wurde (und wird bis heute) die strategische Bedeutung des Allianzpartners Türkei in einem Maße hervorgehoben, wie dies sonst für kein weiteres Allianzmitglied der Fall ist.

Den eigentlichen Einschnitt in den Beziehungen der Türkei zur Nordatlantischen Allianz bildete der Beschluss des türkischen Parlaments vom 1. März 2003, in dem die Stationierung von amerikanischen Verbänden zur Vorbereitung der Bodenoffensive über dem Norden Iraks auf türkischem Boden abgelehnt wurde. Im Rückblick enthält das damals beobachtete Verhaltensmuster bereits wesentliche Elemente, die seitdem die türkische Außen- und Sicherheitspolitik immer wieder charakterisieren und in der Summe dazu beitragen haben, dass die heutige Rolle der Türkei in der Nordatlantischen Allianz gleich in mehrfacher Hinsicht ambivalent erscheint und zu der Einschätzung berechtigt, dass die Türkei heute für den inneren

Zusammenhalt und die strategische Entwicklung des Nordatlantischen Bündnisses eine zunehmende Belastung darstellt.

Dieser Befund wird durch das Ringen der Türkei in den internen Auseinandersetzungen im Bündnis um eine einvernehmliche Position in zentralen Konflikten der letzten Jahre unterstrichen. Die Auseinandersetzungen zwischen der Türkei und den europäischen Nato-Verbündeten haben dabei in den letzten Jahren ein Ausmaß erreicht, das geeignet ist, die Funktionsfähigkeit der Allianz zu beeinträchtigen. Es zählt zu den Charakteristika dieser Konflikte, dass es sich dabei um zentrale politische Positionierungen des Bündnisses – etwa zum Syrienkrieg oder mit Blick auf die humanitäre Katastrophe in Libyen – handelt, wobei in den meisten der kontroversen Fälle das Verhältnis des Bündnisses zu Russland oder bilaterale Fragen der Beziehungen zu Russland berührt werden. Im Resultat haben diese Bewertungsfragen ihrerseits zu Streitpunkten im Binnengefüge der Allianz, im Streitkräfteplanungsprozess, bei Stationierungs- und Dislozierungsfragen oder bei Fragen der alliierten Kommandostruktur und der Arbeitsmechanismen des Bündnisses geführt.

Auch in den vergangenen Jahren hat die Türkei wiederholt den politischen Konsens im Bündnis getestet. In jüngster Zeit standen dabei immer wieder die türkisch-russischen Beziehungen im Zentrum. Schon im Dezember 2017 hat die Türkei den Kauf des russischen Flugabwehrsystems S-400 in Höhe von 2,5 Mrd. \$ bestätigt. Im März 2019 suspendierte der US-Senat den Erwerb des F35-Jets von Lockheed Martin seitens der Türkei, solange die Pläne zum Kauf des russischen S-400-Systems aufrechterhalten blieben. Im April 2019 schlug die Türkei den USA die Gründung einer Arbeitsgruppe zur Feststellung der Unbedenklichkeit des S-400-Systems für US- und Nato-Militär vor. Die USA schlossen daraufhin die Beteiligung der Türkei an der Produktion und Entwicklung des Kampffjets F-35 aus. Am 12. Juli 2019

bestätigte das türkische Verteidigungsministerium das Eintreffen erster S-400-Systeme in Ankara.<sup>149</sup> Im Oktober 2020 bestätigte sodann die türkische Regierung und der türkische Präsident Erdogan den erfolgreichen Test des russischen S-400 Luftabwehrsystems. Am 14. Dezember 2020 kündigte die amerikanische Regierung an, weitere Sanktionen gegen die Türkei im Zuge der Beschaffung und des Testens des russischen S-400-Luftabwehrsystems zu verhängen.<sup>150</sup> Die Kooperation mit Russland, die im Kauf der russischen S-400-Abfangraketen ihren sichtbarsten Ausdruck gefunden hat, wird durch eine Reihe von militärtechnischen Rüstungskooperationsabkommen und Vereinbarungen über nachrichtendienstliche Zusammenarbeit begleitet, die die Türkei in die Lage versetzten, gegenüber anderen Nato-Partnern eine privilegierte Position einzunehmen. Im Zusammenhang seiner zunehmend aggressiven Sicherheits- und Energiepolitik und den Bemühungen um Russland hat die türkische Verteidigungspolitik im März 2019 im Rahmen des größten Seemanövers ihrer Geschichte die gleichzeitige Einsatzfähigkeit ihrer Marine im Schwarzen Meer, in der Ägäis, und im östlichen Mittelmeer demonstriert und dies zu einer Leistungsschau der Möglichkeiten der heimischen Rüstungsindustrie gestaltet.

Im Zusammenhang mit dem von Konkurrenz und Partnerschaft zugleich geprägten türkisch-russischen Verhältnis sind auch die türkischen Bestrebungen zu sehen, in Libyen einen Luft- und Marinestützpunkt zu errichten. Die damit verbundenen Entscheidungen haben seinerzeit auch mit zu verantworten, dass die Türkei ihren Angriff auf die Hafenstadt Sirte nicht bereit war zu stoppen, da in circa 300 Kilometer Entfernung von Sirte in Al-Dschufra ein russischer Militärstützpunkt entstehen sollte, von dem aus eine dauerhafte russische Kontrolle der Region angestrebt wird. Das türkische Parlament hatte in einer Sondersitzung am 2. Januar 2020 mit großer Mehrheit für eine Militärintervention in Libyen gestimmt (325 Ja-Stimmen; 184 Nein-Stimmen). Die Versendung türkischer Truppen nach Libyen erfolgte

am 5. Januar 2020. Mit der Truppenentsendung sollte die Regierung der Nationalen Übereinkunft (GNA) von al-Sarradsch gefestigt und in ihrer Auseinandersetzung mit den von Russland unterstützten Verbänden General Haftars unterstützt werden.<sup>151</sup> Die Bemühungen der Türkei um Konsolidierung und Ausweitung seiner militärischen Präsenz in Libyen bestätigen das wiederholt erkennbare Muster der türkischen Außen- und Sicherheitspolitik, Fragen der nationalen Sicherheitspolitik mit europäischen Fragen und zugleich mit Nato-Fragen zu verbinden. Das Ringen zwischen der Türkei und Russland ist insbesondere vor dem Hintergrund der Vorherrschaft im östlichen Mittelmeer zu sehen.<sup>152</sup>

Auch der gegenwärtige Erdgasstreit im östlichen Mittelmeer ist für die Auseinandersetzungen um die politische Rolle der Türkei im Bündnis symptomatisch. Die Türkei hat die Auseinandersetzung um die Aufteilung des Meeresgebietes vor ihrer Küste seit Jahrzehnten im Streit mit Zypern und Griechenland vorangebracht. Die türkische Rechtsposition, dass die der türkischen Küste vorgelagerten griechischen Inseln Kastellorizo, Chios, Samos oder Lesbos, aber eben auch Kreta keine eigene ausschließliche Wirtschaftszone haben könnten, ist völkerrechtlich umstritten.<sup>153</sup> Zuletzt hat die Türkei mit einer Verbalnote am 16. März 2021 Griechenland, Israel und die Europäische Union davor gewarnt, eine Stromverbindung zwischen Israel und Griechenland auf dem Seeboden des östlichen Mittelmeers ohne die Zustimmung der Türkei herzustellen und für den Fall, dass keine Voruntersuchungen erfolgen müssen, gefordert, die Türkei vorab über Kabelverlegungen und deren Umfang zu unterrichten.

Immer wieder auch haben die türkischen regionalpolitischen Ambitionen für Dissens zwischen der Türkei und ihren Nato-Alliierten gesorgt. Beispielhaft dafür sind Beratungen im Nato-Rat in Folge der offenen türkischen Unterstützung Aserbaidschans in der Auseinandersetzung um die Enklave Berg-Karabach, die im November 2020 aufgrund einer auf russische

Vermittlung zustande gekommenen Übereinkunft beendet werden konnte. Die Türkei zählt dabei zu den offenkundigen Nutznießern dieser Vereinbarung. Die Rolle der Türkei wurde im Bündnis wiederholt diskutiert und war auch bei den Gesprächen von Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg mit dem türkischen Außenminister Mevlüt Cavusoglu am 5. Oktober 2020 thematisiert worden.<sup>154</sup>

### III.

Zu den einschneidendsten und folgenreichsten Konsequenzen der zunehmenden Entfremdung der Türkei von der großen Mehrheit der Mitglieder im Bündnis zählen die Rückwirkungen auf das türkisch-amerikanische Verhältnis. Wenn man die Entwicklung der türkisch-amerikanischen Beziehungen seit den frühen 1990er Jahren betrachtet, so verhalten diese sich spiegelbildlich zur Rolle der Türkei in der Nordatlantischen Allianz. Die durch das Truppenstationierungsveto des türkischen Parlaments im Jahr 2003 belasteten Beziehungen zwischen der Türkei und den Vereinigten Staaten wollte US-Präsident Barack Obama mit seinem Besuch in Ankara am 6. April 2009 und dem Angebot des ursprünglich von Philip H. Gordon geprägten Begriffs der Modellpartnerschaft für einen Neuanfang in den amerikanisch-türkischen Beziehungen nutzen. Präsident Obama hat damals tief in die Tasten gegriffen: „Turkey is a critical ally. Turkey is an important part of Europe. And Turkey and the United States must stand together -- and work together -- to overcome the challenges of our time. ... Turkey's greatness lies in your ability to be at the center of things.“<sup>155</sup> Mit dieser Sichtweise hatte Obama das türkische Bedürfnis nach einer angemessenen Würdigung erfüllt und dabei nicht zuletzt auch Argumente aufgegriffen, die der Vordenker der türkischen Außenpolitik, Ahmed Davutoglu, seit 2002 außenpolitischer Chefberater der AKP-Regierung und später Außenminister, in seinem Buch „Strategische Tiefe“ sowie in

zahlreichen Aufsätzen formuliert hatte.<sup>156</sup> Davutoglus Konzeption sollte die von ihm identifizierte Strategielücke der türkischen Außenpolitik schließen und gleichzeitig die Abkehr von der als einseitig charakterisierten Westorientierung zugunsten einer außenpolitischen Optionenvielfalt einleiten.

Im Zusammenhang mit der von allen amerikanischen Präsidenten bekundeten Wertschätzung der geopolitischen und geostrategischen Rolle der Türkei sind auch die wiederholten Stellungnahmen amerikanischer Präsidenten zugunsten einer türkischen EU-Mitgliedschaft zu sehen. Die amerikanische Außenpolitik hat sich dabei eng an die seinerzeit von Außenminister Davutoglu formulierte Begründung gehalten, die Türkei sei seit Jahrhunderten Teil der europäischen Diplomatie und Europa sei aus strategischen Gründen auf die Türkei angewiesen. Es zählt indes zur Logik der Konzeption der strategischen Tiefe, dass die Mitgliedschaft in der Europäischen Union kein Wert an sich und schon gar nicht eine unabdingbare Voraussetzung für die Erfüllung der türkischen Interessen sei.

Doch schon mit den geostrategischen Entwicklungen im Gefolge des arabischen Frühlings kühlten die Beziehungen zwischen der Türkei und den Vereinigten Staaten wieder merklich ab und wurden bald darauf erneuten Belastungsproben ausgesetzt. Dazu zählen die türkisch-brasilianischen Vermittlungsbemühungen im UN-Sicherheitsrat bei der Auseinandersetzung um das iranische Atomprogramm oder die türkisch-israelische Auseinandersetzung um Mavi Marmara, als im Mai 2010 acht türkische Staatsbürger von israelischen Marinesoldaten getötet wurden, während diese versuchten, die Blockade zu sprengen.

Auch die wiederkehrenden innenpolitischen Spannungen in der Türkei haben sich wiederholt als Belastungsprobe für die türkisch-amerikanischen Beziehungen erwiesen. Dies gilt insbesondere für die Ereignisse des Sommers 2013 im Istanbuler Gezi-Park, als die Proteste gegen ein unmittelbar an den

Taksim-Platz angrenzendes geplantes Bauprojekt von türkischen Ordnungskräften nur gewaltsam durch einen Militäreinsatz beendet werden konnten und in mehreren türkischen Großstädten zu Protesten gegen die AKP-Regierung geführt haben.

Einen nachhaltigen Einfluss auf die innere Entwicklung der Türkei im Atlantischen Bündnis ebenso wie auf das Verhältnis zu den Vereinigten Staaten haben die Ereignisse im Zusammenhang mit dem Syrienkrieg gespielt. Der Verzicht der Vereinigten Staaten auf eine militärische Reaktion gegen Syrien nach den Giftgasangriffen von Ghuta im August 2013 in allerletzter Minute, obwohl die von Präsident Obama zuvor festgelegte rote Linie überschritten worden war, hat der Türkei die Grenzen der Möglichkeiten einer eigenständigen Syrienpolitik aufgezeigt. Die durch die amerikanische Staatsführung entschiedene militärische Zurückhaltung als Maßgabe stand seinerzeit in deutlichem Gegensatz zu den Empfehlungen der türkischen Diplomatie und Militärführung.

Die Entscheidung der Allianz im September 2014 zu einem militärischen Vorgehen gegen den Islamischen Staat hat die Spannungen zwischen den Vereinigten Staaten und der Türkei dann weiter vertieft. Wiederum war damals die Türkei nicht bereit gewesen, sich aktiv an der militärischen Operation zu beteiligen. Vorausgegangen war eine amerikanische Position, die von der Türkei als Enttäuschung aufgefasst wurde. Die Vereinigten Staaten hatten zuvor weder der Errichtung einer Pufferzone noch einer Flugverbotszone in Nordsyrien zugestimmt. Auch war nichts unternommen worden, um gegen einen kurdischen Korridor entlang der syrisch-türkischen Grenze vorzugehen. Die militärische Expansion des Islamischen Staates seit Sommer 2014 und die Konsequenzen der Migrationsströme aus der Kriegsregion haben dann wiederum die politischen Rahmenbedingungen für

die türkische Außen- und Sicherheitspolitik maßgeblich beeinflusst. Sowohl die russisch-türkische Annäherung nach dem Abschuss eines russischen Militärjets durch türkische Raketen im November 2015 als auch der vor dem Hintergrund der Lage in Syrien und dem Irak sich seit 2012 verstärkende Gegensatz zum Iran in der Wahrnehmung sunnitischer Interessen sind seitdem maßgebliche Bestimmungsfaktoren der türkischen Außenpolitik. Die damit verbundenen Fragen der Rivalität im Nahen Osten sind – dies zeigt die türkische Politik in der Nordatlantischen Allianz – aus der Perspektive der türkischen Außenpolitik höher zu bewerten als klassische bündnispolitische Positionen.

Mit der Operation *Euphrates Shield* haben zwischen August 2016 und März 2017 türkische Einheiten und Verbände der sogenannten *Freien Syrischen Armee* Kämpfer des IS und Angehörige der Volksverteidigungseinheiten (YPG), aus türkischer Sicht ein syrischer Ableger der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK), aus einem rund 40 Kilometer tiefen Streifen in Nordsyrien vertrieben. Im Rahmen dieser Aktion kam es erstmalig zu einer Kooperation zwischen türkischen Bodentruppen und russischen Luftverbänden. Dadurch wurde dem amerikanischen Partner signalisiert, dass es für die Türkei eine Alternative zur amerikanischen Luftunterstützung gäbe. Zuvor hatte die Syrien-Politik der Türkei das Land in den Gegensatz zu Iran und Russland gebracht, und auch das Verhältnis zu Ägypten hatte sich weiter abgekühlt. Insbesondere die Erklärung der ägyptischen Muslimbrüder zur Terrororganisation belastete die Beziehungen zu Saudi-Arabien. Die Folgeoperation *Olive Branch* (Januar bis März 2018) konzentrierte sich auf die syrische Region um Afrin und zerschlug die dort zusammengezogenen paramilitärischen Truppenverbände des IS. Bereits im Dezember 2018 kündigte US-Präsident Trump den Abzug amerikanischer Truppen aus Syrien als Folge des Sieges über den IS an. Der US-Truppenrückzug eröffnete der

Türkei weitere Handlungsmöglichkeiten. Die im Oktober 2019 begonnene Folgeoperation *Peace Spring* kann deshalb als weiterer Schritt im Zuge des *strategic decoupling* betrachtet werden.<sup>157</sup>

Insgesamt aber hat die amerikanische Syrien-Politik den außenpolitischen Aktionsrahmen der Türkei wesentlich beeinträchtigt. Insbesondere musste Ankara durch die Anerkennung der fortgesetzten Herrschaft Assads die Idee fallen lassen, Syrien unter die Herrschaft der Muslimbrüder zu bringen. Die Einstufung von Al-Nusra als Terrororganisation hat der Türkei einen nachhaltigen Ansehensverlust bei der sunnitisch-islamischen Opposition in Syrien beschert und den türkischen Einfluss im Land weiter geschmälert. Zugleich erfolgte die sich seit 2016 vollziehende Anlehnung der Türkei an Moskau aus der Einsicht in die reduzierten eigenen Möglichkeiten in Syrien und der Einschätzung, dass die amerikanische Kurdenpolitik aufgrund ihrer geostrategischen Überlegungen eine dauerhafte und nachhaltige Herausforderung für die türkische Innenpolitik bedeuten würde.

Verstärkend hat aus türkischer Sicht zur gegenseitigen Entfremdung beigetragen, dass türkische Vorstöße in der Allianz wiederholt ins Leere liefen. So hatte Ankara Ende Februar 2020 vergeblich den Beistand der Allianz eingefordert, als 36 türkische Soldaten bei Gefechten im Zusammenhang mit dem Vormarsch islamistischer Milizen gegen die Assad-Armee in Idlib fielen. Nach den Beratungen im Nato-Rat auf der Grundlage von Artikel 4 des Nato-Vertrags war Generalsekretär Stoltenberg am 28. Februar 2020 lediglich dazu bereit, die Offensive zu verurteilen und an die Einhaltung der völkerrechtlichen Regeln zu appellieren, ohne Konsequenzen für die Sicherheitsarrangements der Allianz in der Region zu ziehen.<sup>158</sup>

Der Syrien-Konflikt hat ganz wesentlich dazu beigetragen, dass sich die Türkei ihrer zentralen Rolle im Nahen Osten – einschließlich der damit verbundenen Gefährdungen – noch stärker bewusst geworden ist, eine Rolle, die sie im Zusammenhang mit den Verhandlungen zwischen der Europäischen

Union und der Türkei über die Migrationsfrage im Jahr 2016 zielbewusst und auf den eigenen Vorteil pochend ausgespielt hat. Zu den einschneidenden Erfahrungen der türkischen Außen- und Sicherheitspolitik zählt dabei, dass die Türkei immer wieder im Zusammenhang mit den politischen und militärischen Entwicklungen im Nahen Osten die Grenzen ihrer Möglichkeiten hatte erfahren müssen. Auch innenpolitische Maßnahmen wie die Erklärung der Gülen-Bewegung zur Fethullahistischen Terrororganisation durch die AKP Regierung und die Kampagne Präsident Erdogans gegen seinen seit 1999 selbstgewählten im Exil in Pennsylvania lebenden einstigen Weggefährten Fethullah Gülen hat weiter das Verhältnis zwischen den Staaten und der Türkei im Nachgang zum Putschversuch von 2016 belastet. Die Gesamtheit dieser Entwicklungen hat im Resultat zu einem weiter zunehmenden Dissens der Türkei mit den Vereinigten Staaten und den europäischen Partnern geführt. Die Entfremdung zwischen Ankara und Washington hat in der Zwischenzeit ein Ausmaß erreicht, sodass hochrangige US-Diplomaten mit der folgenden Einschätzung zitiert werden: „In short, Ankara wonders if Washington cares about its security needs, and Washington wonders if Ankara is a reliable ally.“<sup>159</sup> Auch unter Präsident Biden ist nach den ersten Stellungnahmen seiner Regierung nicht damit zu rechnen, dass die kritische Sicht auf den Bündnispartner Türkei sich wandelt; im Gegenteil. Die erstmalige wörtliche Benennung des Völkermords an den Armeniern im Jahr 1915 durch Präsident Biden in seiner Stellungnahme zum Jahrestag markiert einen weiteren Einschnitt in den türkisch-amerikanischen Beziehungen. Die Äußerung wurde in Ankara als Brüskierung verstanden und wird, jedenfalls vorläufig, zu einer Klimaverschlechterung im Verhältnis führen.<sup>160</sup> Das von Präsident Trump bei seinen Zusammenkünften mit Präsident Erdogan bisweilen ostentativ zur Schau gestellte Einvernehmen der „starken Männer“ gehört damit heute einer bereits abgeschlossenen Phase der türkisch-amerikanischen Beziehungen an.

#### IV.

Seit der Machtübernahme durch die AKP im November 2002 wird der innen- und außenpolitische Umgestaltungsprozess und die damit einhergehenden politische Neuorientierung der Türkei konsequent fortgesetzt. Dies hat auf Seiten der türkischen Staatsführung zu einer Reihe von politischen Fehleinschätzungen, überzogenen Forderungen und prestigeorientierten Akzentsetzungen geführt, aber zugleich auch deren Fähigkeit zu abrupten diplomatischen Kurswechseln, überraschenden Wendungen und politischen Neuorientierungen gezeigt. Diese Entwicklung kann umso ungezügelter erfolgen, als die türkischen Eliten seit jeher ein Verständnis für die herausgehobene Rolle der Türkei als regionale Großmacht besitzen und der sich seit geraumer Zeit von Staatspräsident Erdogan vollziehende Elitenwechsel in dieser Auffassung für Kontinuität steht. Diese Gesamtentwicklung der Türkei zu einem zunehmend schwierigen und immer unberechenbareren Bündnispartner ist noch nicht abgeschlossen. Sie wird in dem Maße, wie zunehmende strategische Unsicherheiten die regionalen Entwicklungen der Schnittstelle zwischen Europa und Asien weiter aufwerten, mit Pendelausschlägen verbunden sein. Eine zunehmend globalisierte und global tätige Nordatlantische Allianz, die mit ihren bevorstehenden strategischen und operationellen Anpassungen sich weiter von ihren einstigen Kernaufgaben und ihrem definierten Vertragsgebiet entfernt, die anhaltenden Anfechtungen der weltpolitischen Rolle der Vereinigten Staaten, der damit verbundene amerikanische Gewichtsverlust und die auch in der Zukunft auf absehbare Zeit anhaltenden europäisch-amerikanischen Spannungen werden begünstigen, dass die Türkei den eingeschlagenen Kurs fortsetzt, sich ihrer strategisch unersetzbaren Bedeutung bewusst bleibt und das Wissen um ihre Trümpfe zielbewusst zum eigenen Vorteil einsetzt.

Mit Blick auf die innenpolitische Entwicklung der Türkei in den letzten zehn Jahren wird zugleich der Zusammenhang zwischen innenpolitischen Rückschlägen und einer zunehmend aggressiver agierenden Außenpolitik deutlich. Die Zeichen für eine Verbesserung stehen nicht günstig. Denn die weiter fortschreitende Entfernung der Türkei von bislang im Bündnis geteilten gemeinsamen Auffassungen und die – bei allen Dissenspunkten und Rückschlägen erfolgte – Annäherung an den historischen Erbfeind Russland bedeutet zugleich auch einen dauerhaften Abschied von einer der strategischen Grundüberlegungen der Nordatlantischen Allianz, dass die Beherrschung der Dardanellen und des Bosphorus durch die Türkei insbesondere auf die Einhegung der maritimen Ambitionen Russlands in der Schwarzmeerregion gerichtet ist. Bei den anstehenden strategischen und operationellen Anpassungen im Atlantischen Bündnis – insbesondere bei der Neuformulierung des strategischen Konzepts – sind Streitpunkte mit der Türkei vorgezeichnet. Diese betreffen insbesondere die einvernehmliche Beschreibung der Kernaufgaben der Allianz, den strategischen Bündnisrahmen und das Sicherheitsumfeld. Insbesondere aber bezieht es sich auf die Empfehlungen zur Gestaltung der politischen Beziehungen zwischen der Nato und der Europäischen Union, wie sie beispielsweise im Empfehlungsteil „Political consultations with the European Union“ des Berichts der vom Generalsekretär der Nordatlantischen Allianz eingesetzten Reflexionsgruppe unabhängiger Experten enthalten sind, die beim Nato-Rat im Dezember 2020 vorgelegt worden sind.<sup>161</sup>

Neben der sich entwickelnden Partnerschaft mit Russland, die sich auch darin äußert, dass sich die Türkei zu einem Energiedrehkreuz für russisches Erdgas entwickelt hat, nimmt die Türkei auch in der Zusammenarbeit mit China in zunehmendem Maße eine strategische Schlüsselrolle ein, die das Land von gemeinsamen Positionen des Westens entfernt. So ist etwa geplant, das osttürkische Kars mit der Schiene an das chinesische Xi'an im Rahmen des

Seidenstraßenprojekts zu verbinden und den Ausbau des Flughafens Istanbul als europäisch-asiatisches Drehkreuz weiter konsequent fortzusetzen. In welchem Umfang die türkische Führung dabei bereit ist, bestehende Grundsätze über Bord zu werfen, mag auch daran ersichtlich sein, dass sich die türkische Regierung bislang nicht dazu durchringen konnte, die Menschenrechtsverletzungen der chinesischen Zentralregierung in der Provinz Xinjiang gegen die türkischstämmige muslimische Minderheit der Uiguren zu thematisieren.

Diese für die Türkei bezeichnende Flexibilität kommt auch darin zum Ausdruck, dass die Türkei trotz ihrer Annäherung an Russland in einem Richtungsschwenk nun auch jüngst die Nähe zur Ukraine sucht, um sich nachdrücklich für eine ukrainische NATO-Mitgliedschaft einzusetzen. Auch im Falle der türkisch-ukrainischen Beziehungen stehen Rüstungsfragen im Vordergrund. Die Türkei liefert der Ukraine ihre bereits im Syrien- und Libyenkrieg und zuletzt in Bergkarabach erprobten Drohnen des Typs Bayraktar TB-2 und zeigt sich ihrerseits an den Produkten der ukrainischen Rüstungsindustrie interessiert.

Diese politischen Rahmenbedingungen werden sowohl für die Arbeitsmechanismen innerhalb der Nordatlantischen Allianz als auch mit Blick auf die Verständigung auf einen gemeinsamen strategischen Rahmen für die künftige Ausrichtung des Bündnisses erhebliche Schwierigkeiten nach sich ziehen. Die in Jahrzehnten bewährte Einbindung der Türkei in die Gremienarbeit der Nordatlantischen Allianz, in die fortlaufenden Konsultationen, in die tägliche Zusammenarbeit in integrierten Stäben und Verbänden haben ein Geflecht ergeben, in dem die Türkei mit ihren europäischen Partnern zwar nicht immer reibungslos, aber grundsätzlich vertrauensvoll zusammenarbeiten kann. Die insbesondere mit der politischen Situation in Syrien, Libyen und im Kaukasus verbundene Frage der unterschiedlichen Sicherheitsinteressen – vor allem zwischen den

Vereinigten Staaten und der Türkei – bleiben allerdings fortbestehen und werden sich in der Zukunft eher verstärken. Der in Artikel 4 des Washingtoner Vertrages vorgesehene Konsultationsmechanismus kann vor diesem Hintergrund seine vollumfängliche Wirkung entfalten, weil er geeignet ist, auch die im Zusammenhang mit dem Konflikt zwischen der Europäischen Union und der Türkei anstehenden Streitpunkte im Nato-Rat zu konkretisieren, wenn diese Streitpunkte so gravierend erscheinen, dass sie die Solidarität, den inneren Zusammenhalt und die Wirksamkeit der Allianz als Ganzes betreffen. Insbesondere das Syrien-Problem ist in der Vergangenheit im Nato-Rat immer wieder Gegenstand von vertraulichen Konsultationen gewesen. Die Zusammenarbeit zwischen der Nato und der Europäischen Union ist dabei mit Blick auf größere Effizienz und Arbeitsteilung von grundsätzlicher Bedeutung für die Fortentwicklung beider Organisationen. Dies betrifft insbesondere die gegenseitige Abstimmung der Streitkräfteplanungsprozesse und die damit verbundene Ausrichtung der Streitkräftefähigkeiten.

Das absehbare Ringen um die Zukunft der Allianz als zentralen Sicherheitsanker und als Verbindungsstück zwischen Europa und Amerika wird die Türkei weiter ins Zentrum der strategischen Debatten rücken. Die mit diesen Entwicklungen verbundene Stärkung der Schlüsselposition der Türkei wird sich innerhalb der Allianz als zunehmende Herausforderung erweisen und wird zugleich die wiederholt auf den Prüfstand gesetzten türkisch-amerikanischen Beziehungen weiter auf die Probe stellen. Die damit verbundenen Spannungen werden voraussichtlich zu einer weiteren Entfremdung der Türkei von den europäischen Nato-Staaten – insbesondere von Frankreich und Deutschland – führen und die islamische Orientierung der AKP weiter vorantreiben. Zugleich bilden die sich verschärfenden innen- und wirtschaftspolitischen Turbulenzen eine echte Herausforderung für die türkische Staats- und Parteiführung und laufen Gefahr, einen weiter

radikalisierenden Effekt zu entfalten, indem sie die Zuflucht zu scheinbar einfachen Lösungsvorschlägen favorisieren. Der angestrebte Vorbildcharakter der Türkei für die arabische Welt wird dadurch leiden. Der Export von Radikalisierungstendenzen, die Austragung von Auseinandersetzungen zwischen Anhängern und Gegnern eines radikalen islamischen Fundamentalismus, insbesondere auch in den Staaten Westeuropas, werden dadurch begünstigt. Würde es den Interessen Erdogans dienen, dann wäre auch ein Austritt aus der Nato für die türkische Außenpolitik kein Tabu. Noch aber deutet nichts darauf hin, dass diese Radikalooption in Ankara ernsthaft in Betracht gezogen werden könnte, weil die Türkei mit der bislang praktizierten Strategie der Maximalpositionierung wiederholt bündnispolitische Vorteile eingeheimst hat. Der türkische Nato-Kurs und die aktuellen Streitpunkte in der Auseinandersetzung zwischen der Europäischen Union und der Türkei sowie die türkische Rüstungspolitik – insbesondere die Scharfstellung der S-400-Raketen – sind dabei als Gesamtheit zu betrachten. Wie sehr die Türkei zu dieser Sichtweise neigt und dabei die unterschiedlichen Bereiche miteinander verbindet, um ihre politischen Ziele zu erreichen, wurde im Jahr 2017 deutlich, als die Türkei im Bündnis mit einem Veto durchsetzte, österreichische Militärs nicht mehr mit den Angehörigen von Nato-Mitgliedstaaten gemeinsam üben zu lassen und von allen wichtigen Partnerschaftsprogrammen der Allianz (dem sogenannten *Partnership Operation Manual*) auszuschließen, weil Wien sich zuvor für einen Abbruch der Beitrittsgespräche mit der Türkei ausgesprochen hatte.<sup>162</sup> Wenn die Türkei ihre Verantwortung für die Schnelle Eingreiftruppe, die sie seit Beginn des Jahres 2021 führt, vollumfänglich nachkommen will, dann wird sie ihre Sonderbeziehungen zu Russland überdenken zu müssen. Bei dem künftigen Kurs, den die Vereinigten Staaten, die Nordatlantische Allianz und die Europäische Union gegenüber der Türkei einschlagen, ist dies – nicht zuletzt mit Blick auf die Sanktionspolitik – in stärkerem Maße als

bisher zu berücksichtigen. Dieser Ausblick fällt damit gleich in mehrfacher Hinsicht ernüchternd aus: Die Türkei wird auf absehbare Zeit in der Nordatlantischen Allianz – aber auch eng damit verbunden in den bilateralen Beziehungen zu den Vereinigten Staaten und den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union – ein schwieriger Partner bleiben.

---

<sup>148</sup> Vgl. hierzu z.B. Burak Gümüş, Wolfgang Gieler und Yunus Yoldas (Hgg.), Die neue Türkei. Eine grundlegende Einführung in die Innen- und Außenpolitik unter Recep Tayyip Erdogan, Frankfurt u.a. 2015; Pinar Gözen Ercan, Türkisch Foreign Policy, Cham 2017; Yesim Arat und Sefcet Pamuk, Turkey between Democracy and Authoritarianism Cambridge 2019.

<sup>149</sup> Reuters, Timeline: Turkey's path to buying Russian air defense systems – and possible U.S. sanctions, 22. Juli 2019, abrufbar unter: <https://www.reuters.com/article/us-turkey-security-usa-timeline-idUSKCN1UH1RB> (22.04.2021).

<sup>150</sup> Vgl. hierzu Charles Forrester: US government sanctions Turkey over S-400 buy, 15. Dezember 2020, abrufbar unter: <https://www.janes.com/defence-news/news-detail/us-government-sanctions-turkey-over-s-400-buy> (22.04.2021).

<sup>151</sup> Wie Aufnahmen des U.S. Africa Command (AFRICOM) zeigen, nutzt die Russische Föderation den Militärstützpunkt „al-Jufra“: Im August verlief die Frontlinie zwischen den beiden Konfliktparteien und ihrer internationalen Unterstützer zwischen Sirte und dem Stützpunkt „al Jufra“.

<sup>152</sup> Vgl. hierzu den Jahresbericht der Konrad-Adenauer-Stiftung, Inside Libya. Annual Review in Liby 2020, abrufbar unter: <https://www.csis.org/analysis/moscows-next-front-russias-expanding-military-footprint-libya> ; <https://www.kas.de/documents/282499/282548/Inside+Libya+Annual+Review+2020.pdf/86f01d81-14dc-6b29-3f59-d25397ef5254?version=1.0&t=1608045858108> (22.04.2021).

<sup>153</sup> Vgl. hierzu Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestags, Sachstand. Seevölkerrechtliche Bewertung der türkisch-libyschen Vereinbarung über die Abgrenzung ihrer maritimen Interessenssphären im östlichen Mittelmeer, 17 Januar. 2020, abrufbar unter: <https://www.bundestag.de/resource/blob/678992/e6247b1311a73d6058a5d50ea7eb2682/WD-2-143-19-pdf-data.pdf> (22.04.2021).

<sup>154</sup> Vgl. hierzu Pressekonferenz von Jens Stoltenberg und Mevlut Cavusoglu am 5. Oktober 2020 zum Berg-Karabach-Konflikt von 2020, abrufbar unter: [https://www.nato.int/cps/en/natohq/opinions\\_178528.htm](https://www.nato.int/cps/en/natohq/opinions_178528.htm) (22.04.2021).

<sup>155</sup> Ansprache Präsident Barack Obamas an das türkische Parlament, Ankara 6. April 2009, abrufbar unter: <https://obamawhitehouse.archives.gov/the-press-office/remarks-president-obama-turkish-parliament> (22.04.2021).

<sup>156</sup> Vgl. hierzu Ahmed Davotuglu, Strategic Depth. A Neo Ottomanist Interpretation of Turkish Eurasianism, in: Mediterranean Quarterly Bd. 25 (2), S, 85-104.

<sup>157</sup> Vgl. hierzu das Briefing des Europäischen Parlaments, Turkey's military operation in Syria and its impact on relations with the EU, abrufbar unter:

---

[https://www.clingendael.org/sites/default/files/2019-06/PB\\_Turkey\\_in\\_Northwestern\\_Syria\\_June\\_2019.pdf](https://www.clingendael.org/sites/default/files/2019-06/PB_Turkey_in_Northwestern_Syria_June_2019.pdf);  
<https://www.europarl.europa.eu/EPRS/EPRS-Briefing-642284-Turkeys-military-operation-Syria-FINAL.pdf> (22.04.2021).

<sup>158</sup> Vgl. hierzu das Statement des Generalsekretärs der NATO nach den Konsultationen zu Artikel 4 am 28. Februar 2020, abrufbar unter;  
[https://www.nato.int/cps/en/natohq/opinions\\_173939.htm?selectedLocale=en](https://www.nato.int/cps/en/natohq/opinions_173939.htm?selectedLocale=en); vgl. auch <https://www.npr.org/2020/02/28/810307205/nato-meets-after-turkey-says-russian-backed-force-killed-33-troops-in-syria?t=1619017626265>

<sup>159</sup> Zit. nach: Keith Johnson, Robbie Gramer, Who Lost Turkey? The blame for Ankara's antagonistic stance to Washington lies with both sides, a product of decades of misunderstandings, in: Foreign Policy, 19. Juli 2019.

<sup>160</sup> „Each year on this day, we remember the lives of all those who died in the Ottoman-era Armenian genocide and recommit ourselves to preventing such an atrocity from ever again occurring.“ Statement by President Joe Biden on Armenian Remembrance Day, April 24, 2021; <https://www.whitehouse.gov/briefing-room/statements-releases/2021/04/24/statement-by-president-joe-biden-on-armenian-remembrance-day/>, (27.04.21).; vgl. zur Türkei-Politik der Regierung Biden Robbie Gramer, Katie Livingstone, Jack Detsch: Biden Gives Turkey the Silent Treatment, 3.3.2021, Foreign Policy: <https://foreignpolicy.com/2021/03/03/biden-erdogan-turkey-silent-treatment-diplomacy-middle-east-syria-crisis-nato/> (22.04.2021).

<sup>161</sup> Vgl. hierzu den Bericht der Nato Reflexionsgruppe, Nato 2030. United for a new era, Analysis of the Reflection Group appointed by the Nato Secretary General, 25 November 2020, abrufbar unter:  
[https://www.nato.int/nato\\_static\\_fl2014/assets/pdf/2020/12/pdf/201201-Reflection-Group-Final-Report-Uni.pdf](https://www.nato.int/nato_static_fl2014/assets/pdf/2020/12/pdf/201201-Reflection-Group-Final-Report-Uni.pdf) (22.04.2021).

<sup>162</sup> Vgl. hierzu Christoph B. Schlitz: Erdogan löst wegen Österreich Eklat bei der Nato aus, 23. Mai 2017m abrufbar unter:  
<https://www.welt.de/politik/ausland/article164826942/Erdogan-loest-wegen-Oesterreich-Eklat-bei-der-Nato-aus.html> (22.04.2021).



## Die türkische Energiesicherheit und ihre Energieaußenpolitik am Scheideweg

*Frank Umbach*

### **Außenpolitische Machtverschiebungen und ihre innenpolitischen Faktoren**

Neben der Erosion der Beziehungen zwischen der EU und der Türkei nach dem gescheiterten Putschversuch der Türkei im Juli 2016 ist die Politik des türkischen Präsidenten aus Sicht der EU immer unberechenbarer geworden und bedroht auch die langjährige strategische Energiekooperation der EU mit der Türkei.<sup>163</sup> Auf türkischer Seite spielte auch der aus ihrer Sicht immer wieder von der EU und namentlich von Deutschland sowie Frankreich verschleppte EU-Beitritt eine Rolle für die zunehmende Entfremdung und Erosion der guten türkisch-europäischen Beziehungen sowie eine Abkehr von der außenpolitischen Doktrin einer „Zero-Conflict Policy“.<sup>164</sup>

Da sich die bilateralen Beziehungen zwischen der EU und der Türkei nach dem gescheiterten Putschversuch der Türkei zunehmend verschlechtert haben und die Politik von Präsident Erdogan immer unberechenbarer geworden ist, hat Russland das geopolitische Vakuum und die Gelegenheit genutzt, um seine Energie- und Sicherheitskooperation mit der Türkei zu forcieren, seinen strategischen Einfluss auf die Türkei zu erhöhen und seine Rolle in Syrien sowie im weiteren Nahen Osten zu stärken und auszuweiten. Während die Türkei energiepolitisch über eine Vielzahl anderer potentieller Gasimportoptionen verfügt, um eine Überabhängigkeit von russischen Gasimporten zu vermeiden, erweisen sich diese Optionen aufgrund verschiedener innenpolitischer Faktoren und geopolitischen Zwängen als kompliziert (siehe Kap. 2 weiter unten).<sup>165</sup> Gleichwohl hat die Türkei auch weiterhin versucht, ihren Primärenergiemix und ihre Gasimporte zu diversifizieren sowie die Abstützung auf heimischer Kohle und Erneuerbaren Energien (EE) zu stärken.

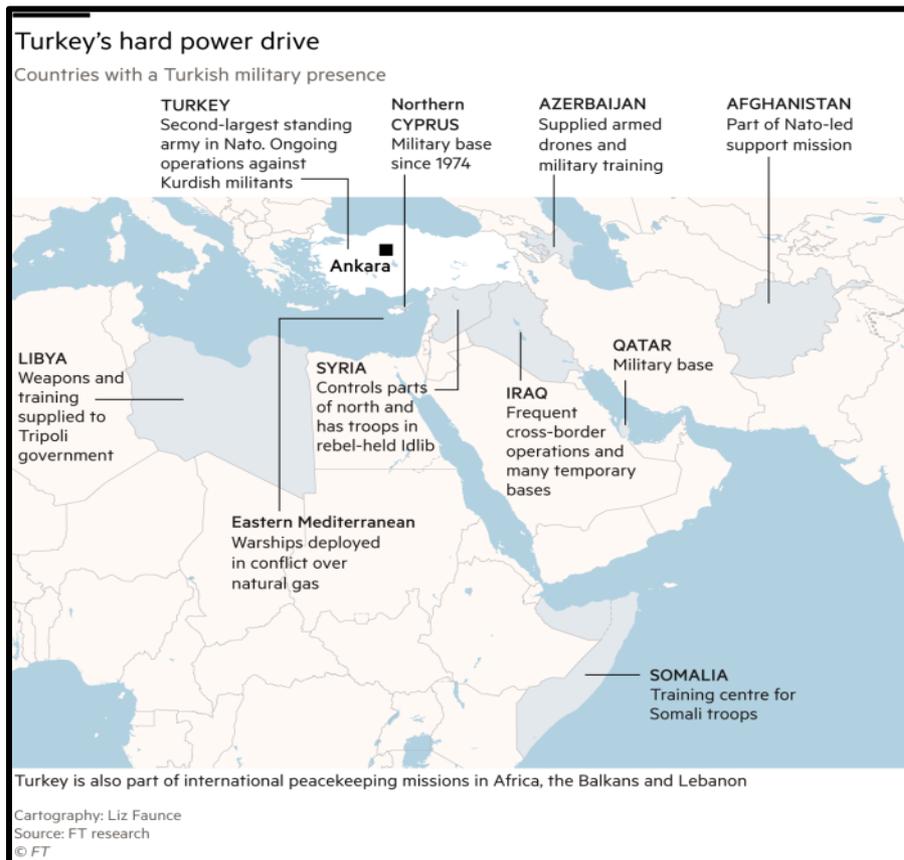
Aber die wachsende energie- und außenpolitische Annäherung an Russland hat ihre eigene geopolitische Dynamik, die wiederum Auswirkungen auf die Energie- und Sicherheitspolitik Europas sowie den Nahen und Mittleren Osten hat.<sup>166</sup> Dies gilt insbesondere mit Blick auf „das große Spiel“ um konfligierende maritime Gebietsansprüche und Erdöl- sowie Erdgasvorkommen im östlichen Mittelmeer zwischen der Türkei, Griechenland, Zypern, Israel, Ägypten und dem Libanon, welche unweigerlich die EU, Russland und die USA sowie weitere Außenmächte involvieren. So hatte der US-Energiekonzern Chevron im August 2020 den strauchelnden kleineren US-Mineralölkonzern Noble Energy als Hauptproduzent der israelischen Gasfelder Leviathan und Tamar übernommen.<sup>167</sup> All diese Auswirkungen wie auch den regionalen Wandel muss die EU berücksichtigen, um ihren Einfluss und ihre strategischen Interessen in der Türkei und im Mittelmeerraum trotz ihrer wachsenden Spannungen mit Ankara zu wahren.<sup>168</sup>

Allerdings haben sich seit dem Putschversuch 2016 die energie-, außen- und innenpolitischen Interessenswidersprüche der Türkei verschärft. Angesichts des Verlusts der nationalen Währung Lira von mehr als 40 Prozent ihres Wertes in den ersten Augustwochen 2018 hatte der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan auch den diplomatischen Konflikt mit den USA eskaliert. Die Finanz- und Wirtschaftskrise der Türkei ist jedoch nicht so sehr auf die außenpolitischen Krisen mit den USA und die EU zurückzuführen, sondern auf ihre angehäuften Schulden von mehr als zwei Prozent ihres BIP (da sie kaum noch in der Lage war, ihren externen Finanzierungsbedarf in Höhe von 218 Mrd. US-Dollar in 2018 sicherzustellen), ihrer hohen Inflation und ihrer zunehmenden Präsidialautokratie. So gibt es kaum noch unabhängige Kontrollmechanismen einer Demokratie. Erdogans Politik hat die Unabhängigkeit der türkischen Justiz und der Rechtsstaatlichkeit, der Medien und sogar ihrer Zentralbank zunehmend in Frage gestellt, was zu

größeren Unsicherheiten auf Seiten der ausländischen Investoren geführt hat. Aber der Konflikt mit den USA und ihre neuen Zölle sowie Sanktionen haben die Wirtschaftskrise der Türkei noch verschärft, nachdem die türkische Regierung den US-Pastor Brunson wegen Terrorismus und Spionage verhaftet und vergeblich versucht hatte, ihn gegen den im Exil lebenden islamischen Prediger Fethullah Gülen auszutauschen. Zudem hat die Türkei sowohl die USA als auch die NATO mit dem Kauf des russischen Luftabwehrraketensystems S-400 verärgert und die USA veranlasst, die Türkei von dem US-Kampffjetprogramm der F-35 auszuschließen.<sup>169</sup>

Darüber hinaus hatte die Türkei in der NATO auch einen Verteidigungsplan für die osteuropäischen NATO-Mitgliedsländer als Reaktion auf die völkerrechtswidrige Annexion der ukrainischen Halbinsel Krim durch den Kreml zunächst politisch blockiert. So forderte Ankara zunächst die NATO-Staaten auf, die kurdischen Milizen PYD und YPG als Terrororganisationen einzustufen, bevor sie die Blockade aufheben würde. Bereits zuvor hatte die Türkei mit ihrer Militäroffensive im Nordteil des Iraks gegen kurdische Milizen die Interessen der NATO-Verbündeten verletzt, da sie die kurdischen Milizen in ihrem Kampf gegen den syrischen Diktator Baschar al-Assad als Verbündete unterstützt hatten.<sup>170</sup> All dies sollte einer von Moskau forcierten zunehmend engen Zusammenarbeit mit der Türkei in die Hände spielen, um so den politischen Zusammenhalt innerhalb der NATO zu schwächen.

Abbildung 1: Die regionalen Militär-Interventionen der Türkei



Quelle: Startfor.com 2021.

Zugleich ist die Türkei ein weiteres plakatives Beispiel dafür, dass sich entgegen der Hoffnungen und Erwartungen der deutschen und europäischen Politik („Wandel durch Handel“) weder die Wirtschafts- noch die Außen- und Sicherheitspolitik von den innenpolitischen Bedingungsfaktoren sowie Machtverschiebungen abkoppeln lässt. Währenddessen drohte Präsident Erdogan sogar damit, alte bi- und multilaterale Sicherheitsbeziehungen aufzugeben, indem er auf neue Märkte, neue Kooperationen und neue Bündnisse zusteuert. Bereits vor seiner zunehmend autokratischen Präsidentschaftsregierung und dem Sieg bei den letzten Präsidentschaftswahlen hatte sein ausgerufenen Ausnahmezustand und der Einsatz außergewöhnlicher Befugnisse, indem er mehr als 75.000 Menschen verhaftete und 140.000 Menschen von ihren Arbeitsplätzen in den Streitkräften und der Bürokratie entließ, die bilateralen Beziehungen der

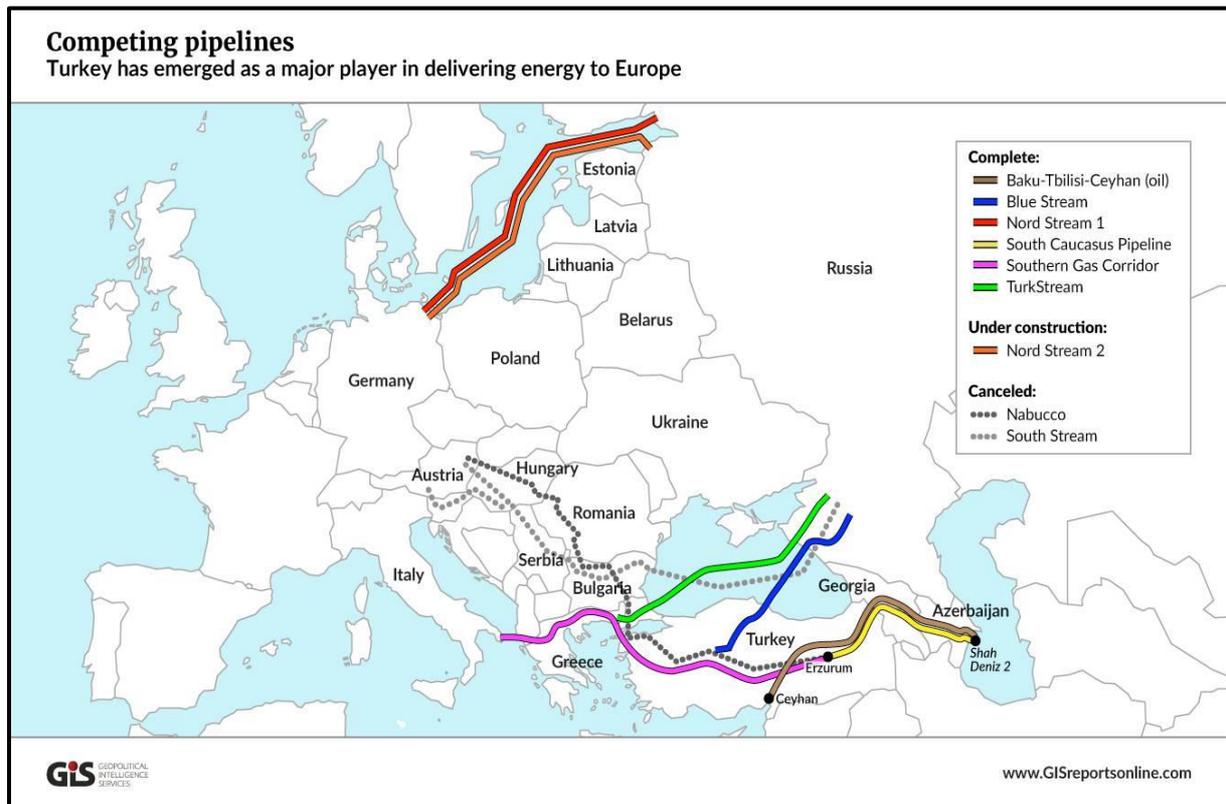
Türkei zur EU und den USA nach dem gewaltsamen Putschversuch im Juli 2016 zunehmend belastet. Stattdessen forcierte Präsident Erdogan die energie- und außenpolitischen Beziehungen zu Russland, unterstützte islamistische Kräfte in der Region und intervenierte in den Konflikten in Syrien, Irak und Libyen durch materielle sowie personelle militärische Unterstützung.

Dabei spielt die Energiepolitik der Türkei eine zentrale Rolle und hat weitreichende geopolitische Auswirkungen, welche die traditionellen außen- und sicherheitspolitischen Beziehungen der Türkei zum Westen nach 2016 zunächst geschwächt hat.<sup>171</sup> Zugleich war und ist die Türkei jedoch auch zu einer immer wichtigeren Gasdrehscheibe und einem Transitstaat für Gaslieferungen aus Aserbaidschan nach Europa geworden. Dabei wollte die EU über das TANAP-TAP Gasnetzwerk (siehe Kap. 3 und 4) nicht nur Gas aus Aserbaidschan, sondern auch aus Kurdistan, Turkmenistan und Iran einführen.<sup>172</sup> Mit den innenpolitischen Machtverschiebungen, dem hegemonialen Machtanspruchs der Türkei im Mittelmeer (einschließlich militärischer Interventionen) und der außenpolitischen Entfremdung wirkt dies auch die Frage auf, ob die Türkei Europas künftige Energiesicherheit weiterhin stärken oder sie in einem zunehmenden Bündnis mit Russland schwächen wird und was dies für die Erdgasfunde sowie Energiekooperationen im östlichen Mittelmeer bedeutet.<sup>173</sup>

Die folgende Analyse wird zunächst die Energiepolitik der Türkei selbst untersuchen und dabei die Frage der Gasimportdiversifizierung näher beleuchten. Im nächsten Kapitel wird die strategische Bedeutung des Südlichen Gaskorridors der EU für die Türkei und die EU-Türkei Energiekooperation analysiert. Im 4. Kapitel wird der Fokus auf den Umfang, die Qualität und die jüngere Erosion in den türkisch-russischen Gasbeziehungen gerichtet. Im 5. Kapitel wird dann abschließend die kritische Rolle der Türkei in den konfligierenden maritimen Hoheitsansprüchen sowie

den Offshore-Erdgaskonflikten im östlichen Mittelmeer gegenüber Griechenland, Zypern, Israel und Ägypten untersucht.

Abbildung 2: Der Wettstreit zwischen russischen und EU-Gaspipelines im Südlichen Gaskorridor der EU



Quelle: GIS 2020.

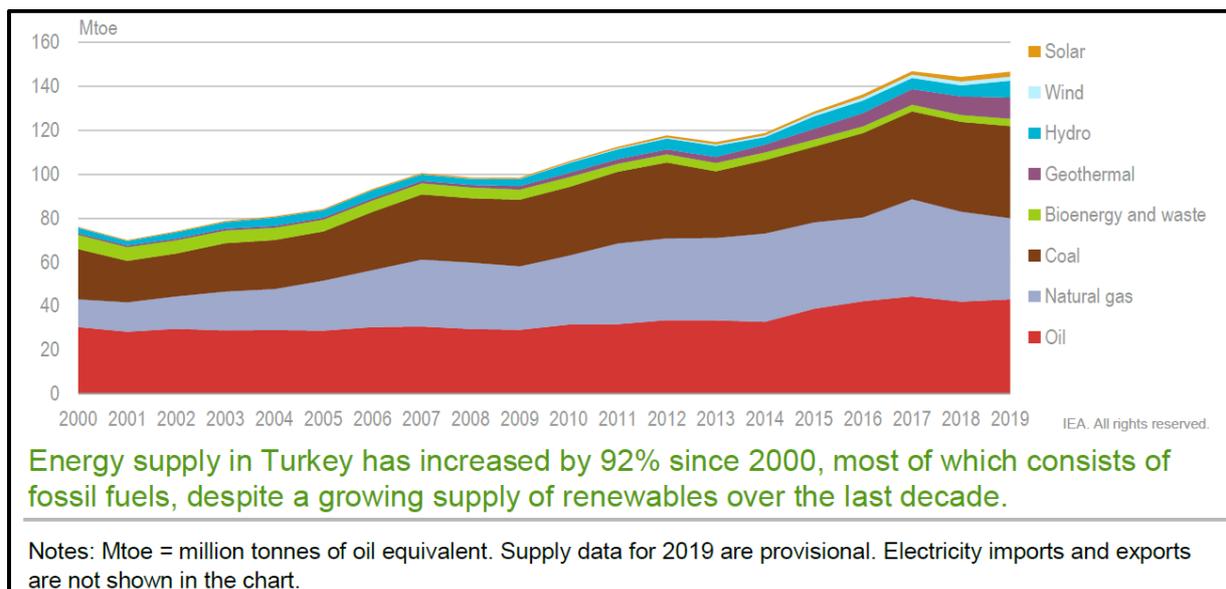
## Die Energie- und Gasimportdiversifizierungspolitik der Türkei

Der Primärenergiemix der Türkei basiert trotz des massiven Ausbaus der Erneuerbaren Energien (EE) noch immer stark auf fossilen Energieträgern wie Erdöl, Erdgas und Kohle. Weltweit war die Türkei einer der Staaten mit der größten Zunahme des Primärenergiebedarfs und des Erdgasverbrauchs. In den letzten Jahren wurde auch der Ausbau der EE (Solar und Windkraft) forciert. Ihr nationaler Energiemix war bis 2017 stark vom Gas abhängig und machte bis zu 29 Prozent des Primärenergieverbrauchs der Türkei und fast 50 Prozent der Stromerzeugung aus. Dabei verfügte die Türkei bisher nur

über begrenzte einheimische Gasreserven und ist in hohem Maße von Importen abhängig.

Die nationale Stromerzeugung im April 2020 ging gegenüber demselben Monat in 2019 um 16,3 Prozent auf 19,1 Milliarden Kilowattstunden (Mrd. KWh) zurück. Von der Gesamtproduktion im April 2020 entfielen 47,6 Prozent auf Wasserkraftwerke, 13,7 Prozent auf importierte Kohle und 7,7 Prozent auf Erdgaskraftwerke. Der Anteil lokaler Kohlekraftwerke an der Stromerzeugung betrug 14,1 Prozent. Windkraftanlagen erzeugten immerhin bereits 10,3 Prozent. Die restlichen 6,4 Prozent stammten aus Geothermie-, Heizöl- und Biogasanlagen.<sup>174</sup>

Abbildung 3: Entwicklung des türkischen Primärenergiebedarfs nach Energiequellen (2000-2019)



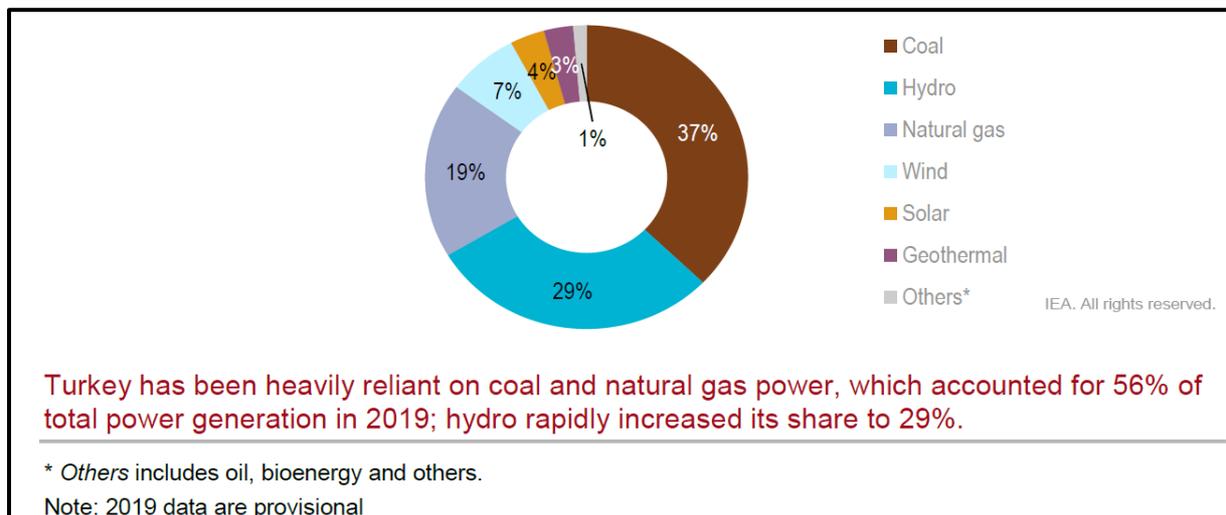
Quelle: International Energy Agency 2021.

Der Ausbau von Kohlekraftwerken und EE dient vor allem der Diversifizierung des Primärenergiemix und zur Reduzierung des Gasanteils im Energiemix, da sich der teure türkische Gasverbrauch von 15 bcm im Jahr 2000 auf 51,6 bcm in 2017 mehr als verdreifacht hatte (+15,9 Prozent gegenüber 2016). Es war

der zweitgrößte Anstieg der weltweiten Gasnachfrage hinter China. Der jährliche Anstieg der Gasnachfrage war jedoch nur vorübergehend, da ab 2017/18 neue Kohlekraftwerke an das Stromnetz angeschlossen wurden und gleichzeitig auch der Ausbau von EE beschleunigt wurde.

Die türkische Politik, basierend auf dem Energiedokument der „Vision 2023“ von 2017, sieht vor, den Anteil der zunehmend kostenwettbewerbsfähigen EE auf bis zu 30 Prozent zu steigern, den Kohlenanteil ebenfalls auf 30 Prozent sowie die künftige Kernenergie auf 10 Prozent zu erhöhen. Der Anteil von Gas soll von 32 Prozent in 2017 auf 30 Prozent bis zum Jahr 2023 zurückgefahren werden, da vor allem der Import von russischem Pipelinegas für die Türkei bis dahin sehr teuer war und die Langfristverträge mit Gazprom noch ausschließlich auf einer Ölpreisindexierung basierten, so dass der Preis für importiertes russisches Gas deutlich über dem vergleichbaren Gaspreis für Westeuropa gelegen hat.

Abbildung 4: Der türkische Strommix nach Energiequellen in 2019



Quelle: IEA 2021.

Im Sommer 2020 hatte die Türkei noch 70 neue Kohlekraftwerke in der Planung – davon allein 29 in der Iskenderun Bucht (in der südlichen Adana Provinz). Nur drei waren bis dahin in den Betrieb gegangen, während mehr als

die Hälfte aufgeschoben worden sind. Gleichwohl waren zu jenem Zeitpunkt noch 32 konkreter geplant, während viele Investoren ihre Projekte bereits auf EE umgestellt haben.<sup>175</sup> Vor diesem Hintergrund des Ausbaus von Kohle und EE im Sinne der Diversifizierung des Primärenergiemix ging der Gasverbrauch der Türkei nach 2017 wieder auf 43,2 bcm/y in 2019 zurück.<sup>176</sup>

Der „European Green Deal“ der EU<sup>177</sup> wird in den nächsten Jahren die Investitionen noch stärker auch in der Türkei in Richtung EE lenken, da diese trotz der sonstigen Entfremdungstendenzen weiterhin eng mit den Energie- und Umweltregulierungen der EU verbunden ist. Als Mitglied der Energiecharta hat sich die Türkei bei der Unterzeichnung des Vertrags über die Energiecharta im Jahr 1991 verpflichtet, Investitionen und Handel zu fördern und einen zuverlässigen Transit zu gewährleisten. Denn diese Koordination in der Energie- und Umweltpolitik erlaubt Investoren und den strategischen Investitionsprogrammen der EU weitaus bessere Möglichkeiten in der Türkei, von der beide Seiten profitieren.

Auch hat sich die Türkei seit 2007 als ein zuverlässiger Exporteur von Erdgas nach Griechenland erwiesen, welches fast ein Drittel des griechischen Gasverbrauchs ausmacht, obwohl die bilateralen Beziehungen vor dem Hintergrund des Zypern-Konfliktes ansonsten häufig konfliktreich waren.

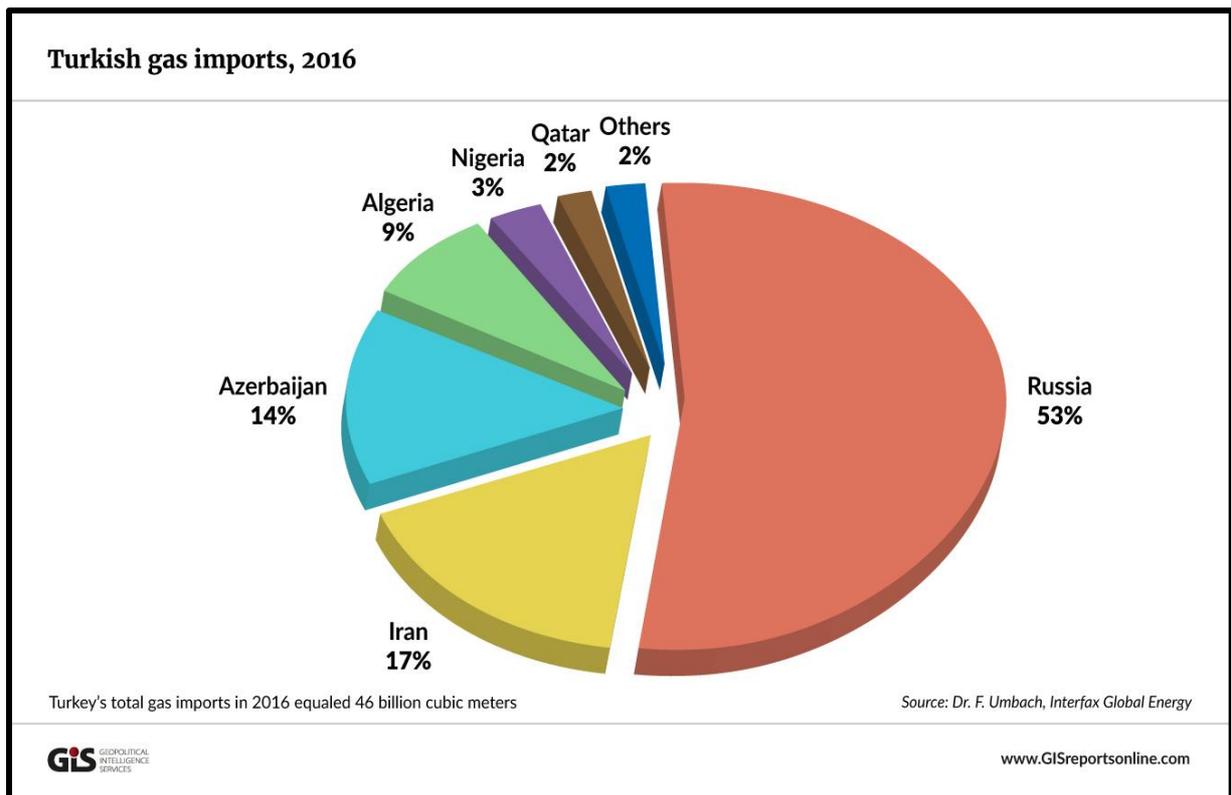
Mit der strategischen Perspektive, ein Transitland und sogar eine Gasdrehscheibe (Hub) für den Weiterverkauf von Erdgas in alle Himmelsrichtungen zu werden, hatte die Türkei vor mehr als zehn Jahren sowohl dem Bau der Nabucco-Pipeline der EU als Pfeiler des Südlichen Gaskorridors als auch dem Bau der russischen South Stream als Umgehungspipeline um die Ukraine (wie Nord Stream 1 und 2) zugestimmt. Beide Projekte sollten jedoch dann scheitern. Nabucco wurde im Juni 2013 beerdigt, nachdem sich das Schah-Deniz Konsortium für die TAP als endgültiges Lieferziel entschieden hatte.<sup>178</sup> Präsident Putin gab im Dezember 2014 das South Stream-Projekt auf, nachdem die Europäische Kommission

dem Projekt keine Zustimmung gegeben hatte, weil es den russischen Monopolstatus der Gasversorgung in Südosteuropa zementiert und ausgebaut hätte, was völlig im Widerspruch zur Gasimportdiversifizierungspolitik der EU seit 2010 stand und das EU-Projekt des Südlichen Gaskorridors gefährdet hätte.<sup>179</sup>

Aus Sicht der EU wurde mit dem Vorschlag des Baus des TANAP-TAP-SCP Gaspipelinennetzwerkes in 2012 allenfalls der zweitbeste Vorschlag umgesetzt, weil damit keine Direktlieferungen an die südosteuropäischen Länder möglich waren (mit Ausnahme von Griechenland und Albanien), die am meisten von russischen Gaslieferungen abhängig waren (wie Bulgarien mit 100 Prozent).<sup>180</sup> Auch die South Stream-Pipeline Russlands wurde durch eine andere Pipeline, Turk-Stream, ersetzt (siehe nächstes Kapitel).<sup>181</sup>

In 2016 hatte Ankara dann aber auch dem Bau einer zweiten Turk Stream-Pipeline mit einer weiteren Kapazität von 15,75 bcm/y zugestimmt, mit der Russland hoffte, seinen geo-ökonomischen und geopolitischen Einfluss in Südosteuropa zu wahren, da die Region vor dem Ausbau des Südlichen Gaskorridors der EU durch neue Importpipelines (wie TANAP und TAP) sowie neuen Flüssiggasterminals (LNG) bis zu 100 Prozent von russischem Gas (bzw. einem einzigen russischen Gasunternehmen – Gazprom) abhängig waren. Russland war bereits zu jenem Zeitpunkt nicht nur der wichtigste Gaslieferant der Türkei (mit 24,5 bcm/y oder 53 Prozent aller Gasimporte im Jahr 2016), sondern war auch bereits der zweitgrößte Handelspartner der Türkei.<sup>182</sup> Die Turk Stream Gaspipeline nahm im Januar 2020 ihren Betrieb auf.<sup>183</sup>

Abbildung 5: Türkische Gaseinfuhren 2016



Quelle: GIS 2017.

Trotz der wachsenden Spannungen zwischen der EU und der Türkei hat die türkische Regierung unter Präsident Erdogan auch weiterhin die Trans-Anatolian Natural Gas Pipeline (TANAP) und die Trans-Adriatic Pipeline (TAP) als ihre wichtigsten Gasdiversifizierungsprojekte betrachtet.<sup>184</sup> Dabei blieb auch das Erfordernis nicht übermäßig abhängig von russischen Gasimporten zu werden, eine Konstante der türkischen Energiepolitik, zumal Russland historisch schon immer ein Jahrhunderte alter geopolitischer Konkurrent der Türkei und oft ihr historischer Feind war. Demgegenüber war und ist Aserbaidschan der einzige Erdgaslieferant der Türkei, der nicht in einen ernsthaften Preiskonflikt verwickelt ist und mit dem die Türkei keine größeren geopolitischen Spannungen in den bilateralen Beziehungen hat. Die weiterhin von der Türkei verfolgte Gasimportdiversifizierung spiegelt sich auch im Bau von LNG-Importterminals wider.<sup>185</sup> So unterstützte sie den Bau von zwei größeren LNG-Importterminals mit einer Kapazität von 7,6

bcm/y (Marmara Ereğlisi) und 8 bcm/y (Aliaga) sowie von zwei FSRU mit 5,3 bcm/y (Etki) und 4,1 bcm/y (Dortyol). Der LNG-Anteil stieg bereits von 12,8 Prozent im Jahr 2013 auf 16,4 Prozent in 2016 an. Der türkische Energiekonzern Botas wollte auch die bereits bestehende Regasifizierungskapazität seines LNG-Terminals Marmara Ereğlisi auf 12 bcm/y erhöhen, obwohl die durchschnittliche Auslastung seiner LNG-Terminals (zwei Onshore- und ein FSRU) nur 55 Prozent in 2017 betrug. In diesem Jahr werden die türkischen Regasifizierungskapazitäten auf 49 bcm/y anwachsen, was 110 Prozent des gesamten türkischen Gasbedarfs in 2019 entspricht.<sup>186</sup> Botas prognostizierte ursprünglich noch in 2012 eine Verdoppelung des türkischen Gasbedarfs bis 2030 auf 81 bcm/y. In 2016 hatte der türkische Konzern jedoch bereits seine kurzfristige Prognose des nationalen Gasverbrauchsanstiegs bis 2020 bereits auf 50-55 bcm/y nach unten revidiert.

Darüber hinaus unterzeichnete die Türkei Verträge für drei weitere Floating Storage and Regasification Units (FSRUs), um eine bessere Flexibilität bei der Steuerung der saisonalen Spitzennachfrage und der Verbesserung der Energieversorgungssicherheit zu gewähren. Die FSRU bieten eine höhere Flexibilität für die Steuerung der saisonalen Nachfragespitzen, eine verbesserte Versorgungssicherheit und können prinzipiell in einer Vielzahl von Häfen zum Einsatz kommen. Außerdem stärkte dies die türkische Verhandlungsposition in ihrer Energiekooperation mit Russland. Eine erste FSRU (die Etki-LNG-Einheit) wurde im Dezember 2016 eingeweiht. In Iskenderun westlich der syrischen Grenze kommt eine weitere FSRU mit einer Kapazität von 4,1 bcm/y (Dortyol) zum Einsatz.<sup>187</sup>

Darüber hinaus baut die Türkei bis 2023 ihre Gasspeicherkapazität auf 20 Prozent des nationalen Gasverbrauchs von rund 53 bcm/y aus. Im Jahr 2016 betrug diese lediglich 3 bcm. Im Jahr 2017 hatte die Türkei auch die Liberalisierung des Gasmarktes etwas vorangetrieben, in dem sie einen 24-

Stunden-Gashandelsmarkt ins Leben gerufen hat, der von allen Gasmarktteilnehmern genutzt wird. Ende Juli 2017 hatte die Türkei zudem damit begonnen, Gasmarktdaten im Rahmen ihrer Liberalisierung des Gasmarktes zu teilen.

Während die Türkei verschiedene Gasimportoptionen aus Nachbarländern wie Aserbaidschan, Kurdistan (Irak), Iran über Landgaspipelines und LNG aus den USA, Katar und anderen Ländern hat, verursacht jede dieser Optionen jedoch neue Herausforderungen und Dilemmas.

#### *Ausweitung der Gasimporte aus Aserbaidschan?*

Die Türkei hatte bereits mit Aserbaidschan beschlossen, das TANAP-Gas-Pipeline-Projekt und die Südkaukasus-Pipeline mit einer erweiterten Kapazität von 8,8 bcm/y auf 25 bcm/y aus dem aserbaidschanischen Shah Deniz 2 Gasfeld in die Türkei und Europa bis 2018 schneller umzusetzen, damit Russland mit seinem Turk Stream-Projekt nicht an das TANAP-TAP-Projekt Marktanteile verliert, zumal beide Seiten auch ein kommerzielles Interesse am Ausbau der Pipelinekapazitäten haben.

#### **Ursprüngliche Kapazitätsplanung von TANAP pro Jahr:**

2023: 23 bcm pro Jahr (bcm/y);

2026: 26 bcm/y

2031: 31 bcm/y und darüber hinaus bis zu 60 bcm/y unter Einbeziehung anderer Lieferanten (Kurdistan, Turkmenistan, Iran).

#### *Gasimporte aus Kurdistan?*

Neben aserbaidschanischem Gas gibt es nun auch noch andere Optionen für den Import von nicht-russischem Gas zur Einspeisung in TANAP. So war im November 2013 ein bilaterales Regierungsabkommen über kurdische Gaslieferungen an die Türkei unterzeichnet worden, das von 4 bcm pro Jahr

im Jahr 2017 auf 10 bcm bis 2022 ansteigen sollte. Im November 2015 erwogen beide Seiten eine weitere Ausweitung der vereinbarten Gaslieferungen in die Türkei bis 2020 über eine neue Gaspipeline. Der russische Rosneft-Konzern hatte im September 2016 erklärt, mit der kurdischen Regionalregierung über den Bau einer Gaspipeline für den türkischen und europäischen Markt zu verhandeln. Aus Sicht des Kremls konnte der Ausbau von nicht-russischen Gaslieferungen in dieser Region durch die EU, die Türkei und Aserbaidschan jedoch den geo-ökonomischen und geopolitischen Einfluss Russlands gefährden, sodass Russland durch den eigenen Pipelinebau von Turk Stream, der Ausnutzung von Korruption in den regionalen Eliten und massiver Desinformation seinen Einfluss abzusichern sucht. Doch die kommerziellen Perspektiven von größeren Importen aus Kurdistan zerschlugen sich in den letzten Jahren durch die jüngeren kurdischen Unabhängigkeitsbestrebungen, die aus Sicht Ankaras eine nationale Sicherheitsgefährdung darstellen und denen Priorität gegenüber kommerziellen Perspektiven eingeräumt wurde.

### *Gasimporte aus Israel?*

Auch die ursprünglichen Hoffnungen von Gasimporten aus Israel haben sich aufgrund der Verschlechterung der bilateralen Beziehungen inzwischen weitgehend zerschlagen. Seit 2014 liefen Gespräche und Verhandlungen über die Lieferung von 7-10 bcm/y Erdgas aus dem israelischen Leviathan-Gasfeld über eine 550 km lange Unterwassergaspipeline in die Türkei. Die Baukosten wurden insgesamt auf 2,5-3 Mrd. US-Dollar geschätzt. Israel verfügt offiziell über etwa 2,2 tcm Gasressourcen und mehr als 900 bcm nachgewiesene Gasreserven.<sup>188</sup> Trotz der Marmara-Schiffskonfrontation im Jahr 2010 und des israelischen Einmarsches in Gaza im Sommer 2014 war der bilaterale Handel der Türkei mit Israel zunächst kaum beeinträchtigt, da dieser sich in dem Zeitraum von 3 Mrd. US-Dollar auf 5,6 Mrd. US-Dollar fast verdoppelt

hatte. Israel hatte zu diesem Zeitpunkt auch zunehmend politische und wirtschaftliche Probleme mit Ägypten als potenziellem Kunden, da Kairo im August 2015 selbst ein riesiges Offshore-Gasfeld (Zohr) entdeckt hatte, welches bis zu 850 bcm und 5,5 Mrd. Barrel Öl aufweist, und somit nicht länger auf größere Gasimporte aus Israel angewiesen war. Zudem war Israels geplanter Zeitrahmen für 2019-2020 für die Produktionsaufnahme aus seinem Leviathan-Gasfeld aufgrund politischer, wirtschaftlicher, finanzieller und regulatorischer Kontroversen zunehmend ungewisser geworden.

Russland wiederum versuchte, seinen traditionell großen Einfluss auf die zyprische Politik zu nutzen, um ein türkisch-israelisches Pipeline-Projekt und eine größere Rolle der Türkei in der Region zu torpedieren, da die geplante israelisch-türkische Gaspipeline die Ausschließliche Wirtschaftszone Zyperns (AWZ) durchqueren musste.

Zyperns Offshore-Gasfeld "Aphrodite" wiederum könnte theoretisch an das Leviathan-Gasfeld Israels angeschlossen werden, um Gas in die Türkei mit einem Gesamtvolumen von bis zu 25 bcm zu exportieren. Die wirtschaftlichen Interessen zwischen der Türkei und Israel hatten zunächst auch die Verhandlungen zwischen den griechischen und türkischen Zyprioten angespornt, das Zypernproblem als Voraussetzung für einen möglichen Gasexport Zyperns in die Türkei zu lösen. Zypern ist jedoch – wie Griechenland und Israel – auch an einer Unterwasser-Gaspipeline von ihren Gasfeldern nach Griechenland und Europa interessiert. Doch die Verschlechterung der Beziehungen der Türkei sowohl zur griechischen Zypern-Regierung als auch zu Israel haben auch diese Gasimportoption für die Türkei vorerst unrealistisch werden lassen. Dies gilt umso mehr, als die türkische Außenpolitik in der Region immer nationalistischer und von größeren hegemonialen Machtansprüchen geprägt ist und damit die regionalen Sicherheitsinteressen Israels, Griechenlands, Zyperns und anderer Regionalstaaten sowie der USA und der EU herausfordert.<sup>189</sup> Gleichzeitig

hatte sich eine immer stärkere energie- und sicherheitspolitische Achse zwischen Israel, Griechenland und Zypern seit 2020 herausgebildet.<sup>190</sup>

### *Iranisches Pipelinegas für TANAP?*

Dies gilt auch für die bilateralen Beziehungen der Türkei mit dem Iran. Laut der jährlichen Energiestatistik von British Petroleum (BP) verfügt der Iran über die weltweit größten nachgewiesenen konventionellen Gasreserven (32 tcm = 16 Prozent der weltweiten Gesamtmenge – vor Russlands 38 tcm) und ist mit 244,2 bcm/y bereits der drittgrößte Gasproduzent (nach den USA und Russland).<sup>191</sup> Der Iran könnte ein echter „Game Changer“ sowohl für die Türkei als auch für die europäischen Bemühungen zur Diversifizierung der Gasimporte sein, indem er einen Anteil von 10 Prozent am zukünftigen globalen Gasmarkt erwirbt. Doch ist der Eigenverbrauch im Iran sehr hoch mit mehr als 223 bcm/y (in 2020)<sup>192</sup>. Der Iran ist der zweitgrößte Gaslieferant der Türkei (18 Prozent seiner Importe). Er versorgte die Türkei mit 9,6 bcm im Jahr 2016 und 7,7 bcm im Jahr 2019. Der bilaterale Liefervertrag mit dem Iran läuft 2026 aus. Auf die Türkei entfallen derzeit 90 Prozent der gesamten iranischen Gasexporte. Aber iranisches Gas war immer auch verhältnismäßig teuer. Doch größere Gasexporte des Iran sind nur mit einer deutlichen Produktionssteigerung und/oder eines geringeren Eigenverbrauchs möglich. Dies aber setzt massive Investitionen aus dem Ausland in den iranischen Gassektor voraus, was angesichts der westlichen und internationalen Sanktionen aufgrund einer unterstellten potenziellen Nuklearwaffenentwicklung und der iranischen Ablehnung des IAEA-Abkommens zur Überwachung des zivilen iranischen Kernenergieprogramms auch weiterhin nicht realistisch ist. Zudem hat der Iran inzwischen eher LNG-Exporte als einen Pipelinebau bis zur Türkei für Gaslieferungen nach Europa favorisiert, weil dies für ihn kostengünstiger ist und künftig mehr flexible Diversifizierungsoptionen eröffnet.

## **Die strategische Bedeutung des Südlichen Gaskorridors für die Türkei und die EU**

Die Türkei, die sich selbst als Energiebrücke zwischen Gas-Produzenten und Verbraucherländern betrachtet, hofft, aufgrund ihrer günstigen geographischen Lage in unmittelbarer Nähe zu rund 70 Prozent der weltweiten konventionellen Öl- und Gasreserven in Zentralasien, im Nahen Osten und östlichen Mittelmeerraum zu einem regionalen Energie- und Gasdrehkreuz bzw. Gasumschlagplatz zu werden. Seit 2018 ist die Türkei für die EU – nach der Ukraine – der wichtigste Transitstaat für die Gasversorgung nach Europa, mit der sie Gas aus Aserbaidschan über die neu gebauten Gaspipelines von TANAP und TAP importiert. Dabei spielen die folgenden vier Gaspipelines die Hauptrolle:

*South Caucasus Pipeline (SCP):* von dem aserbaidischen Shah Deniz-Gasfeld über die Territorien von Aserbaidschan, Georgien bis in die Türkei zum Anschluss an TANAP.

*Trans-Anatolian Pipeline (TANAP):* ging mit einer Kapazität von 16 bcm/y im Juni 2018 in Betrieb (ursprünglich waren zunächst 20 bcm/y geplant; bis 2023 soll die Kapazität bereits auf 23 bcm/y ausgebaut werden).

*Trans-Adriatic Pipeline (TAP):* hat Ende Dezember 2020 mit einer Kapazität von 10 bcm/y ihren Betrieb aufgenommen.

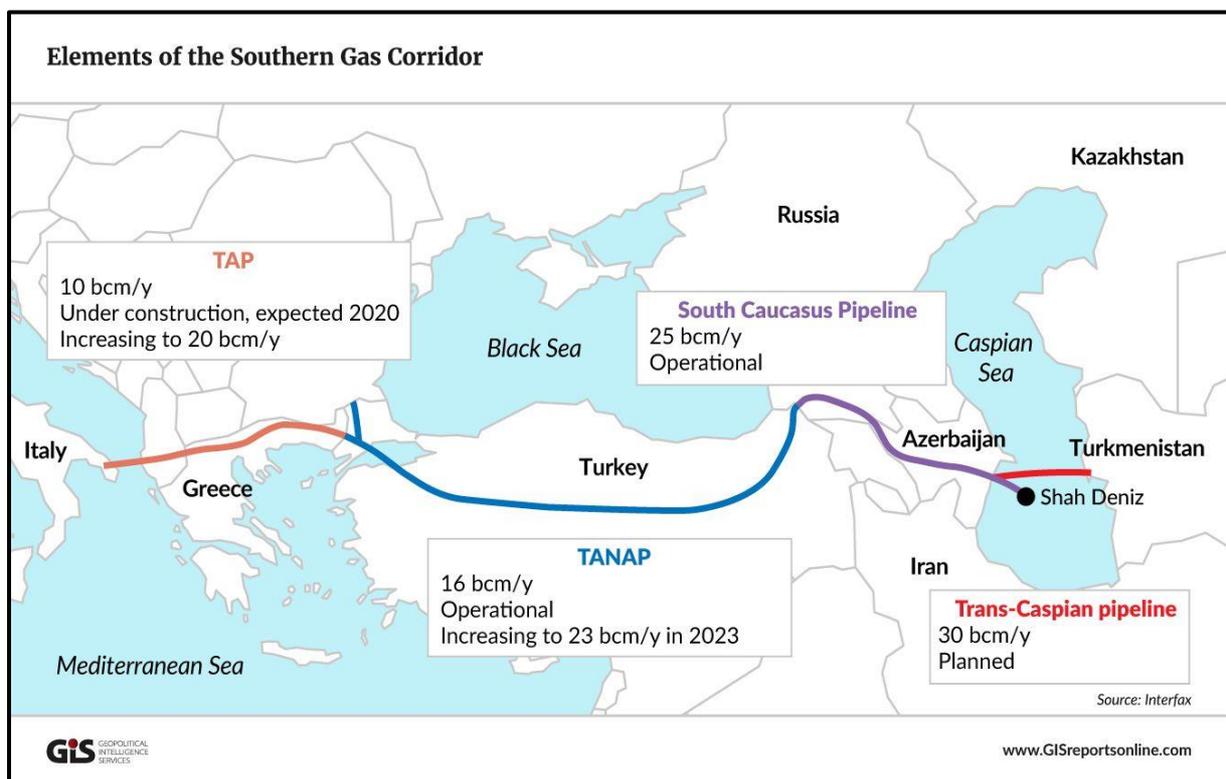
*Turk Stream-Pipeline:* der erste Strang der russischen Pipeline nahm die kommerzielle Nutzung im Januar 2020 auf. Ursprünglich wollte Moskau vier Pipelinestränge von Turk-Stream mit einer Gesamtkapazität von 63 Mrd. Kubikmetern pro Jahr (bcm/y) bauen. Doch wurde 2014 zunächst nur der Bau von einer Gaspipeline von Turk Stream mit einer Kapazität von 15,75 bcm/y von Gazprom in Auftrag gegeben. Gleichwohl ersetzt diese die bisherige Trans-Balkan-Gaspipeline mit einer Kapazität von 16 bcm/y, über welche die

Türkei russisches Gas über die Ukraine, Moldawien, Rumänien und Bulgarien importierte.<sup>193</sup>

Von der bisherigen TANAP-Kapazität von 16 bcm/y darf die Türkei vertragsgemäß 6 bcm/y selbst verbrauchen, während 10 bcm nach Griechenland weitergeleitet werden. Ab Albanien kann das aserbaidische Gas über die TAP-Verbindungspipeline mit einer Kapazität von 10 bcm/y als Unterwasserverbindung durch das Mittelmeer nach Italien weitertransportiert werden.

Trotz der wachsenden Spannungen zwischen der Türkei und der EU haben die Türkei und Aserbaidschan weiterhin ein gemeinsames wirtschaftliches und geopolitisches Interesse, die derzeitige Kapazität ihres TANAP-TAP-Pipelinennetzes von 16 bcm/y bzw. 10 bcm/y sowohl aus ökonomischen als auch aus geopolitischen Gründen zu erhöhen. Die TANAP-Pipeline ist seit 2018 im Betrieb und die TAP hat Ende Dezember letzten Jahres ihren Betrieb offiziell aufgenommen.<sup>194</sup>

Abbildung 6: Das TANAP-TAP- SCP Pipeline-Netzwerk



Quelle: GIS 2018.

Vor dem Hintergrund zunehmender Konflikte in den EU-Türkei Beziehungen wird zuweilen in Europa auch die Befürchtung geäußert, dass nicht nur Russland, sondern auch die Türkei die Gasimportabhängigkeit der EU politisch instrumentalisieren und als Erpressungsinstrument wie Moskau nutzen könnte. Derartige Argumentationen, die nicht zuletzt von russischen Medien als Desinformation gestreut und häufig in Europa sowie Deutschland unkritisch und unreflektiert übernommen werden, übersehen das Faktum, dass die Abhängigkeit der EU vom TANAP-Tap-Pipelinennetz mit 10 bcm pro Jahr (bcm/y) – das entspricht nur 2 Prozent des EU-Gasbedarfs – marginal ist und vorerst bleiben wird. Selbst wenn das TANAP-TAP Pipelinennetz auf 30-60 bcm/y erweitert werden würde, wäre die Abhängigkeit von der Türkei um ein Vielfaches geringer als jene von russischen Pipeline-Gaslieferungen mit rund 170 bcm/y. Zudem übersieht die Argumentation, dass die Türkei damit auch einen kommerziellen und geopolitischen Konflikt mit Aserbaidschan hervorrufen würde, an dem Ankara kein Interesse haben kann.

Abbildung 7: Das Projekt des südlichen Gaskorridors

<b>The Southern Gas Corridor project</b>				
<b>Name</b>	<b>Capacity bcm/y</b>	<b>Costs</b>	<b>Expenditure</b>	<b>Pipe length as of April 30</b>
Shah Deniz phase 2 (SD2) gas field	16	\$22.70 bn	\$17.70 bn	100 km (offshore)
South Caucasus Pipeline expansion (SCPX)	23.4	\$4.50 bn	\$4.20 bn	489 km
Trans-Anatolian Pipeline (TANAP)	20	\$7.90 bn	\$5.40 bn	1,850 km
Trans-Adriatic Pipeline (TAP)	10	€4.50 bn	€2.90 bn	878 km
<b>Total</b>	<b>–</b>	<b>\$40.33 bn</b>	<b>\$30.67</b>	<b>3,317 km</b>

Source: [www.naturalgasworld.com](http://www.naturalgasworld.com)

 [www.GISreportsonline.com](http://www.GISreportsonline.com)

Quelle: GIS 2018.

Dagegen haben sich die Aussichten auf eine Kapazitätserweiterung des TANAP-TAP Netzwerkes vor dem Hintergrund eines zurückgehenden Gasbedarfs der EU im Zuge des EGD verschlechtert, da spätestens ab 2030 sukzessiv nur noch „grünes Gas“ (Wasserstoff, Methangas, Biogas) aus Gründen der langfristigen Zielsetzungen des globalen Klimaschutzes bis 2050 zum Einsatz kommen soll. Dies aber macht kaum noch größere Gasprojekte kommerziell profitabel, die über mindestens 20 Jahre kommerziell betrieben werden müssen – es sei denn das Pipelinennetzwerk könnte künftig auch Wasserstoff nach Europa transportieren, da sowohl die EU als auch Deutschland in hohem Maße von Wasserstoffimporten abhängig werden.<sup>195</sup> Im Gegensatz zu iranischen Öl- und Gasexporten in die Türkei war das Projekt des Südlichen Gaskorridors aus dem aserbaidischen Shah-Deniz-Feld der Phase 2 (SD-2) zunächst in den USA von neu verhängten Sanktionen gegen den Iran ausgenommen worden, da der staatliche iranische Konzern Naftiran Intertrade (Nico), der zum iranischen Staatsproduzenten NIOC

gehört, einen Anteil von 10 Prozent an den Shah-Deniz-Projekten 1 und 2 (SD 1-2) hat. SD-2 hat seine erste kommerzielle Gaslieferung nach ihrer Kapazitätserweiterung von 25 bcm/y auf 31 bcm/y Ende Juni 2017 in die Türkei geliefert.

Aserbaidshans und andere über TANAP transportierte Gaslieferungen können in Südosteuropa nicht nur über neu geplante und gebaute bilaterale Gasverbindungsleitungen zu den Nachbarstaaten (wie Bulgarien) erfolgen, sondern künftig auch über die Transbalkan-Pipeline (TBP) Russlands mit ihrer Kapazität von 16,7 bcm/y aufgrund der Rückflussoption, da diese von Russland aufgrund des Neubaus der Umgehungspipeline Turk Stream nicht mehr genutzt wird.

Abbildung 8: Aserbaidshans Gasprojekte in Entwicklung oder Planung

<b>Azerbaijan's gas projects, under development or planned</b>				
<b>Gas fields</b>	<b>Reserves (bcm)</b>	<b>Start date</b>	<b>Production (bn m/y)</b>	<b>Operator or partner</b>
Absheron Phase-1	350	2019	1.5	Total
Absheron Phase-2	N/A	2026-2027	5.0	Total
Shah Deniz 2	400	2018	16 (in 2021)	BP
Shah Deniz 3	500	2030s	N/A	BP
Shah Deniz 4	N/A	2035-2040s	N/A	BP
Karabakh, Ashrafi, Dan Ulduzu	35-40	2021s	1.5 (together)	Statoil
Babek	400	2020s	3-5	SOCAR Umid/Babak
Umid	200	2020s	1.5	SOCAR Umid
ACG dry gas	500	2025s	2-3	BP
Gashadash	-	2020s	0.5	Petronas
Shafag-Asiman	500	2030s	8	BP

Source: [www.naturalgasworld.com](http://www.naturalgasworld.com)


www.GISreportsonline.com

Quelle: GIS 2018.

Vor diesem Hintergrund erklärt sich auch das strategische Interesse der staatlichen Ölgesellschaft der Republik Aserbaidshans (SOCAR) an weiteren Investitionen und der Stärkung ihres Marktanteils im türkischen Gassektor

auf einen Anteil von 20 Prozent am türkischen Verbrauch. Dies würde auch die gemeinsamen strategischen Interessen beider Länder in ihrer Außen- und Sicherheitspolitik weiter stärken, wie dies im jüngsten Konflikt Aserbaidschans mit Armenien um die Enklave Berg-Karabach sichtbar wurde.<sup>196</sup> Die Türkei rechtfertigte ihre Intervention auch mit dem Grund, dass sowohl die Baku-Tbilisi-Ceyhan (BTC)-Ölpipeline als auch die South Caucasus Pipeline (SCP) in der Tovuz-Region und unmittelbaren Nähe zur armenisch-aserbaidschanische Grenze gefährdet seien, nachdem die armenische Seite die BTC-Pipeline mit Artillerie beschossen habe und die kritische Energieinfrastruktur gesichert werden müsse.<sup>197</sup> Sollte dies stimmen, ist schwer vorstellbar, dass dies ohne Kenntnis und/oder Zustimmung Moskaus erfolgte. Aus türkischer Sicht waren damit auch ihre Gasdiversifizierungspolitik und ihre Bemühungen, die Gasimportabhängigkeit von Russland zu reduzieren, gefährdet.<sup>198</sup> Dies hatte auch bereits zu einem stärkeren Bündnis zwischen Georgien und der Türkei geführt.<sup>199</sup>

So hatte die Türkei die Streitkräfte Aserbaidschans durch den Drohneneinsatz und die Finanzierung von Söldnern aus Syrien, Irak u.a. Ländern militärisch unterstützt. Dies hat einerseits Russlands Einfluss auf die Region begrenzt, andererseits der Türkei einen Sitz an jeglicher künftiger Konfliktregelung gesichert.<sup>200</sup>

Da Aserbaidschan aus außen- und sicherheitspolitischen Gründen ein grundlegendes geopolitisches Interesse daran hat, seine engeren Beziehungen zum Westen zum Ausgleich seiner traditionellen wirtschaftlichen Beziehungen zu Russland aufrechtzuerhalten, hilft dies der EU und den USA, dass die Türkei nicht zu sehr in Russlands geopolitische Umlaufbahn abdriftet und sich weiterhin am gemeinsamen SGC-Projekt aktiv beteiligt.

Die bilateralen Interessen der Türkei und Aserbaidschans könnten auf den ersten Blick auch durch die überraschende Vereinbarung über den rechtlichen Status des Kaspischen Meeres im Jahr 2018 gestärkt werden, mit der ein über 20-jähriger Konflikt in Zentralasien und im Kaspischen Becken gelöst schien. Diese Vereinbarung hatte die Perspektive eröffnet, dass die lang diskutierte 300 km lange Transkaspische Unterwasser-Pipeline vielleicht doch noch gebaut werden kann, sodass Turkmenistan mit den weltweit viergrößten Gasvorkommen von 19,5 tcm (trillion cubic meters) zumindest 30 bcm/y Gas nach Aserbaidschan und dann weiter nach Europa über das TANAP-TAP-Pipelinennetz exportieren könnte. Dies würde den Transit der Türkei und ihren erhofften künftigen Status als Gasdrehkreuz weiter stärken, ist aber von der Zusammenarbeit mit der EU und ihrem Interesse an einer Ausweitung ihrer Gasimporte über TANAP-TAP abhängig.

Theoretisch könnte auch Kasachstan über eine weitere Verbindungspipeline nach Turkmenistan Gas nach Europa transportieren. Doch trotz der Vereinbarung hat Russland weiterhin die Möglichkeit, mittels umweltpolitischer Auflagen und Interventionen eine solche Transkaspische Pipeline faktisch zu sabotieren, da Aserbaidschan und Turkmenistan auf eine politische Zustimmung angewiesen sind. Dies aber ist nicht in russischem Interesse, wie der Kreml wiederholt sichergestellt hat. So hat der Kreml auch beim überraschend rechtsverbindlichen Übereinkommen über das Kaspische Meer seine Einflussmöglichkeiten gewahrt. Es waren nur die Wassergebiete von der Regelung betroffen bzw. die militärische Zusammenarbeit und Oberflächenaktivitäten.<sup>201</sup> Die natürlichen Ressourcen des Meeresbodens mit geschätzten Reserven von 50 Mrd. Fass Rohöl und 9 tcm Gas wurden nicht einvernehmlich geteilt und müssen künftig durch bilaterale Abkommen geregelt werden. Obwohl ein bilaterales Abkommen zwischen Aserbaidschan und Turkmenistan nicht unmöglich ist, so hat Moskau auch weiterhin ein strategisches Interesse, militärische Kräfte von Drittländern (wie den USA

oder der EU) im Kaspischen Meer zu verbieten. Dies ermöglicht es Russland, seine bereits militärische Überlegenheit im Kaspischen Meer und in der Region weiter auszubauen. Russische Politiker haben in der Vergangenheit sogar militärische Optionen gegen einen solchen Pipelinebau nicht ausgeschlossen, während die EU und die USA nicht willens sind, die Pipeline notfalls auch militärisch zu sichern und zu verteidigen.<sup>202</sup>

Zudem ist – wie beim Ausbau des TANAP-TAP Pipelinenetzes – das strategisch-kommerzielle Interesse der EU im Kontext des EGD inzwischen nicht mehr wie früher vergleichbar gegeben. Auch vor dem Hintergrund des niedrigen Gaspreises in Europa ist die Kommerzialität von turkmenischem Gas über einen 3.500 km langen Importweg höchst fraglich, wenn dieser nicht – wie im Fall von Nord Stream 1-2 mit 3.000 km langen Transportwegen von Jamal bis nach St. Petersburg – faktisch von Russland subventioniert wird. Darüber hinaus sind auch die gemeinsamen Interessen zwischen Aserbaidschan und Turkmenistan zumindest so lange fraglich, wie eine Kapazitätserweiterung des TANAP-TAP Gasnetzes zunächst nicht neuen aserbaidshanischen Gasfeldern zugutekommt, die erschlossen werden, wo aber bisher keine verbindlichen neuen Lieferverträge vereinbart werden konnten.<sup>203</sup>

### **Eine türkisch-russische Allianz in der Energie- und Sicherheitspolitik?**

Die innenpolitischen Tendenzen der Türkei hin zu einem autokratischen Präsidialsystem und ihre außenpolitischen Neuausrichtungen durch die Förderung engerer Beziehungen zu Russland haben einmal mehr die inhärenten Verflechtungen zwischen innen- und außenpolitischen Veränderungen deutlich gemacht. Die Erosion gemeinsamer Werte mit dem Westen haben die jahrzehntealten engen Beziehungen der Türkei zur EU und zu den USA untergraben sowie ihre Rolle in der NATO unsicher werden lassen.

Abbildung 9: EU und russische Gaspipelines in Südosteuropa und der Türkei



Quelle: GIS 2015.

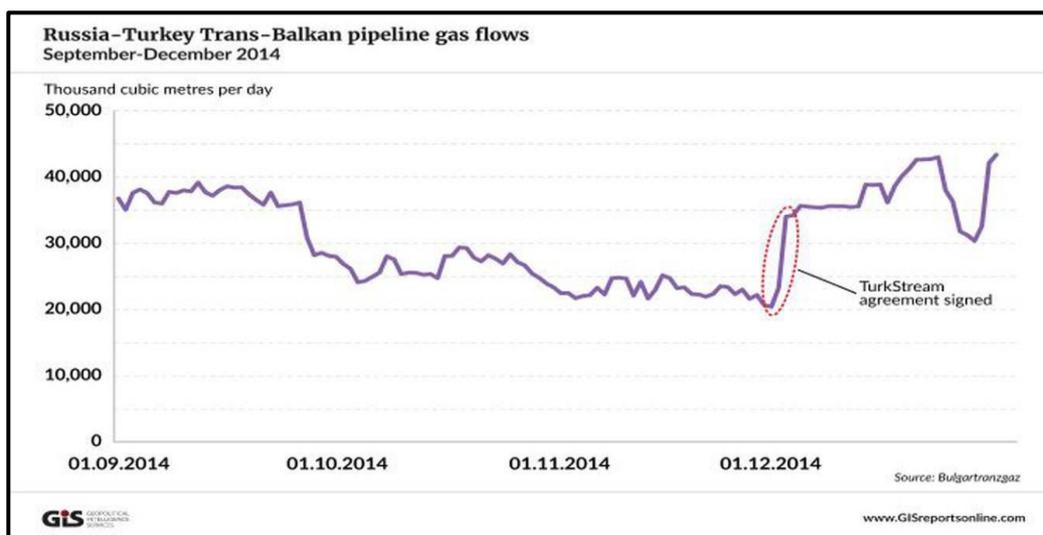
Dies dokumentiert sich auch im Bau des Akkuyu-Kernkraftwerks mit vier 1.200-MW-Reaktoren, der rund 20 Mrd. US-Dollar kostet und vom staatlichen russischen Atomunternehmen Rosatom durchgeführt wird. Ob aber die beiden anderen geplanten Atomreaktoren, die den türkischen Gasverbrauch und ihre Importe verringern könnten, angesichts des Währungsverfalls und des deutlichen weltweiten Rückgangs der Solar- und Windenergiekosten – trotz des Interesses der Atomindustrie Russlands, Chinas (State Nuclear Power Technology Company) und Japans (Mitsubishi Heavy Industries) – wirklich jemals gebaut werden, ist inzwischen viel zweifelhafter geworden.

Eine enge türkisch-russische Energieallianz würde das gesamte Projekt des südlichen Gaskorridors und jede Option zum Ausbau der TANAP-Netzkapazitäten über die derzeitigen 16 bcm/y in Frage stellen. Doch jede kurzfristige Instrumentalisierung der zunehmenden Importabhängigkeit der EU durch Ankara könnte für die Türkei allenfalls kurzfristige Vorteile haben, würde aber eindeutig ihren langfristigen strategischen Interessen

zuwiderlaufen, da die südosteuropäischen Länder ihre künftige Gasnachfrage verringern könnten, indem sie EE und Kohle für ihre Energieversorgungssicherheit stärker ausweiten, um so ihre Gasabhängigkeit von Importen aus der Türkei zu reduzieren.

Zudem sah sich die Türkei vom Oktober bis Dezember 2014 zunächst noch selbst russischen Erpressungsstrategien ausgesetzt, als Moskau massiven Druck auf Ankara über die sich hinziehenden Verhandlungen zum Bau der Turk Stream Pipeline aufgrund türkischer Vorbehalte ausübte. So reduzierte Gazprom ohne Vorwarnung seine vertraglich vereinbarte Liefermenge über die Trans-Balkan-Pipeline (TBP) gegenüber der Türkei. Der volle Umfang der Gaslieferungen von Gazprom über TBP wurde erst wieder hergestellt, als Ankara mit Moskau eine Absichtsvereinbarung zum Bau der Turk Stream-Gaspipeline unterzeichnet hatte. Dies löste erhebliches Misstrauen in der türkischen Regierung gegen Russland aus, zumal Ankara im Winter 2014/15 einen größeren regionalen Stromausfall befürchtete, weil die größere Region Istanbul zwei Drittel des Energieverbrauchs des Landes verbraucht.<sup>204</sup>

Abbildung 10: Gaspipelinevolumina der Trans-Balkan-Gaspipeline (1.10.-1.12.2014)



Quelle: GIS 2017.

In den folgenden Jahren wurde die Gasabhängigkeit der Türkei von Russland bis 2018 stetig größer – obwohl auch Russland von der Türkei als zweitgrößtem Gasexportmarkt (nach Deutschland) in Europa abhängiger wurde. Erst im Oktober 2016 konnten sich beide Seiten zum Bau der Turk Stream Gaspipeline einigen, die von Gazprom vollständig finanziert wird. Dies schloss auch eine Umweltgenehmigung für den Bau einer zweiten Rohrleitung durch das Schwarze Meer und in der AWZ der Türkei bereits mit ein.

Die erste Leitung wurde Anfang Januar 2020 in Betrieb genommen, obwohl bereits die Kapazität der bestehenden russisch-türkischen Blue Stream-Pipeline mit einer Kapazität von 16 bcm/y in den letzten Jahren nur zu 60-70 Prozent genutzt wurde. Die erste Pipeline von Turk Stream liefert ausschließlich Gas für den türkischen Markt und ersetzt die TBP. Die zweite Rohrleitung soll 2021 (ursprünglich sollte sie Anfang 2020 vor dem Ende des russischen Gastransitvertrags mit der Ukraine fertig gestellt werden) in Betrieb gehen und dann die TBP vollständig ersetzen. Allerdings ist die Turk Stream Pipeline (wie Nord Stream-2) mit US-Sanktionen belegt, sodass die Fertigstellung der zweiten Rohrleitung 2021 mit zunehmenden Fragezeichen versehen ist.

#### Abbildung 11: Ursprüngliche Spezifikationen der Turk Stream-Gaspipeline

Pipeline-Kapazität: vier Pipelines x 15.75 bcm pro Jahr = 63 bcm/y;
Pipeline-Länge: >1,100 km (910 km Offshore und 180 km Onshore-Sektionen);
Offizielle Kosten: 11.4 Mrd. Euro (US\$12.9 Mrd. US-Dollar), ohne VAT;
Geschätzte Realkosten: >14 Mrd. Euro (ohne die Investitionskosten des Südlichen Gaskorridors von Russland);
Kosten des Baus der ersten Offshore-Pipeline in die Türkei: 4,3 Mrd. Euro.

Quelle: F.Umbach/GIS.

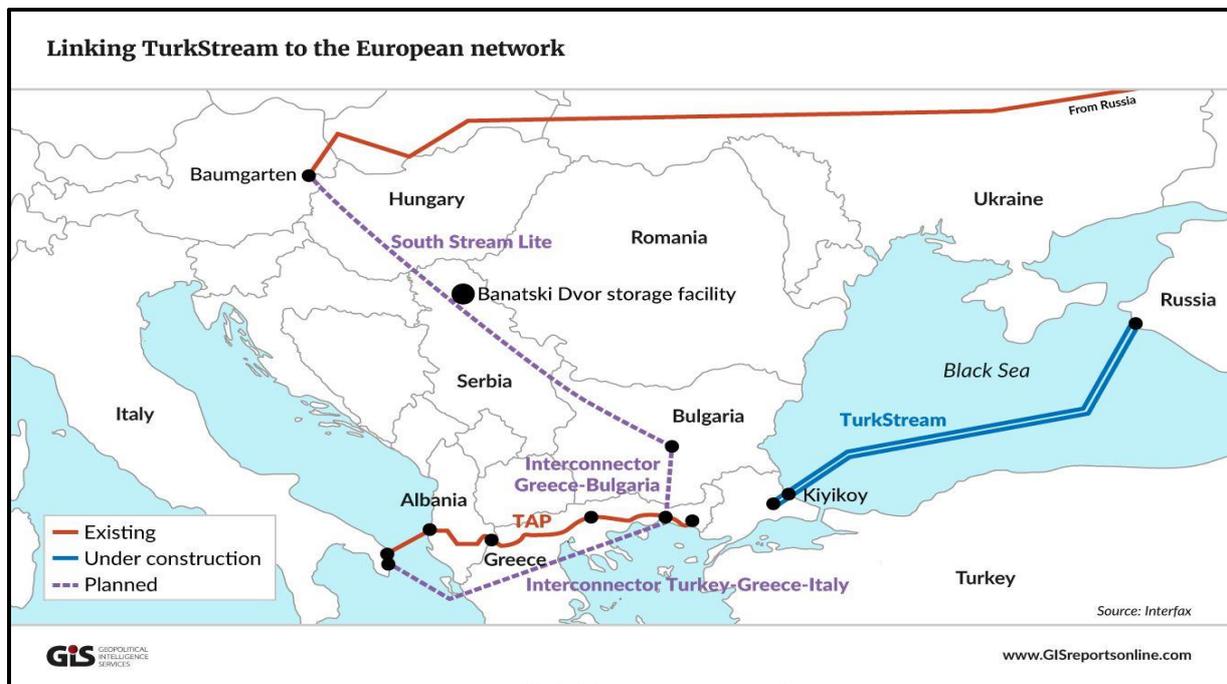
Im Gegensatz zu einigen Regionalstaaten – wie Bulgarien, Ungarn, Serbien, Griechenland und Mazedonien –, die das russische Pipelineprojekt Turk Stream unterstützt haben, hat die Europäische Kommission gegen die Turk Stream Pipeline von Beginn an (wie bei South Stream) wiederholt Vorbehalte geäußert. Dies gilt insbesondere für den Bau einer dritten und vierten Rohrleitung von Turk Stream, die wiederum das EU-Gasdiversifizierungsprojekt des Südlichen Gaskorridors gefährden und die russischen Positionen in Südosteuropa sowohl wirtschaftlich als auch geopolitisch stärken könnten. Auch gilt dies mit Blick auf den russischen Vorschlag des Baus einer South Stream-Lite Pipeline von der türkisch-bulgarischen Grenze bis nach Baumgarten (Österreich), mit der größere Turk Stream Gaslieferungen in ganz Südosteuropa verteilt würden. Der Verlauf der Pipeline wäre weitgehend identisch mit der von der Europäischen Kommission abgelehnten früheren South Stream Pipeline.<sup>205</sup>

Russland hat auch den Bau einer Verbindungsleitung Türkei-Griechenland-Italien/ITGI (auch bekannt als „Poseidon“-Projekt) vorgeschlagen. Dies richtet sich eindeutig gegen andere regionale Pipeline-Pläne der EU, wie die von ihr unterstützten Pipelines Bulgarien-Rumänien-Ungarn-Österreich (BRUA) und Eastring, die eine bessere Diversifizierung der nicht-russischen Gaslieferungen in ganz Südosteuropa ermöglichen sollen.

Der Bau aller vier Rohrleitungen der Turk Stream-Gaspipeline würde auch die Ambitionen der Türkei auf ein eigenes Gasdrehkreuz bedrohen, weil dieses bis zu 47 bcm/y an die türkisch-griechische Grenze transportieren würde. Dies aber könnte zu erheblichen Engpässen beim türkisch-griechischen Gasinfrastruktursystem führen, da das aserbaidische Gas für Europa in einem Umfang von 10 bcm (über das TANAP-TAP-Gasnetz) über dieselbe regionale Gasinfrastruktur weiter transportiert wird. Somit könnte der Kreml auch mehr Einfluss auf die energiepolitischen Ausrichtungen der Türkei

und aserbaidische Gaslieferungen über die Türkei nach Europa gewinnen, nachdem bereits der ukrainische Transitstatus für die TBP-Route obsolet geworden ist.

Abbildung 12: Russlands neuere Pipeline-Pläne in Südosteuropa



Quelle: GIS 2018.

Dies alles zeigt zugleich auf, dass die Umsetzung des Südlichen Gaskorridors und der Gasimportdiversifizierung noch nicht vollendet ist. Damit ist auch weiterhin ebenso unklar, wie groß der künftige geökonomische und geopolitische Einfluss Russlands mittels seiner Gaspipelinepolitik in Südosteuropa in Rivalität mit jenem der EU sein wird.<sup>206</sup>

Abbildung 13: Wettbewerb zwischen EU und russischen Gaspipelines im Südosteuropa



Quelle: Atlantic Council of the U.S. (ACUS) 2015.

Währenddessen hat Russland auch versucht, seinen Einfluss in Zypern und Israel zu nutzen, um den Bau einer bilateralen türkisch-israelischen Pipeline sowie der geplanten EastMed-Gaspipeline von Israel nach Zypern und dann weiter nach Italien zu blockieren. Es liegt weder im geoökonomischen noch im geopolitischen Interesse Russlands, dass die EU ihre Gasimporte diversifiziert und damit ihren Marktanteil und dadurch Russlands Einfluss verringert. Denn hiermit würde die Strategie Energieabhängigkeiten als außenpolitisches Instrument zu nutzen marginalisiert werden.

Im Jahr 2016 hatte Russland noch rund 53 Prozent (24,37 bcm) des türkischen Gasbedarfs von insgesamt 46,16 bcm geliefert. Doch die Importmengen sanken von 26,62 bcm im Jahr 2015 auf 15,19 bcm in 2019. Dies war ein Rückgang um fast 36 Prozent gegenüber 2018 und 47 Prozent gegenüber 2017. Der Anteil Russlands sank 2019 auf 34 Prozent des Gasbedarfs der Türkei. Dieser verringerte sich im ersten Quartal 2020 noch weiter auf nur noch 10-14 Prozent bis Juli 2020.<sup>207</sup> Die schrumpfende Gasnachfrage (Import) ist das Ergebnis einer bewussten Diversifizierungspolitik, die sich stärker auf einheimische Ressourcen (wie den Ausbau von Kohle und Erneuerbaren Energien) stützt sowie eines Anstiegs der LNG-Importe. Damit ist aber ein Konflikt mit Russland vorprogrammiert, da der Gasimport von 15 bcm in 2019 nur etwas mehr als die Hälfte der vertraglich mit Gazprom vereinbarten Liefermenge ist. Dabei fällt der Rückgang des Gasimportes aus Russland mit 36 Prozent drastischer aus als jener des gesamten Gasimport um 18,2 Prozent. So nahmen die Pipelineimporte aus Aserbaidschan ebenso zu wie die LNG-Importe aus Algerien und Nigeria. Vor allem die LNG-Importe stiegen aufgrund der günstigeren Spotmarktpreise um mehr als 36 Prozent.<sup>208</sup>

Völlig neue Perspektiven eröffnen sich für die Türkei nun mit der Entdeckung des Sakarya-Offshore-Gasfeldes im Schwarzen Meer im August 2020, das über 405 bcm Erdgasreserven in einer Entfernung von 170 km von der Küste verfügen soll, nachdem ein weiteres kleineres Gasfeld von 85 bcm gefunden wurde. Die Frage ist nun nicht länger, ob die Türkei die Gasreserven fördern wird, sondern nur wie schnell und auf welche Weise. So wird die Türkei auch auf die Kooperation der Anrainerstaaten Bulgarien, Rumänien und Russland angewiesen sein, da das Gasfeld sich auch in die AWZ der beiden Nachbarstaaten erstreckt. Die türkische Regierung hofft, bereits 2023 mit der Förderung von Erdgas aus dem neuen Gasfeld zu beginnen, obwohl die Tiefsee-Öl- und Gasförderung im Schwarzen Meer als technisch schwierig,

aufwendig und kostspielig gilt. So ist die Exploration der rumänischen Erdgasvorkommen bis heute immer wieder ins Stocken gekommen.<sup>209</sup> Zugleich laufen die bisherigen Langfristgasverträge in einem Umfang von 16 bcm/y in 2021 aus, wovon 8 bcm/y allein auf Gazprom entfallen. Im Sommer 2020 war der Preisunterschied so groß, dass russisches und iranisches Gas sechsmal so teuer war wie LNG-Importe. Dies verspricht sehr schwierige Verhandlungen, da Gazprom seit 2017 nicht weniger als 30 Prozent an Marktanteilen in der Türkei verloren hat. Gleichzeitig sind jedoch die Fortschritte einer Liberalisierung des türkischen Gasmarktes bisher bescheiden geblieben.<sup>210</sup> Unter diesen Umständen ist die erst 2020 in Betrieb genommene Turk Stream Pipeline mehr denn je kommerziell nicht profitabel. Dies gilt umso mehr, da es die teuerste Pipeline der Welt ist, wenn die gewaltigen Investitionskosten der Verbindungspipelines auf russischem Territorium mitberücksichtigt werden, da das Gas künftig auch aus Jamal gespeist werden muss.<sup>211</sup> Die russische Sberbank hatte dies sowohl für die Turk Stream-Pipeline wie auch für die Nord Stream-2 Pipeline bereits im April 2018 bestätigt.<sup>212</sup>

### **Die Eskalation im östlichen Mittelmeer und die Rolle der Türkei**

Während sich die öffentliche Aufmerksamkeit von Politik und Medien auf die globale Pandemie und ihre ökonomisch-sozialen Folgen fokussierte, drohte die Lage im östlichen Mittelmeer zwischen den beiden NATO-Mitgliedsstaaten Griechenland und Türkei 2020 weiter zu eskalieren. Sogar ein militärischer Zwischenfall zwischen Frankreich und der Türkei war im Sommer 2020 nicht länger auszuschließen, weil sich einerseits Frankreich klar auf Seiten Griechenlands bei der Frage der zyprischen Öl- und Gasressourcen positioniert hat, andererseits beide Staaten die beiden unterschiedlichen politischen Lager im Libyen-Konflikt unterstützen.<sup>213</sup>

Der Hintergrund der bisher noch primär politisch-diplomatischen Eskalation ist einerseits die zunehmende geoökonomische Konkurrenz um größere Gasreserven Zyperns zwischen Griechenland und der Türkei, andererseits der regionale geopolitische Machtanspruch der Türkei. Dieser hatte sich einerseits in der militärischen Intervention des libyschen Bürgerkrieges manifestiert, andererseits auch im maritimen Territorialanspruch der Türkei, der die AWZ Zyperns beschneidet und zugleich durch ein Abkommen mit der libyschen Regierung einen Seekorridor bis in libysche Hoheitsgewässer erweitert hat.<sup>214</sup>

Während die zyprische und die griechische Regierung offizielle Unterstützung durch die EU erhalten haben, welche die maritimen Territorialansprüche der Türkei als völkerrechtswidrig betrachten und Sanktionen gegen die Türkei angedroht haben<sup>215</sup>, sieht sich die NATO vor das Dilemma gestellt, dass beide Länder Mitgliedsstaaten sind und die NATO daher nicht Partei ergreifen will. Letzteres muss nun umso mehr gelten, als auch Frankreich sich offiziell stärker gegen die ehrgeizige Politik des türkischen Präsidenten Erdogan auf Seiten Griechenlands positioniert hat, 2020 ein gemeinsames NATO-Manöver mit der Türkei abgesagt und sogar seinen Flugzeugträger „Charles de Gaulle“ ins östliche Mittelmeer beordert hatte. Der eskalierende Konflikt ist dabei auch keineswegs auf diese Staaten begrenzt, sondern involviert auch andere regionale Anrainerstaaten wie Israel, Ägypten, den Libanon und Italien. Aber auch äußere Großmächte wie Russland, das sowohl in den Syrien- als auch Libyen-Konflikten militärisch durch Militärberater, russische Söldnertruppen, umfangreiche Waffenlieferungen und verdeckte Geheimdienstoperationen involviert ist, spielen bei den zunehmenden Konfliktschnittmengen eine entscheidende Rolle, zumal Moskau zugleich ausgeprägte energieaußenpolitische Interessen hat. Auffallend ist auch, dass sich die deutsche Regierung offiziell mit Kommentierungen und Stellungnahmen zurückhält, weil sie auf die kooperative Rolle der Türkei in der

Migrationspolitik weiterhin angewiesen ist.<sup>216</sup> Auch die Trump-Administration wollte nicht stärker unmittelbar in den Konflikt intervenieren, auch wenn sie die Türkei (wie die EU) mit Sanktionen belegte. Der Ressourcenkonflikt und der Machtanspruch der Türkei ist dabei auch eine Folge der ungeklärten Territorialansprüche und der bisher gescheiterten bilateralen Verhandlungen seit 2002. Das bisherige Scheitern der Verhandlungen über die Abgrenzung der Seegrenzen ist auch Resultat sehr unterschiedlicher Erwartungen und umstrittener Verhandlungsmandate. Die griechischen Hoheitsansprüche, basierend auf den Ergebnissen des Friedensprozesses nach dem Ersten Weltkrieg (1923) schließt eine griechische Inselwelt mit ein. So reichen 3.000 griechische Inseln (die Türkei hat lediglich drei) teils unmittelbar und geographisch dicht bis an die anatolische Festlandsküste heran. Aus Sicht Ankaras können kleine (und zum Teil unbewohnte) Inseln keine vergleichbar großen AWZ generieren wie große Küstenstaaten wie die Türkei. Eine Ausweitung der maritimen Gebietsansprüche der Inseln von sechs auf zwölf Seemeilen der Küstengewässer und einer jeweiligen AWZ von 200 Seemeilen wird in der Türkei als „*casus belli*“ gesehen, da dies der Türkei keine natürlichen Ressourcen und Fischfangrechte lassen würde. Vor allem die bewohnten Inseln Kreta, Rhodos und Kastellorizo könnten theoretisch eine 200 Seemeilen umfassende AWZ generieren.

Abbildung 14: Griechisch-türkische Hoheitsansprüche



Quelle: Stratfor.com 2020.

Da das Seevölkerrecht aber keine explizite Unterscheidung hinsichtlich unterschiedlicher großer AWZ zwischen Inseln und Küstenstaaten vorsieht, ist die Türkei auch kein Mitglied der UN-Seerechtskonvention (UNCLOS). Hieraus resultiert eine maritime Isolierung der Türkei, die Ankara seit fünf Jahrzehnten niemals akzeptiert hat. Dies begrenzt massiv die AWZ der Türkei, sodass diese der einzige Anrainerstaat im östlichen Mittelmeer ist, der faktisch mögliche Öl- und Gasressourcen nicht nutzen kann. Daher erhebt Ankara mit seiner „Blue Homeland Doctrine“ resolut Ansprüche auf potenzielle Erdgasvorkommen in seinem Küstenbereich und hat seinen Anspruch auf seine AWZ im Mittelmeer mit Zustimmung der libyschen Regierung ausgeweitet.<sup>217</sup> Auch die divergierenden maritimen Gebietsansprüche mit den anderen Anrainerstaaten wie Israel, Libanon,

Zypern und Ägypten sind äußerst komplex und erschweren eine schnelle Entwicklung der neugefundenen Erdgasreserven im östlichen Mittelmeer.

### *Die Gasreserven im östlichen Mittelmeer und die geopolitischen Implikationen*

In den Jahren 2009 und 2010 hat Israel erstmals mit seinen Tamar- und Leviathan-Gasoffshorefeldern größere Gasfunde in seiner AWZ verkündet. In den folgenden Jahren wurden in dieser und der AWZ Zyperns noch kleinere Gasfelder entdeckt. In Israel setzte zugleich eine innenpolitische Diskussion ein, inwieweit die neuen Gasreserven ausschließlich für den eigenen Verbrauch verwendet werden oder auch für den lukrativen Export zur Verfügung stehen sollen. Da die Entdeckung weiterer kleinerer Felder die Perspektiven für einen Export verbessert, wurde 2012 eine Regierungsentscheidung gefällt, wonach die Gasexporte auf 40 Prozent der potentiellen Reserven beschränkt wurden, um so den heimischen Gasbedarf für die nächsten 25 Jahre sicherzustellen. 2010 konnten Israel und Zypern sich zwar bereits prinzipiell auf die Abgrenzung ihrer AWZ und die Ausbeutung gemeinsamer Gasreserven einigen. Doch zehn Prozent des zyprischen Aphrodite-Gasfeldes erstrecken sich in die israelische AWZ. Dies hat bisher eine endgültige bilaterale Aufteilung der Gasreserven verhindert.<sup>218</sup>

Auch der Libanon hoffte, größere Gasfelder in seiner AWZ zu entdecken und seine Gasreserven zu fördern. Doch die fehlende innenpolitische Stabilität, Unsicherheiten für ausländische Investoren und weitverbreitete Korruption haben bisher eine Entdeckung größerer Gasreserven verhindert.

Im August 2015 entdeckte der italienische Energiekonzern Eni das riesige Gasfeld Zohr, das in der Region über die größten Gasreserven verfügt. Diese Entdeckung verbesserte nicht nur die zukünftigen Perspektiven für Ägypten, sondern viele Beobachter erhofften sich mit den neuen Gasreserven auch neue Möglichkeiten der regionalen Wirtschaftskooperation, die sich

wiederum positiv auf eine verstärkte politische Zusammenarbeit in der von vielen Konfliktlagen geprägten Region auswirken könnte. Im Jahr 2018 hatten die EU und Ägypten bereits ein Memorandum of Understanding (MoU) für eine verstärkte energiepolitische Zusammenarbeit verkündet, in dem auch die Möglichkeit des Exportes von Erdgas aus dem ägyptischen Gasfeld Zohr nach Europa vorgesehen war.

Abbildung 15: Hauptfunde von Gasfeldern im östlichen Mittelmeer vor dem Zohr-Gasfund Ägyptens

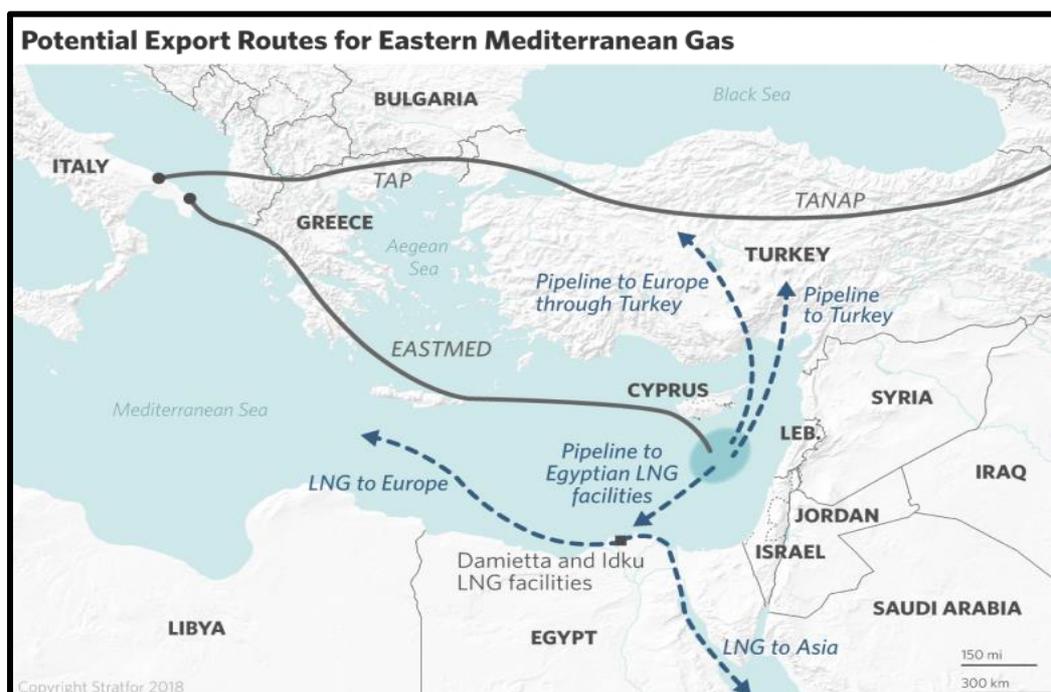
<b>Main gas discoveries in the Levant basin</b>			
<i>Country</i>	<i>Discovery year</i>	<i>Name</i>	<i>Estimated size (trillion cubic feet)</i>
Cyprus	2019	Glaucus-1	5.00-8.00
	2018	Calypso	4.55
Israel	2011	Aphrodite	5.00
	1999	Noa	0.04
	2000	Mari-B	1.50
	2009	Dalit	0.70
	2009	Tamar	10.00
	2010	Leviathan	19.00
	2011	Dolphin	0.08
	2012	Shimshon	0.3
	2012	Tanin	1.20
	2013	Karish	1.80
Palestinian Territories	2014	Royee	3.20
	2000	Gaza Marine	1.00

Quelle: GIS 2019.

Tatsächlich wurden zunächst eine Reihe bilateraler MoU unterzeichnet, die auch verstärkt europäische Energiekonzerne wie Eni aus Italien oder Total aus Frankreich einbezogen haben. 2019 verständigten sich Ägypten, Jordanien, Palästina, Israel, Zypern, Griechenland und Italien, unter Beteiligung der USA, der EU, Frankreich und der Weltbank, auf die neue multilaterale Kooperationsplattform „East Mediterranean Gas

Forum“ (EMGF). Während Frankreich ein offizielles Mitglied werden will, wollen die USA ihre Rolle auf einen permanenten Beobachter beschränken. Zugleich hat die EU ihre Energiekooperationen mit Israel und Ägypten verstärkt, weil dies die Möglichkeit von Erdgasexporten über die geplante EastMed-Erdgaspipeline von den israelischen Gasfeldern nach Zypern und dann weiter bis nach Griechenland und Italien eröffnet. Für die EU bietet dies eine weitere Möglichkeit der künftigen Erdgasdiversifizierung und Verringerung der Erdgaspipelineimportabhängigkeit von Russland, die nach den russisch-ukrainischen Gaskonflikten von 2006 und 2010 auf die höchste politische Agenda rückte und in der Gasdirektive von 2010 und Energiesicherheitsstrategie von 2014 sowie im Europäischen Rat (einschließlich durch Deutschland) verbindlich kodifiziert wurde. Mit der EastMed-Gaspipeline würde sich eine weitere Gasdiversifizierungsoption für den Südlichen Gaskorridor der EU eröffnen, nachdem die TANAP- und TAP-Gaspipelines gegen den massiven Widerstand Russlands gebaut wurden und inzwischen ihren Betrieb aufgenommen haben.

Abbildung 16: Potenzielle Exportrouten für Gas aus östlichem Mittelmeer



Quelle: Stratfor.com 2018.

Die finale Investitionsentscheidung für die 1.900 km lange und rund 5 Mrd. Euro teure EastMed-Gaspipeline (1.300 km Offshore und 600 km über Land) von Israel bis nach Griechenland (mit der Verlängerung der 300 km langen Poseidon-Unterwassergaspipeline nach Italien) sollte ursprünglich 2022 erfolgen und ihre Inbetriebnahme des Gastransportes nach Europa 2025. Im August 2019 hatten Zypern und Ägypten ein Abkommen vereinbart, das den Bau einer Gaspipeline von Zohr nach Zypern vorsieht, damit auch ägyptisches Erdgas in die EastMed-Pipeline nach Griechenland und Italien eingespeist werden kann. Im Januar 2020 hatten Griechenland, Zypern und Israel den Bau der Pipeline von seinen Aphrodite-Ishai Gasfeldern bekräftigt und im Juli 2020 hat die israelische Regierung ihre finale Zustimmung zum Abkommen mit den EU-Staaten gegeben.<sup>219</sup> Auch die USA haben das Projekt diplomatisch unterstützt.

Doch ist die trilaterale Pipelinekooperation ohne die politische-ökonomische Unterstützung der EU nicht ausreichend, um das EastMed-Gaspipelineprojekt voranzubringen. Dies gilt umso mehr, als die Pipeline von Beginn an auf den politischen Widerstand der Türkei traf. So würde die Türkei weder von der Pipeline direkt profitieren noch ihren geopolitischen Machtanspruch in der Region stärken können.

### *Die geopolitischen Ambitionen der Türkei im östlichen Mittelmeer*

Bisher konnte die Türkei selbst im östlichen Mittelmeer im Gegensatz zu den anderen Anrainerstaaten keine größeren Erdgasreserven in seiner AWZ entdecken und so auf größere Einnahmequellen hoffen. Der regionale Energieressourcenkonflikt eskalierte, weil die Türkei in der Nähe griechischer Inseln seit 2019 Probebohrungen für Erdgasressourcen durchführt und Griechenland damit seine territorialen Hoheitsrechte verletzt sieht. Die Türkei wiederum fordert einen Anteil der in den zyprischen

Hoheitsgewässern gefundenen Öl- und Gasressourcen, da der nördliche Teil Zyperns unter der Kontrolle der Türkischen Republik Nordzypern steht, die nur von der Türkei anerkannt wird. Nun droht Ankara, jede unilaterale Ausbeutung von Öl- und Gasreserven vor der zyprischen Küste notfalls mit militärischer Gewalt zu verhindern.<sup>220</sup>

Die türkische Regierung kündigte im Mai 2020 an, in drei bis vier Monaten mit der Erdgasförderung vor Zyperns Küste zu beginnen, was die geopolitische Position Griechenlands weiter geschwächt hätte. Die türkische Politik sieht das kleinere Griechenland durch die Wirtschaftskrise ohnehin der Möglichkeit einer militärischen Konfrontation mit der Türkei beraubt. Daher forderten Zypern und Griechenland die EU auf, harte Sanktionen gegenüber der Türkei zu verhängen. Ankara lehnte zuvor auch den Vorschlag der zyprischen Regierung ab, unabhängig von einer Lösung des Zypern-Konfliktes einen nationalen Staatsfond nach norwegischem Vorbild zu schaffen, der den Interessen sowohl der griechischen als auch türkischen Bevölkerung in Zypern gedient hätte. Währenddessen hat Griechenland jedoch diplomatisch seine Initiativen gestärkt und im Juni 2020 eine Vereinbarung mit Italien zur Abgrenzung der bilateralen Seegrenzen unterzeichnet.

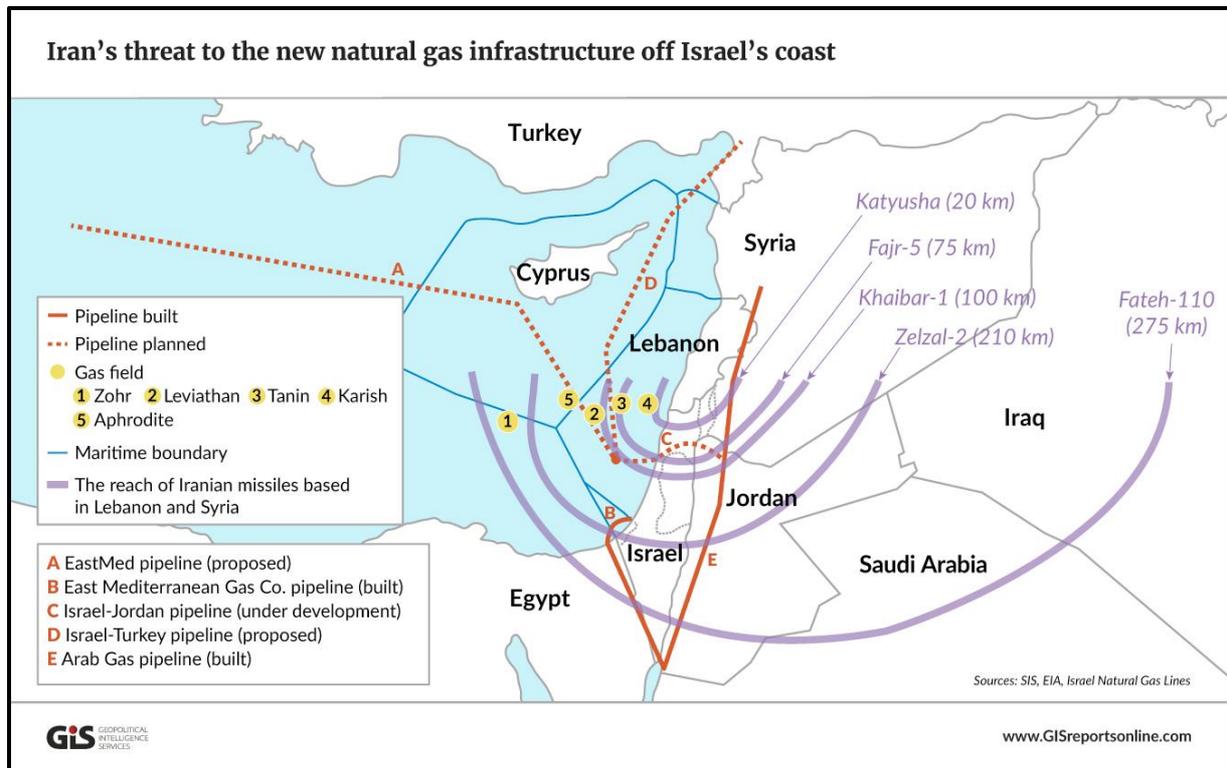
Aus Sicht der Europäischen Kommission und des Europäischen Parlaments sind die türkischen Erdgasbohrungen völkerrechtlich illegal. Entsprechend wurden die türkischen Bohrungen von den EU-Staats- und Regierungschefs in einer gemeinsamen Erklärung im Juni 2019 verurteilt. Auch die Kürzung von EU-Finanzmitteln, das auf Eis gelegte Luftverkehrsabkommen mit der Türkei oder die von der EU im Februar verhängten Einreiseverbote und Vermögenssperren haben Ankara jedoch nur zeitweise von der Fortsetzung der Erdgasbohrungen abgehalten.<sup>221</sup>

Währenddessen hat Griechenland seine diplomatische Position im östlichen Mittelmeer durch neue Abkommen mit Ägypten und Italien stärken können und sieht sich selbst auch als ein geopolitischer Türwächter für einen

kommerziellen afrikanisch-europäischen Korridor via Ägypten und einen ähnlichen Korridor zum Mittleren Osten und die Arabische Halbinsel sowie einer „transmediterranen Konnektivität“, bei der ebenfalls die regionalen Energiekooperationen eine herausragende Rolle spielen.<sup>222</sup>

Auch Israels außenpolitische Beziehungen mit der Türkei haben sich in den letzten Jahren deutlich verschlechtert, nachdem beide Länder über viele Jahre eine geheime enge sicherheitspolitische und nachrichtendienstliche Kooperation gepflegt hatten. Diese war für Israel mit Blick auf die Ausweitung des iranischen Einflusses in Syrien und Irak im Zuge der jeweiligen Bürgerkriege von Interesse, zumal die vom Iran unterstützte und wohl auch teils geführte Hisbollah ihren Einfluss im Libanon stetig stärken konnte. Die Sicherheitsbesorgnisse Israels haben sich in den letzten Jahren vor allem auf die Ambitionen Teherans gerichtet, über den Irak und das destabilisierte Syrien eine strategische Landbrücke bis nach Libanon und seine Mittelmeerküste zu errichten. Dies würde dem Iran ermöglichen, mit der direkten Unterstützung der Hisbollah und den von ihr kontrollierten paramilitärischen Kräften Israel sowohl direkt auf dem Landweg als auch indirekt durch den Schiffsverkehr im Mittelmeer und die neuen israelischen Offshore-Öl- und Gasförderinfrastrukturen anzugreifen. So sollen die iranischen Revolutionsgarden unterirdische Waffenfabriken entlang der irakisch-syrisch-libanesischen Landbrücke angelegt und bis zu 10.000 Kurzstreckenraketen mit immer größeren Reichweiten gehortet und disloziert haben.<sup>223</sup>

Abbildung 17: Iranische Raketenbedrohungen für Israels Offshore-Erdgasinfrastrukturen



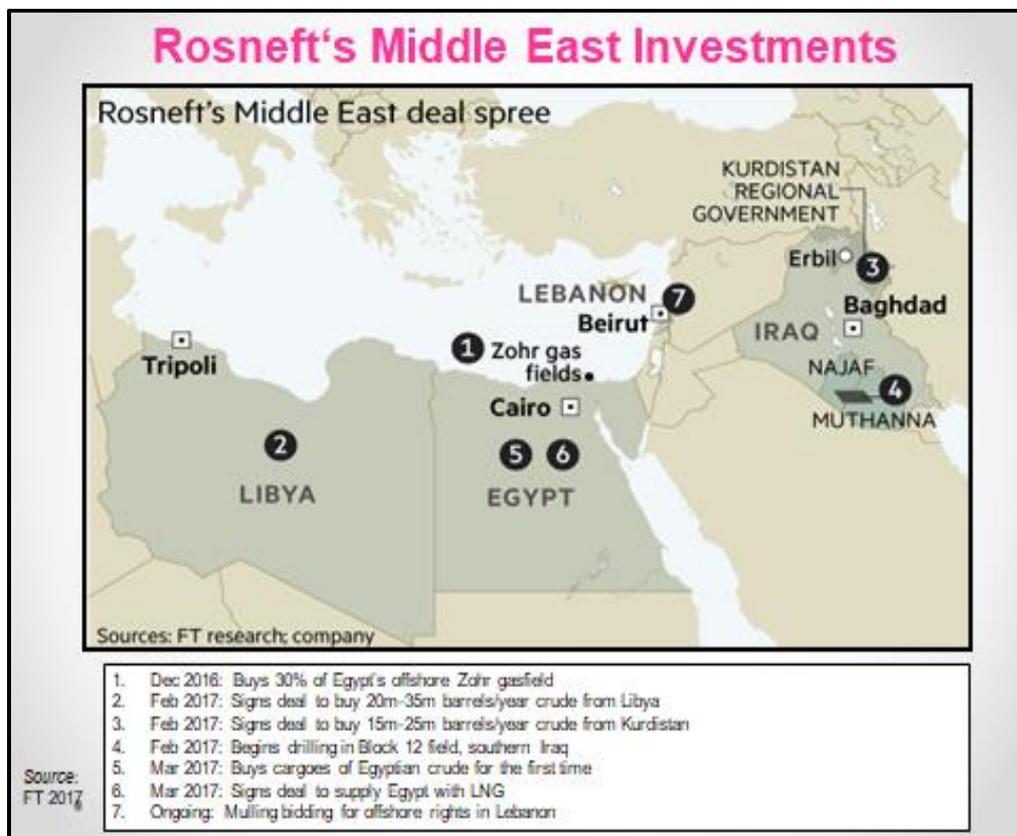
Quelle: GIS 2019.

Doch mit der Förderung islamistischer Gruppierungen in der Region sieht Israel in dem Ausgreifen der machtpolitischen Ambitionen des türkischen Präsidenten Erdogan eine Gefahr nationaler Sicherheit. Damit sitzt Israel gemeinsam mit Ägypten, den VAE und anderen arabischen Staaten in einem Boot, welche die türkische Außenpolitik und militärische Intervention in den Libyen-Konflikt mit größtem Misstrauen verfolgen. Auch sieht Israel das von seiner Seite forcierte EastMed-Gaspipeline-Projekt von der Türkei gefährdet, nachdem ein israelisches Forschungsschiff Ende 2019 aus den zyprischen Gewässern eskortiert wurde (obwohl die Türkei eigentlich hier keine Hoheitsrechte hat) und Ankara erklärte, dass Israel für das Pipeline-Projekt die offizielle Zustimmung der türkischen Regierung benötige. Im Februar 2021 haben Israel und Ägypten den Bau einer Gaspipeline von dem

israelischen Leviathan-Gasfeld zu den ägyptischen LNG-Exportterminals beschlossen, was Israel neue Gasexportoptionen eröffnet.<sup>224</sup>

Hierbei gibt es auch eine energiepolitische Interessenallianz der Türkei mit Russland, da auch Moskau weder ein Interesse an der Realisierung der EastMed-Gaspipeline noch an sonstigen EU-Gasdiversifizierungsprojekten hat. Bereits in der Vergangenheit versuchte Moskau durch Korruption, Desinformationskampagnen und alternative Gaspipelineprojekte (wie die South Stream und Turk Stream-Gaspipelines) das TANAP-TAP-Gasnetzwerk des Südlichen Gaskorridors von Aserbaidschan, der Türkei, Griechenlands, Albanien und Italiens mit allen Mitteln zu sabotieren, weil dies für Russland künftig verringerte Erdgasexporte nach Europa zur Folge haben würde und damit auch seinen geopolitischen Einfluss in Südosteuropa und dem östlichen Mittelmeer schwächen würde.

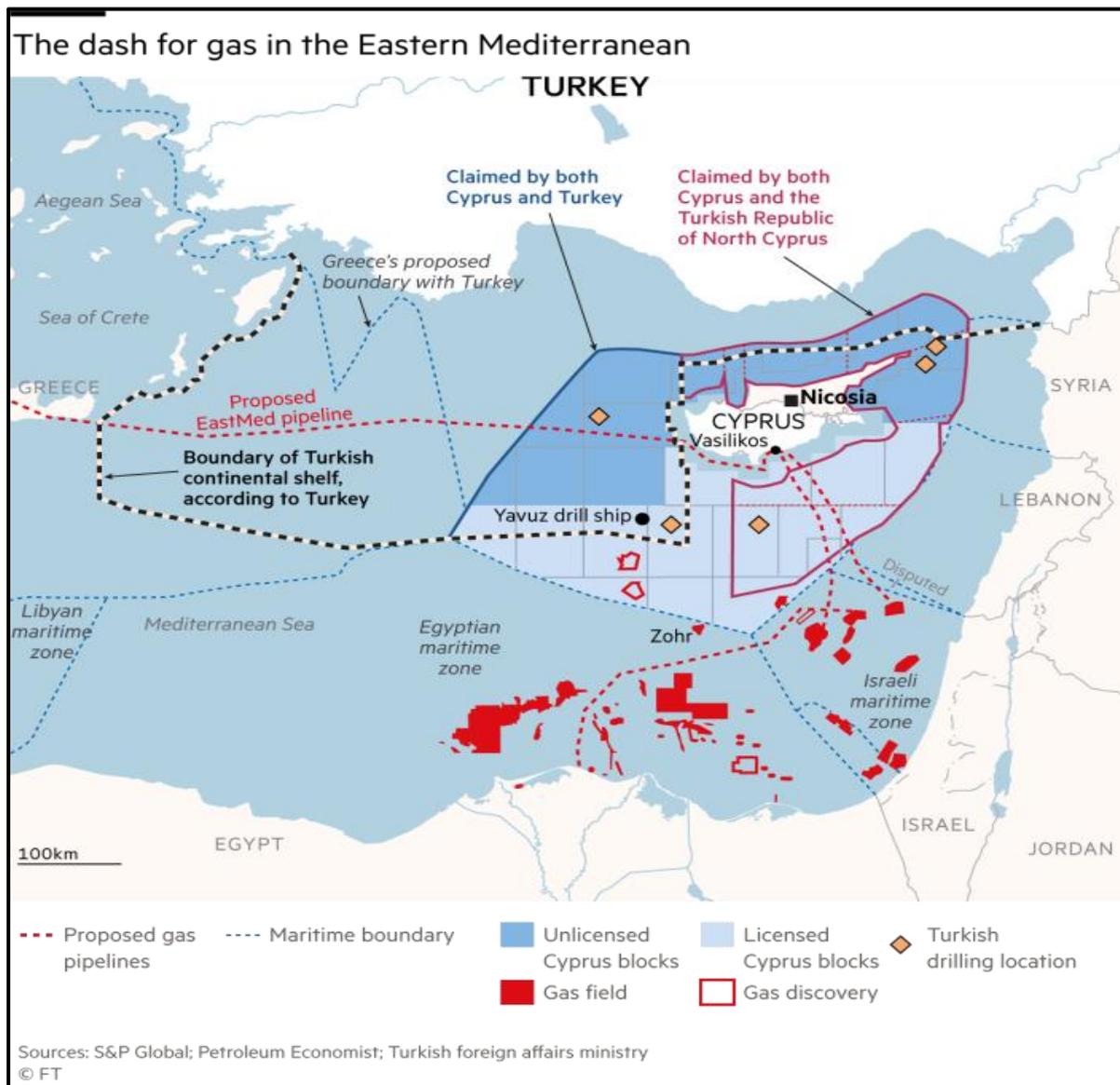
Abbildung 18: Rosnefts Investitionen in Energieprojekte im östlichen Mittelmeer



Quelle: Financial Times 2017.

Dies ging vor einigen Jahren bereits so weit, dass der Kreml Israel anbot, keine hochmodernen S-400 Luftabwehrraketen an Syrien zu liefern (welche die israelische Luftüberlegenheit in Frage stellen könnte), wenn sich die israelische Regierung bereit erklärt, kein Erdgas nach Europa zu liefern.<sup>225</sup> Währenddessen kaufte sich der russische Öl- und Gaskonzern Rosneft in eine Vielzahl von Erdgasprojekten im Mittelmeerraum ein, die dem Konzern ein Mitsprache- oder gar Vetorecht beim Export der regionalen Gasexporte nach Europa einräumen. Russische Kommentare ließen zudem bereits in der Flüchtlingskrise von 2015/2016 erkennen, dass Russlands politischer Einfluss und die Kontrolle in Syrien, Irak und Libyen dem Kreml jederzeit die Möglichkeit geben würde, die Schleusentore von Flüchtlingsströmen nach Europa zu öffnen und die EU-Staaten unter innenpolitischen Druck zu setzen.

Abbildung 19: Die AWZs der Anrainerstaaten im östlichen Mittelmeer



Quelle: Financial Times 2020.

Der Konflikt zwischen Griechenland und der Türkei um die regionalen Öl- und Gasreserven wird zudem von den geopolitischen Ambitionen der Türkei als eine regionale Vormacht im Mittelmeerraum überlagert. Im November 2019 hatte die Türkei mit der international anerkannten libyschen Einheitsregierung von Premierminister Fajis al-Sarradsch eine Abmachung getroffen, die einerseits eine direkte militärische Unterstützung (militärische Ausrüstung und bis zu 15.000 angeworbene syrische Söldner) der Türkei im libyschen Bürgerkrieg auf Seiten der libyschen Einheitsregierung vorsieht, die

– trotz der Unterstützung von Katar und der islamistischen Muslimbrüder – bis Frühjahr dieses Jahres immer mehr in die militärische Defensive gegenüber dem vorrückenden General Khalifa Haftar und seiner Libysch-Nationalen Armee geriet, der vor allem von Russland, aber auch von Frankreich, den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE) und Ägypten (das innenpolitisch die Muslimbruderschaft massiv bekämpft) unterstützt wird. Dafür war die libysche Einheitsregierung bereit, eine Neuaufteilung der Seegrenzen mit der Türkei zuzustimmen, die völkerrechtlich jedoch höchst umstritten ist, da es die Grenzen des türkischen Seegebiets im östlichen Mittelmeer erheblich ausweitet. Dies hat Ankara die Möglichkeit geboten, auch in den von Libyen beanspruchten Gewässern südlich der griechischen Insel Kreta seine Seestreitkräfte einzusetzen und auch nach Öl- und Gasressourcen zu bohren. Libyen ist für die Türkei aber auch aufgrund der größten Erdölreserven Nordafrikas von besonderem geostrategischen Stellenwert. Demgegenüber scheint die Regierung in Athen ihre Kontakte auch mit der libyschen Gegenregierung von General Haftar gestärkt zu haben, der zum bilateralen Abkommen zwischen Athen und Rom offiziell gratuliert hat.

Da sich in Libyen auch unterschiedliche muslimische Fraktionen sowie politische Klans und Stämme bekämpfen, schafft dies eine äußerst unübersichtliche Gemengelage, die eine politisch-diplomatische Friedenslösung aufgrund zahlreicher und unterschiedlichster Interessenslagen erschwert oder gar unmöglich macht. Auch das auf der Berliner Libyenkonferenz im Januar 2020 beschlossene Waffenembargo wird von beiden Seiten offenbar unterlaufen, zumal die Einhaltung des Abkommens nicht wirksam durchgesetzt werden kann.

## **Strategische Perspektiven**

In der Vergangenheit hat die Türkei ihren energie- und außenpolitischen Interessen sowie der Kooperation mit dem Westen zumeist Vorrang gegenüber innenpolitischen Fragen eingeräumt. Dies hat sich in den letzten Jahren geändert, da es zu den Charakteristika zählt, innenpolitischen Antriebskräften einen breiten Raum zu gewähren, um das Machtsystem der AKP weiter zu festigen.

Die kommerziellen Aussichten für die Entwicklung der regionalen Gasfelder im östlichen Mittelmeer hatten sich bereits vor Ausbruch der globalen Pandemie infolge der weltweiten Gasmarktüberschwemmung als Resultat der US Fracking-Revolution, der LNG-Technologieinnovationen und der Entwicklung neuer kurzfristiger sowie flexibler Gasverträge bereits erheblich eingetrübt. Mit dem Ausbruch der Corona-Pandemie und des weltweiten Wirtschaftseinbruchs sowie entsprechender Verluste der Energiekonzerne sind derzeit viele Investitionsprojekte entweder bereits aufgegeben oder die finalen Investitionsentscheidungen für eine unbestimmte Zeit vertagt worden. Mit der Verkündung des European Green Deal (EGD) der EU seit Dezember 2019 will diese prinzipiell keine neuen fossile Energieprojekte (und damit auch keine neuen konventionellen Gasprojekte) mehr fördern, sondern nur Ausnahmen bei besonderen Umständen gewähren, so dass die politisch-finanzielle Unterstützung der EastMed-Pipeline auch von europäischer Seite nicht länger gesichert ist, da ein Bau ohnehin erst nach 2025 fertig gestellt werden dürfte. So hatten im Pandemiejahr 2020 eine Vielzahl von Gasfirmen ihre Offshore-Förderung im östlichen Mittelmeer aufgrund der fallenden Nachfrage und der vergleichsweise hohen Explorationskosten vorerst eingestellt.<sup>226</sup>

Die zunehmende Konkurrenz auf den weltweiten Öl- und Gasmärkten hat sich auch bei den Gasprojekten im östlichen Mittelmeer verstärkt. Während auch die VAE das EastMed-Gaspipelineprojekt unterstützen, läuft dies den Interessen Katars – als dem global größten LNG-Exporteur (in 2019 von

Australien zeitweise abgelöst) – zuwider, welches seine Exporte auch in den nächsten Jahren trotz globaler Überversorgung auf den Gasmärkten weiter ausbauen will. Durch den Bau der EastMed-Gaspipeline könnten sich die LNG-Exporte Katars nach Europa halbieren. Katar ist zudem im Libyen-Konflikt mit der Türkei und der libyschen Einheitsregierung gegen seine arabischen Nachbarstaaten verbündet.

Seit 2016 hat Russland die strategische Gelegenheit genutzt, seine Energiebeziehungen und die Zusammenarbeit mit der Türkei zu verbessern. Währenddessen hatte Ankara seine Annäherung an Moskau vor dem Hintergrund einer Ausweitung der kurdischen Vorstöße in Syrien forciert. Damit hat der Kreml die Möglichkeit gesehen, die Abhängigkeit der Türkei von ihren Gaslieferungen und bei der bilateralen nuklearen Zusammenarbeit zu erhöhen und seinen geopolitischen Einfluss im Nahen und Mittleren Osten weiter auszubauen. Doch die Türkei ist auch ökonomisch für Russland von immer größerem Interesse geworden, zumal sie – nach Deutschland – der zweitgrößte Gasexportmarkt in Europa ist.

Mit den europäischen Bedenken über eine wachsende Abhängigkeit der Türkei von russischen Gasimporten in Europa sind auch die Besorgnisse gestiegen, dass eine zunehmende energie- und außenpolitische Allianz zwischen der Türkei und Russland auch das Prestigeprojekt der EU des Südlichen Gaskorridors und das türkisch-aserbaidische Gaspipelinennetz von TANAP und TAP beeinträchtigen könnte. So könnte der Bau einer dritten und vierten Leitung von TurkStream die EU-Gasimportprojekte des Südlichen Gaskorridors und jede kommerziell notwendige Erweiterung von Gasimporten über das TANAP-TAP-Gasnetz gefährden, über die zusätzliche aserbaidische, kurdische oder sogar turkmenische Gaslieferungen (über eine derzeit aber eher unrealistische transkaspische Gaspipeline) nach Europa möglich wären.

Doch für die nahe Zukunft erscheint weder eine dritte oder vierte TurkStream-Gaspipeline noch eine Erweiterung der Kapazitäten des TANAP-TAP Gaspipelinennetzwerkes realistisch. Allerdings hat die Türkei auch kein wirkliches Interesse an einer weiter steigenden Energieimportabhängigkeit von Russland. Gleichwohl wird sie auf russische Gaslieferungen vor dem Hintergrund des Energiebedarfsanstiegs mittelfristig angewiesen bleiben. Aber genau aus diesem Grund und zur Ausweitung ihres regionalen Machtanspruchs hat die Türkei ihre frühere Außen- und Sicherheitspolitik der Zurückhaltung zunehmend aufgegeben und forciert eine zunehmend nationalistische Außenpolitik, die immer stärker auch ihre militärischen Fähigkeiten für eine regionale Machtprojektion nutzt. Dies aber wird unweigerlich neue Konflikte mit Nachbarstaaten in der Region zur Folge haben, was wiederum auch das Resultat eines Rückzuges des amerikanischen Engagements sowohl auf diplomatischer Ebene als auch militärisch in der Region ist. Dieses geopolitische Machtvakuum war in den letzten Jahren sowohl durch die Türkei als auch Russland zunehmend ausgefüllt worden und hat viele neue Instabilitäten geschaffen. Ob die neue US-Administration unter Joe Biden sich wieder stärker in der Region sowohl diplomatisch als auch militärisch engagieren wird, bleibt vorerst abzuwarten. Die bilateralen Beziehungen zwischen den USA und der Türkei könnten kurzfristig sogar konfliktreicher werden, wenn die neue US-Außenpolitik sich eher als wertorientiert als pragmatisch erweisen sollte.

Mit dem außenpolitischen Schwenk der Türkei in Richtung Russland waren zunächst ihre Bemühungen, die Energieabhängigkeit von Russland zu verringern und ihre Gasimporte zu diversifizieren, deutlich schwieriger geworden. Das kommt Moskaus geopolitischen Interessen in Südosteuropa zugute. Doch ist Ankara gegenüber der kurdischen Seite immer misstrauischer geworden, als die kurdische Regionalregierung nach einem regionalen Referendum ihre staatliche Unabhängigkeit erklärte.

Demgegenüber waren die amerikanischen und französischen Truppen, die östlich des Euphrat operieren, weiterhin auf syrisch-kurdische Kämpfer der Volksschutzeinheit angewiesen, die in Ankara als Terrororganisation und Arm der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) angesehen wird. Auch hieraus resultierte eine Entfremdung der türkischen Außenpolitik gegenüber den USA und der EU. Dies aber machte jegliche Ausweitung der Gasexporte in die Türkei und die Versorgung des TANAP-TAP-Pipelinenetzes in den letzten Jahren unmöglich.

Erdogans Hinwendung zu Russland ist überraschend angesichts der tief verwurzelten historischen Angst des Landes vor Russland sowie der Sorge, zu abhängig von Russlands Gaslieferungen zu werden. Auch der Zwischenfall des Abschusses eines russischen Kampfflugzeuges durch die türkische Luftwaffe 2015 und die Ermordung des russischen Botschafters in Ankara 2016 haben die geopolitische Annäherung zwischen Moskau und Ankara nicht aufheben können. Doch die Erosion der bilateralen Gasbeziehungen signalisiert auch, dass die Türkei weiterhin versuchen wird, die ökonomische und energiepolitische Abhängigkeit von Russland eher weiter zu reduzieren als auszubauen. Zudem könnten sich die neu gefundenen Gasvorkommen im Schwarzen Meer als ein „Game Changer“ für die Türkei erweisen, der vor allem gegenüber Moskau den Verhandlungsspielraum Ankaras deutlich erhöhen wird. Die Verhandlungen für die Anpassung der bestehenden Gasverträge mit Russland zur Reduzierung der Preise und Anpassung an flexiblere Liefermöglichkeiten dürfte daher äußerst schwierig werden. Dabei hat nun Russland die schlechteren Karten und muss sich auf eine noch selbstbewusstere Türkei einstellen. Tendenziell dürften ohnehin schwelende bilaterale Interessenskonflikte künftig eher zu- als abnehmen.

---

<sup>163</sup> Vgl. hierzu Frank Umbach, Turkey's Energy Foreign Policy at a Crossroads, Geopolitical Intelligence Service (GIS), 11.9.2018 und Michael Leigh, The EU and Turkey: Between Confrontation and Conciliation, GIS, 7.12.2020.

---

<sup>164</sup> Vgl. hierzu Büland Aydin Ertekin, Could Turkey be a Dominant Regional Power? The Rise of Turkey as a Country of Middle-East and Europe, in: *Alternatives: Turkish Journal of International Relations*, Nr. 14, Yalova 2012 und Dalacoura, A new Phase in Turkish Foreign Policy: Expediency and AKP Survival, in: *MENARA-Papers*, Februar 2017.

<sup>165</sup> Vgl. hierzu Frank Umbach, Dilemma: Brussels or Moscow?, *GIS*, 2.11.2017.

<sup>166</sup> Vgl. hierzu Ivan Starodubtsev, Ties Binding Turkey and Russia more Diverse than ever, *Daily Sabah*, 28.1.2020.

<sup>167</sup> Vgl. hierzu Omid Shokri, Energy Resources and the New Great Game in the Eastern Mediterranean, *Eurasia Daily Monitor*, Vol. 17, Issue: 237, 1.10.2020; Ruslan Mamedov, The Energy Sector, Competition and Security in Eastern Mediterranean, *Russian International Affairs Council (RIAC)*, Moscow, 15.12.2020; Ya'acov Zalel, Eastern Med and the Pax Americana, in: *Natural Gas World (NGW)*, Vo.5, Issue 21, 9.11.2020 und Laura Pitel und David Sheppard, Turkey Fuels Regional Power Game over Mediterranean Gas Reserves, *Financial Times (FT)*, 19.7.2020.

<sup>168</sup> Vgl. hierzu How to Defuse Tensions in the Eastern Mediterranean, *Crisis Group*, 22.9.2020; Michael Leigh, An Appropriate European Union Response to Tensions in the Eastern Mediterranean, abrufbar unter: [www.bruegel.org](http://www.bruegel.org), (28.8.2020); Gila Segal und Rony Halman, Why the EU should Care about one Gas Dispute in the Eastern Mediterranean, *Euractiv.com*, 25.6.2020 und Dempsey, European Foreign Policy is Drowning in the Mediterranean, *Carnegie Europe*, 29.9.2020.

<sup>169</sup> Vgl. hierzu Daniel-Dylan Böhmer u.a., Das gefährliche Spiel im Mittelmeer, *Die Welt*, 15.6.2020, S. 8.

<sup>170</sup> Vgl. hierzu Carolina Drüten, Störfaktor Türkei, *Welt am Sonntag*, Nr. 29, 19.7.2020, S.7.

<sup>171</sup> Vgl. hierzu Frank Umbach, Dilemma: Brussels or Moscow?.

<sup>172</sup> Eine gute Übersicht über alle regionalen Pipelines bieten Gina Cohen, *Natural Gas Import and Export Routes in South-East Europe and Turkey*, Working Paper No. 26, *Institute of Energy (IENE)*, Athen, Juli 2019 und *GIS Dossier: How Turkey Scored Big in the Gas Pipeline Game*, *GIS*, 31.10.2018.

<sup>173</sup> Vgl. hierzu Michael Tanchum, How Did the Eastern Mediterranean Become the Eye of a Geopolitical Storm, *Foreign Policy*, 18.8.2020; Ankara legt die Hand an den europäischen Gashahn, *FAZ*, 5.5.2018, S. 22 und Daniel-Dylan Böhmer, 'Wir müssen die EU schützen', *Die Welt*, 8.11.2020, S.10.

<sup>174</sup> Vgl. hierzu Anteil erneuerbarer Energien in der Türkei steigt, in: *Hurriyet.de*, 4.5.2020, abrufbar unter: [https://www.hurriyet.de/news\\_anteil-erneuerbarer-energien-in-der-tuerkei-steigt92128\\_143536535.html](https://www.hurriyet.de/news_anteil-erneuerbarer-energien-in-der-tuerkei-steigt92128_143536535.html). Siehe auch die neue Studie der Internationalen Energieagentur (IEA), *Turkey 2021, Energy Policy*, Paris, März 2021.

<sup>175</sup> Vgl. hierzu Elif Gündüzyeli, A Chinese Coal Plant Highlights Turkey's Flawed Energy Policy, in: *China Dialogue.net*, 3.9.2020.

<sup>176</sup> Vgl. hierzu BP, *Statistical Review of World Energy 2020*, 69<sup>th</sup> Edition, London, Juni 2020, S. 36.

<sup>177</sup> Vgl. Frank Umbach, Der European Green Deal. Strategische Perspektiven und Auswirkungen der Corona-Pandemie, in: *Politische Studien* (hrsg. von der Hanns-Seidel-Stiftung, München), N. 494, November-Dezember 2020, S. 50-59 und ders., Europas Plan für Klima und Umwelt, in: *Internationale Politik*, Juli 2020, S. 78-82.

<sup>178</sup> Vgl. hierzu Frank Umbach, Why Azerbaijan Chose the Trans-Adriatic Pipeline Route over Nabucco-West" *GIS*, 3.9.2013.

<sup>179</sup> Vgl. hierzu Frank Umbach, EU's Credibility at Stake over South Stream Pipeline, *GIS*, 26.8.2014; ders., Gasversorgungssicherheit in Deutschland und in der EU. Bedeutung, Herausforderungen und strategische Perspektiven, in: *Politische Studien* (hg. Von der Hanns-Seidel-Stiftung), September-Oktober 2014, S. 28-40 und ders., Strategic Perspectives of the EU's Energy Union and its Southern Gas Corridor, *Caspian Report*

---

2/2015, Hazar-Foundation/Caspian Strategy Institute, Istanbul/Turkey, Spring 2015, Issue 9, S. 10-25.

<sup>180</sup> Vgl. hierzu Frank Umbach, European Gas Supply Security Remains Uncertain after Pipeline Route Selection, GIS, 15.10.2013.

<sup>181</sup> Vgl. hierzu Gina Cohen, Natural Gas Import and Export Routes in South-East Europe and Turkey, 2019.

<sup>182</sup> Vgl. hierzu Frank Umbach, Energy Dilemma: Brussels or Moscow?.

<sup>183</sup> Vgl. hierzu Pavel Lokshin und Carolina Drüte, Gemeinsam gegen Europa, Die Welt, 8.1.2020 und TurkStream: Russia's Newest Gas Pipeline to Europe, Congressional Research Service, 5.2.2020.

<sup>184</sup> Vgl. hierzu Frank Umbach, Southern Gas Corridor Project Holds Promise for EU Energy Security, GIS, 22.10.2015.

<sup>185</sup> Vgl. hierzu Rauf Mammadov, Turkey Makes Strides in Diversifying its Natural Gas Imports, Eurasia Daily Monitor, Vol. 17, Issue: 97, 6.7.2020.

<sup>186</sup> Vgl. hierzu Gulmira Rzayeva, The Renewal of Turkey's Long-Term Contracts: Natural Gas Market Transition or 'Business as Usual'?, Oxford Institute for Energy Studies (OIES), September 2020, S. 17.

<sup>187</sup> Vgl. hierzu Turkey: LNG Intake Rises. Country Focus, LNG Condensed, Vol. 2, Issue 3, März 2020.

<sup>188</sup> Im Gegensatz zu Gasressourcen, die alle potenziellen Gasmengen umfasst, werden Gasreserven dahingehend definiert, dass diese auch als technisch und kommerziell profitabel förderbar gelten und diese Einstufung immer auch von Marktpreisen sowie technologischen Möglichkeiten abhängen. So waren bis etwa 2009 die unkonventionellen Gasressourcen in den USA nicht als Gasreserven der USA klassifiziert worden, was sich erst mit der Fracking-Revolution geändert hat.

<sup>189</sup> Vgl. hierzu James M. Dorsey, Turkey Signals Sweeping Regional Ambitions, 22.2.2021; Christine Kensche, Es geht um die Macht im Mittelmeer, Die Welt, 8.11.2020, S. 10 und Hackensberger, Erdogans Expansionspläne, Die Welt, 30.7.2020, S. 7.

<sup>190</sup> Vgl. hierzu Geo-economics and Israel's Gas Exports in the Eastern Mediterranean, Strategic Comments, IISS, London, Vol. 26, Comment 24, Oktober 2020.

<sup>191</sup> Vgl. hierzu BP, Statistical Review of World Energy 2020, 69<sup>th</sup> Edition, London, Juni 2020, S. 32 and 34.

<sup>192</sup> Vgl. hierzu ebda., S. 36.

<sup>193</sup> Vgl. hierzu Frank Umbach, Turkish Stream – Reality or Pipe Dream?", GIS, 18.9.2015.

<sup>194</sup> Vgl. hierzu Aliyar Azimov, TANAP is Inaugurated: What Southern Gas Corridor Promises to Europe, naturalgasworld.com, 30.1.2020 und Powell, AXPO: Mission Accomplished, Natural Gas World, Vol. 6, Issue 3, Februar 2021, S. 4-6.

<sup>195</sup> Vgl. hierzu Frank Umbach und Joachim Pfeiffer, Germany and the EU's Hydrogen Strategies in Perspective – The Need for Sober Analyses, Periscope-Occasional Analysis Brief Series No.1, Konrad Adenauer-Foundation-Australia, Canberra, August 2020 und dies., Künftiger Energieträger Wasserstoff: Geraten wir in neue Abhängigkeiten?, Europäische Sicherheit&Technik, März 2021, S. 33-37.

<sup>196</sup> Vgl. hierzu Stefan Hedlund, The Nagorno-Karabakh War's Double tragedy for Armenia, GIS, 17.2.2021.

<sup>197</sup> Vgl. hierzu Laura-Mai Gaveriaux, Gas War with Russia drives Turkey in the Caucasus, Asia Times 21.10.2020.

<sup>198</sup> Vgl. hierzu Laura-Mai Gaveriaux, Gas War with Russia Drives Turkey in the Caucasus, Asia Times, 21.10.2020.

<sup>199</sup> Vgl. hierzu Stefan Hedlung, Georgia Is Slowly Moving into Turkey's Orbit, GIS, 4.2.2021.

<sup>200</sup> Vgl. hierzu ders., Turkey Maneuvers to Become a Regional Energy Baron, GIS, 19.1.2021.

<sup>201</sup> Vgl. hierzu Joseph Murphy, Caspian Friendship: Too Little, Too Late, naturalgasworld.com, 19.2.2021.

---

<sup>202</sup> Vgl. hierzu Frank Umbach, First Steps in Turkmenistan Deal to Supply Gas to Europe, GIS, 9.7.2015.

<sup>203</sup> Vgl. hierzu Frank Umbach und Slawomir Raszewski, Strategic Perspectives for Bilateral Energy Cooperation between the EU and Kazakhstan - Geo-economic and Geopolitical Dimensions in Competition with Russia and China's Central Asia Policies, Konrad-Adenauer-Foundation/EUCERS, Berlin-Astana, EUCERS-Strategy Paper No.8, Februar 2016; Frank Umbach, First Steps in Turkmenistan Deal to Supply Gas to Europe und ders., Turkmenistan's Gas Reserves Add to the Geopolitics of Eurasia – Part III, GIS, 28.3.2012.

<sup>204</sup> Vgl. hierzu Frank Umbach, "Energy Dilemma: Brussels or Moscow?".

<sup>205</sup> Vgl. hierzu John M. Roberts, The Impact of Turkish Stream on European Energy Security and the Southern Gas Corridor, Atlantic Council of the U.S. (ACUS), Juli 2015.

<sup>206</sup> Vgl. hierzu Completing Europe. From the North-South Corridor to Energy, Transportation and Telecommunications Union. A joint Report by the Atlantic Council and Central Europe Energy Partners (CEEP), 2014; Roberts, Three Pipelines and Three Seas: BRUA, TAP, the IAP and Gasification in Southeast Europe, ACUS, September 2018; ders., Completing Europe. Gas Interconnections in Central and Southeastern Europe - An Update, ACUS, August 2016; Making It Happen. Paving the Way for the Central European North-South Infrastructure Corridor, Policy Paper of CEEP and Roland Berger, September 2015 und Simon Pirani, Let's not Exaggerate: Southern Gas Corridor Prospects to 2030, OIES-Paper NG. 135, the Oxford Institute for Energy Studies (OIES), Juli 2018.

<sup>207</sup> Vgl. hierzu Stefan Hedlund, Turkey Maneuvers to Become a Regional Energy Baron, und Rauf Mammadov, Turkey Makes Strides in Diversifying its Natural Gas Imports.

<sup>208</sup> Vgl. hierzu David O'Byrne, Turkey's Difficult Balancing Act, Natural Gas World, Vo. 5, Issue 6, 16.3.2020, S. 20-23; ders., Byzantine Goings-on in the Balkans, ibid., Vol. 6, Issue 3, 1.2.2021, S. 23; Askolsum und Vassilev, The Demise of Kremlin's Turk Stream Strategy – 2020 Feeling like 1990, in: Alternatives & Analyses, 24.5.2020.

<sup>209</sup> Vgl. hierzu Mihajlo Jakovjev, Turkey's Gas Ambitions. Policy Paper, Institute for Politics and Society, October 2020; Gina Cohen, Turkey's Gas Find in the Black Sea: How Big Is the Tuna?, ACUS, 14.9.2020; Laura Pitel und David Sheppard, Turkey Hails Big Gas Discovery in the Black Sea, FT, 21.8.2020; Hasan Selim Özertem, Turkey's New Gas Discovery in the Black Sea and its Potential Implications, IFRI, 1.10.2020 und Sohbet Karbuz und Baris Sanli, Turkey's Black Sea Natural Gas Discovery: Brief History and Implications. Energy Policy Research Center, Ankara, August 2020.

<sup>210</sup> Vgl. hierzu Gulmira Rzayeva, The Renewal of Turkey's Long-Term Contracts: Natural Gas Market Transition or 'Business as Usual?', S. 3ff. und 18.

<sup>211</sup> Vgl. hierzu Frank Umbach, Turkish Stream – Reality or Pipe Dream?, GIS, 18.9.2015.

<sup>212</sup> Vgl. hierzu Sberbank CIB, Russian Oil and Gas. Tickling Giants, Investment Research, Moskau, April 2018.

<sup>213</sup> Vgl. hierzu zur französischen Politik Dakka, Will Macron or Erdogan Back Down in the Eastern Mediterranean Gas Crisis?, World Policy Review, 9.9.2020; Daniel-Dylan Böhmer, Eine Waffenruhe und Extreme Gefahren, Die Welt, 22.8.2020, S. 8; Martina Meister, Macrons Kampf im Mittelmeer, Die Welt, 19.8.2020, S.7.

<sup>214</sup> Vgl. hierzu Boris Kalnoky, Im Ernstfall ist Ankara bereit, zu den Waffen zu greifen, Die Welt 13.7.2020, S. 6.

<sup>215</sup> Vgl. hierzu Alexandra Brzozowski und Sarantis Michalopoulos, EU to Sanction Turkey's Energy Sector, Pushes for De-Escalation, Euractiv.com, 28.8.2020.

<sup>216</sup> Vgl. hierzu Judy Dempsey, European Foreign Policy is Drowning in the Mediterranean und Alfred Hackensberger, Eskalation im Mittelmeer, Die Welt, 14.8.2020, S.10.

<sup>217</sup> Vgl. hierzu What's Driving Turkish Aggression in the Mediterranean Sea, Stratfor.com, 9.9.2020; After a Five-Year Hiatus, Turkey and Greece Starts Talks, ebda., 26.1.2021 und Sheppard/Pitel/Peel, What Is at Stake in the Eastern Mediterranean Crisis, FT, 8.9.2020.

---

<sup>218</sup> Vgl. hierzu Gas Fields and Tensions in the Eastern Mediterranean, Euractiv.com, 26.10.2020.

<sup>219</sup> Vgl. hierzu Geopolitics and Weak Demand will Crimp Development of Gas Reserves, Eurasia Group, 3.9.2020.

<sup>220</sup> Vgl. hierzu Laura Pitel, "Erdogan Warns that Turkey will 'Never Make Concessions' in Eastern Mediterranean", FT, 26.8.2020.

<sup>221</sup> Vgl. hierzu Kerin Hope und Laura Pitel und Michael Peel, Tensions Rise as Turkish Vessel Resumes Exploration in Eastern Med, FT, 12.10.2020.

<sup>222</sup> Vgl. hierzu Michael Tanchum, Greece's Rise as a Trans-Mediterranean Power: Greece's Eastern Mediterranean Strategic Shift to Europe-to-Africa and Europe-to-Middle East Connectivity, Policy Paper #56, Hellenic Foundation for European & Foreign Policy (ELIAMEP), 25.2.2021.

<sup>223</sup> Vgl. hierzu Frank Umbach, U.S.-Iran Confrontation Puts the EU in a Quandary, GIS, 17.1.2019 und ders. Aufbruch ins Nirwana? Die Beziehungen Deutschlands und der EU mit Iran nach der Aufkündigung des Nuklearabkommens, in: Europäische Sicherheit & Technik, September 2018, S. 13-17.

<sup>224</sup> Vgl. hierzu "Israel to Connect Leviathan with Egyptian LNG Plants: Update", Reuters, 21.2.2021.

<sup>225</sup> Vgl. hierzu Frank Umbach, EU Energy Supply and its Strategic Interests for Interregional Energy Cooperation with the Eastern Mediterranean Rim, Konrad-Adenauer Foundation (KAS), Tunis, Juni 2017, S. 7.

<sup>226</sup> Vgl. hierzu Charles Ellinas, The Role of Gas in the New European Energy Environment and the Importance of the East Mediterranean, IENE Working Paper No.29, Institute of Energy for South-East Europe (IENE), Athens 2020; Carole Nakhle, Eastern Mediterranean Gas Outlook Gets Murkier, GIS, 15.7.2020 und The East Med Continues to be in the Limelight, abrufbar unter: [www.newseurope.eu](http://www.newseurope.eu), (1.12.2020).





## Kurzbiografien

### **Franz Karg**

Franz Karg ist *Junior Policy Analyst* in der Abteilung Regulierungspolitik bei der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) in Paris. Derzeit verfasst er eine Dissertation zum rechtlichen Umgang mit letalen autonomen Waffensystemen in der Bundesrepublik Deutschland. Er studierte Staatswissenschaften und Internationale Beziehungen an den Universitäten in München, Paris, Passau und Budapest. Karg ist unter anderem Mitglied des Arbeitskreises Außen- und Sicherheitspolitik in der Christlich-Sozialen Union.

### **Hüseyin Çiçek**

Hüseyin Çiçek ist seit 2019 Univ.-Ass. Postdoc am Lehrstuhl für Alevitische Theologie am Institut für Islamische-Theologie der Universität Wien sowie assoziierter Wiss.-Mitarbeiter am Erlanger Zentrum für Islam und Recht in Europa. Er studierte Anthropologie, Islamwissenschaft, Politikwissenschaft sowie Zeitgeschichte. Unter anderem wirkte er als Forschungsbeauftragter an Projekten der Bayerischen Akademie der Wissenschaften und des Erlanger Zentrums für Islam und Recht in Europa, des Centre national de la recherche scientifique und der Harvard University sowie dem Liechtenstein Institute mit.

## **Ulrich Schlie**

Ulrich Schlie ist seit 2020 Henry-Kissinger-Professor für Sicherheits- und Strategieforschung an der Universität Bonn; er studierte Geschichte, Politikwissenschaft, Volkswirtschaftslehre und Romanistik in Erlangen-Nürnberg, Köln, Bonn und London; Er gehörte von 1993-2020 dem deutschen Auswärtigen Dienst an, war u.a. 2005-2012 Leiter des Planungsstabs und 2012-2014 Politischer Direktor im Bundesministerium der Verteidigung.

## **Frank Umbach**

Frank Umbach ist seit 2014 Forschungsleiter des European Cluster for Climate, Energy and Resource Security (EUCERS) am Center for Advanced Security, Strategic and Integration Studies der Universität Bonn. Er ist zudem seit jeweils 2017 Adjunct Senior Fellow der S. Rajaratnam School of International Studies (RSIS) der Nanyang Technological University (NTU) in Singapur und Executive Advisor von Proventis Partners GmbH in München sowie Gastprofessor am College of Europe in Warschau. Er studierte Politikwissenschaft, osteuropäische Geschichte und Völkerrecht an der Universität Marburg und der Universität Bonn.